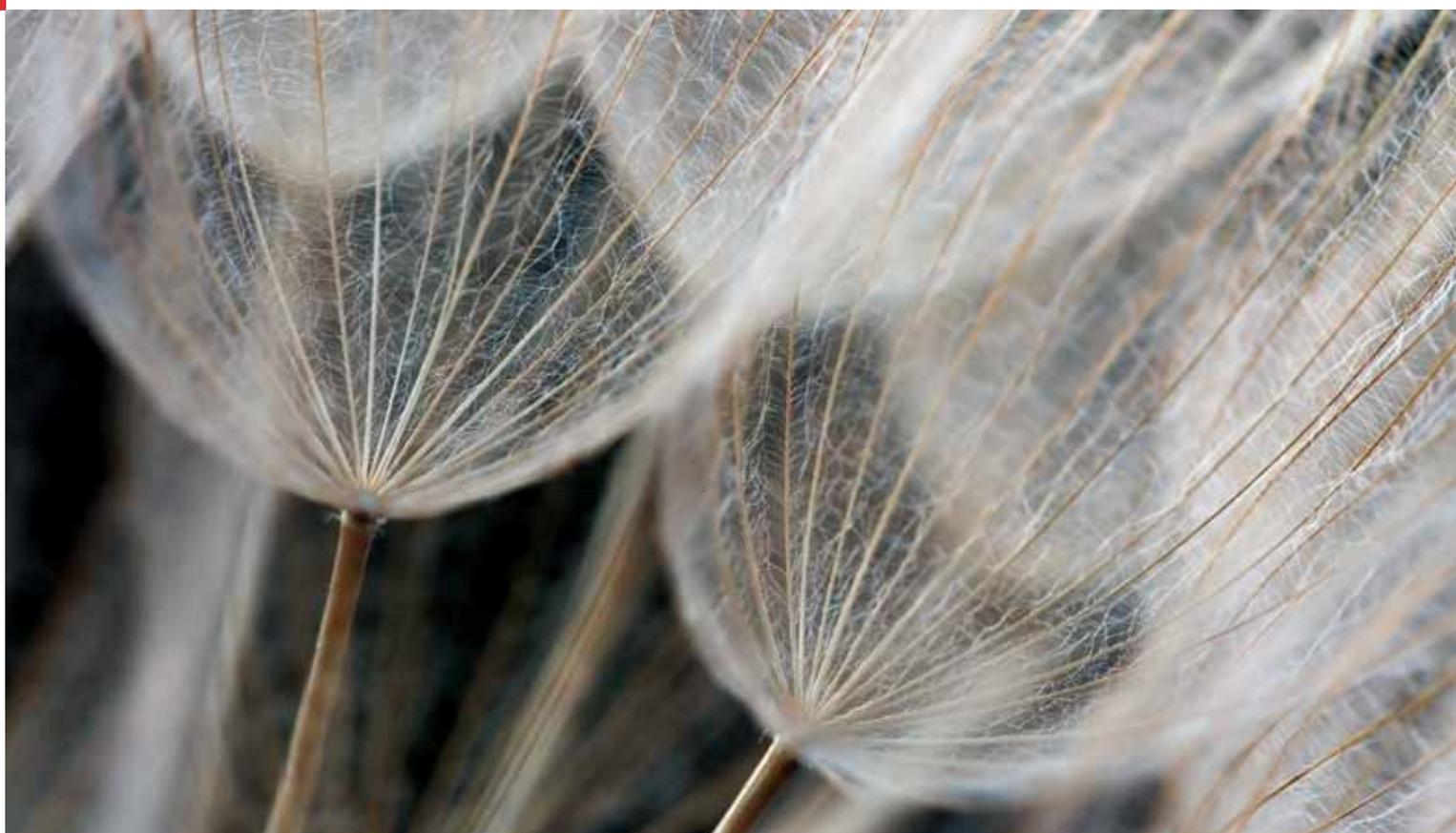




Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 5, Mai 2011

66. Jahrgang



- Jahresrückblick – Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2010
- Die Kommunalwahlen in Hessen am 27. März 2011
- Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	98
Jahresrückblick	
Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2010	99
Wahlen	
Die Kommunalwahlen in Hessen am 27. März 2011. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	124
Allgemeines	
Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse. Von <i>Nils Dirks und Bonno Domke</i>	131
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	134
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	135
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	136
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	137
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	138
Tourismus, Verkehr	139
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	140
Verdienste	141
Buchbesprechungen	Seite 144 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2011**
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt
Umschlagfoto: Gabriele Buschmann, Niedernhausen



Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807; E-Mail: info@statistik-hessen.de

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

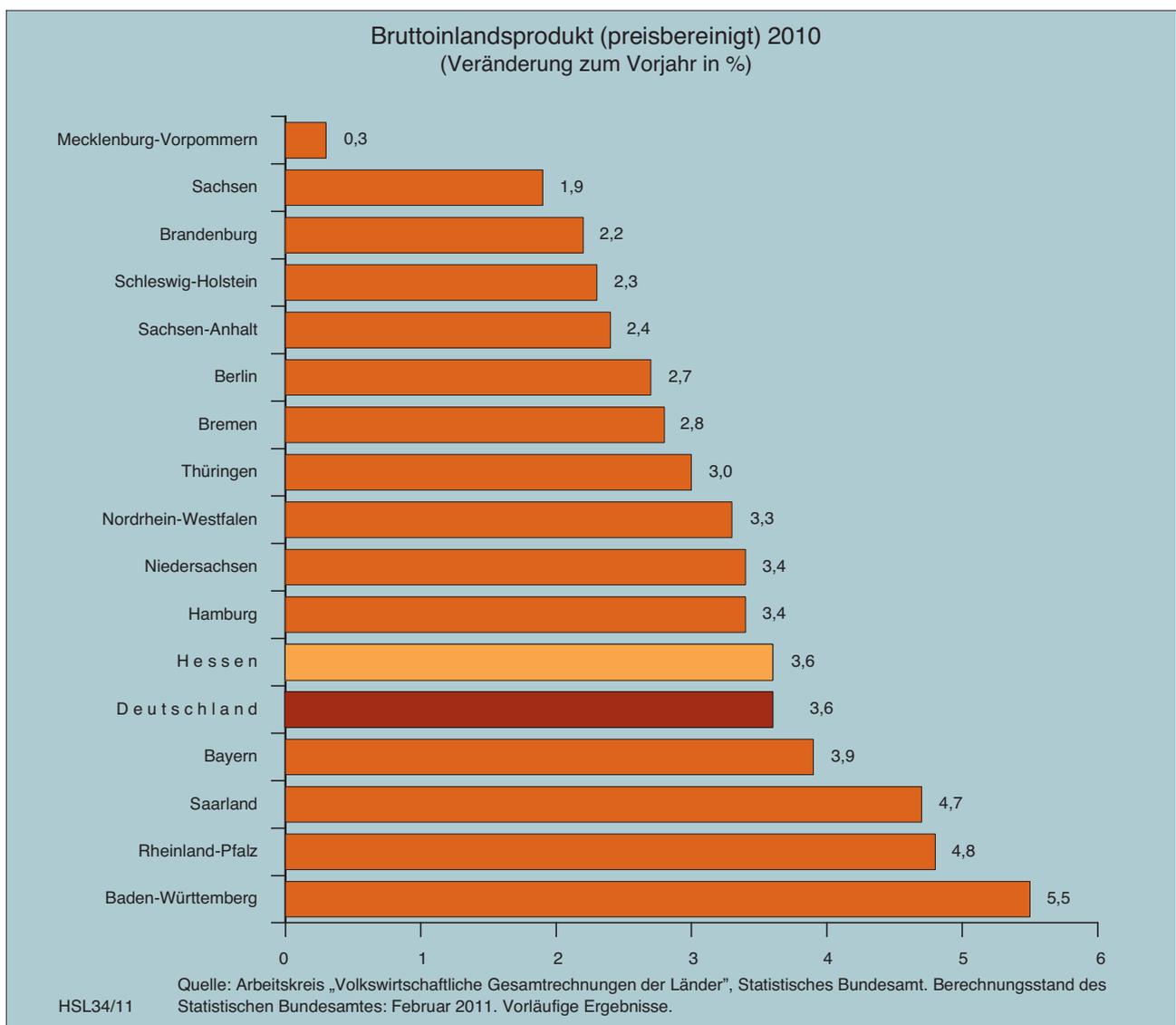
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

5 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Verfügbares Einkommen der Hessen 2009

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sank im Jahr der Wirtschaftskrise um 0,7 % oder 150 Euro auf 19 960 Euro je Einwohner. Dies zeigen aktuelle Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Die Entwicklung in Hessen lag damit genau im Bundesdurchschnitt. 2009 hatte Hessen, wie Deutschland insgesamt, die stärkste Rezession der Nachkriegszeit zu verkraften. Die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 4,1 % führte zum ersten Rückgang des verfügbaren Einkommens seit der Wiedervereinigung. Besonders im Jahr 2008 konnte das verfügbare Einkommen vom kräftigen Wirtschaftswachstum der beiden Vorjahre profitieren und legte um 4,2 % auf 20 100 Euro je Einwohner zu. Dieser Zuwachs wurde 2009 nicht aufgezehrt und das Niveau blieb über dem von 2007 (19 290 Euro je Einwohner). Das bundesdurchschnittliche Niveau von 18 980 Euro je Einwohner wurde in Hessen um gut 5 % überschritten. Dieser Vorsprung ist allerdings vor allem auf ein allgemeines West-Ost-Gefälle zurückzuführen. Das Primäreinkommen, das durch die Teilnahme am volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entsteht, betrug in Hessen 24 200 Euro je Einwohner. Das verfügbare Einkommen, das von den Haushalten vollständig für Konsum und Sparen verwendet werden kann, lag 18 % darunter. Die Differenz entstand durch Einkommensumverteilung. Aufgrund ihrer stärkeren Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung sanken die Primäreinkommen mit -2,5 % deutlich stärker als die verfügbaren Einkommen. Innerhalb der Primäreinkommen waren es die Betriebsüberschüsse, Selbstständigeneinkommen (-4,7 %) sowie insbesondere die Vermögenseinkommen (-8,9 %), die am stärksten unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatten. Die Arbeitnehmerentgelte, die gut zwei Drittel der Primäreinkommen ausmachen, konnten 2009 sogar um 0,1 % zulegen.

Tankerunfall blockiert Häfen

In der Binnenschifffahrt nahm die umgeschlagene Gütermenge im Januar dieses Jahres um 32 % ab. Insgesamt wurden in den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen 491 000 t Güter ein- oder ausgeladen. Dabei sank das Volumen des Versands von Gütern um 51 % auf 93 000 t. Das Volumen des weitaus gewichtigeren Empfangs nahm um gut ein Viertel auf 399 000 t ab. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von Kokei- und Mineralölerzeugnissen gegenüber Januar 2010 um knapp 7 % auf 172 000 t zurück. Bei Kohle, rohem Erdöl und Erdgas betrug die Abnahmerate sogar 50 % auf 88 000 t. Dagegen erhöhte sich der Umschlag von

Erzen, Steinen und Erden u. Ä. (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) um 65 % auf 92 000 t. Chemische Erzeugnisse, deren Umschlag um 58 % auf 60 000 t abnahm, landeten auf den vierten Platz. Ausschlaggebend für diesen dramatischen Einbruch bei den hessischen Häfen war die wochenlange Sperrung der Rheinschifffahrt wegen eines am 13. Januar 2011 havarierten Gefahrguttankers.

Hessentourismus im Plus

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres zählten die Beherbergungsbetriebe mit 9 oder mehr Betten sowie die Campingplätze in Hessen 1,6 Mill. Ankünfte und 3,9 Mill. Übernachtungen. Dies waren 4,5 % mehr Gäste und 4 % mehr Übernachtungen als im Januar und Februar 2010. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um gut 3 % auf 1,2 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um gut 7 % auf 438 000. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen stieg um fast 3 % auf 3 Mill., bei den Ausländern war es sogar ein Plus von gut 8 % auf 873 000.

Großhandel boomt

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres stieg der Umsatz der Großhändler (einschl. der Handelsvermittlung) in Hessen, verglichen mit dem Januar und Februar 2010, nominal um annähernd 20 %. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug die Zunahme gut 12 %. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren schnitt wegen der dortigen Preissteigerungen real allerdings schlecht ab. Während die Umsätze nominal um gut 29 % zunahmen, gingen sie real um fast 11 % zurück. Der Umsatz im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren dagegen stieg nominal um gut 14 %, was einem realen Plus von annähernd 9 % entsprach. Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, also den Artikeln des täglichen Bedarfs, war wiederum nominal mit knapp 11 und real mit 9,5 % im Plus. Dies deutet auf eine anhaltend positive Kauflaune der privaten Haushalte hin. Auch die Zunahme beim Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, hier stieg der Umsatz nominal um gut 4 und real um 13 %, weist darauf hin. Der Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör, der vor allem Landwirtschaft und Industrie versorgt, steigerte seinen Umsatz im Vergleichszeitraum nominal sogar um fast 36 %, real waren es gut 34 % mehr. Der sonstige Großhandel, zu dem beispielsweise der Großhandel mit Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen, mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren oder mit Altmaterial und Reststoffen gehören, hatte nominal fast 30 % mehr Umsatz, real war dies ein Plus von gut 10 %.

Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2010

Der Jahresrückblick 2010 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung in kompakter Form dar. Der Rückblick ist in die 3 Hauptabschnitte „**Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt**“, „**Wirtschaftsbereiche**“ sowie „**Bevölkerung**“ gegliedert. Die aufgeführten Angaben umfassen i. d. R. den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2010. Die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand beziehen sich auf den Stichtag 1. Januar 2011, diejenigen im Bereich „Landwirtschaft“ überwiegend auf den März (Landwirtschaftszählung) bzw. Mai 2010 (Viehzählung). Im Bereich „Bevölkerung“ werden anhand der für den Zeitraum Januar bis November 2010 vorliegenden Ergebnisse über die Wanderungen bzw. die Geborenen und Gestorbenen geschätzte Werte für das Jahr nachgewiesen.

Kernaussagen zur Entwicklung im Jahr 2010

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt (BIP):** Nach dem durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ausgelösten Rezessionsjahr 2009 folgte ein Jahr der wirtschaftlichen Erholung, und zwar schneller und stärker als ursprünglich erwartet. Mit einem kräftigen Wachstum des BIP im **Jahr 2010** gegenüber 2009 von 3,6 % (Deutschland: + 3,6 %) befand sich die hessische Wirtschaft auf Expansionskurs. Für das **Jahr 2011** dürfte sich der Erholungsprozess fortsetzen, wenngleich wohl nicht mehr auf dem hohen Niveau von 2010.
- **Erwerbstätigkeit:** Bereits im Krisenjahr 2009 zeigte sich der Arbeitsmarkt durch eine verstärkte Arbeitszeitflexibilität und durch die deutliche Ausweitung von Kurzarbeit sehr robust; im Jahr 2010 führte dann das hohe Wirtschaftswachstum zu einem neuen Höchststand der Erwerbstätigenzahl (3,13 Mill. Personen). Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen. Die Zahl der Selbstständigen (einschl. mithelfender Familienangehöriger) verzeichnete ein leichtes Plus, diejenige von „Minijobs“ und „Ein-Euro-Jobs“ nahm ab.
- **Arbeitsmarkt:** Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Jahr 2010 deutlich. Im Jahresdurchschnitt waren 198 800 Personen arbeitslos gemeldet, rund 12 400 oder 6,0 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 6,4 % (2009: 6,8 %).
- **Außenhandel:** Die Daten der Außenhandelsstatistik lassen die Erinnerung an das Krisenjahr 2009 mit den damaligen drastischen Einbrüchen verblassen. Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Jahr 2010 bei der Ausfuhr ein sattes Plus von annähernd einem Fünftel auf 51,6 Mrd. Euro, womit selbst das Niveau des Jahres 2008 leicht übertroffen wurde. Die Einfuhr legte

um knapp 17 % auf 68,3 Mrd. Euro zu (wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte lässt sich auf der Länderebene die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr saldieren).

- **Verbraucherpreisindex:** Mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im Jahr 2010 von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr blieb die Inflationsrate niedrig; sie fiel aber höher aus als im Krisenjahr 2009 (+ 0,1 %). Der Anstieg 2010 ist vor allem auf steigende Preise für Mineralölprodukte zurückzuführen. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel zogen an.
- **Verdienste:** Gegenüber 2009 stiegen die Bruttomonatsverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im Jahr 2010 um 2,9 % auf durchschnittlich 3608 Euro (ohne Sonderzahlungen). Darüber hinaus gab es 2010 durchschnittlich Sonderzahlungen in Höhe von 5046 Euro (+ 0,5 %). Die entsprechenden Reallöhne (Bruttojahresverdienste einschl. der Sonderzahlungen, bereinigt um die Änderungen des Verbraucherpreisniveaus) nahmen um 1,5 % zu.
- **Insolvenzen:** Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag mit 1742 Fällen zwar unter dem Vorjahreswert (1953), aber höher als im Jahr 2008 (1638), sodass der deutliche Anstieg im Krisenjahr 2009 im darauffolgenden Jahr nur teilweise wettgemacht werden konnte. Die Zahl der neu beantragten Verbraucherinsolvenzen stieg im Jahr 2010 um 11 % auf rund 7600, nachdem sie im Vorjahr (6733 Verfahren) erstmals seit Einführung der neuen Insolvenzordnung zurückging.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2010 deutlich erholt. Bei Umsätzen (+ 13,7 % auf 93,7 Mrd. Euro) und Auftragseingängen (+ 12,5 %) konnten die Vorjahresverluste nahezu ausgeglichen werden. Die Beschäftigungssituati-

on verbesserte sich zwar im Jahresverlauf erheblich, dennoch wurde im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau verfehlt.

- **Bauhauptgewerbe:** Auch das hessische Bauhauptgewerbe konnte von der positiven Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2010 profitieren. So stiegen im Beobachtungszeitraum die baugewerblichen Umsätze um 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Die Beschäftigtenzahl legte deutlich zu (+ 3,0 %). Ungünstig entwickelte sich dagegen der wertmäßige Auftragseingang mit einem Minus von 16 %.
- **Bautätigkeit:** Im Jahr 2010 ging die in Hessen zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr um 201 000 m² oder 4,8 % auf 4,01 Mill. m² abermals zurück. Dabei ging es im Wohnbausegment teilweise aufwärts; im Nichtwohnbau schwächte sich der Rückgang des Vorjahres lediglich ab.
- **Einzelhandel:** Das Minus des Vorjahres bei den realen Umsätzen konnte der hessische Einzelhandel im Jahr 2010 in ein Plus umkehren; gegenüber dem Vorjahr ergab sich nach ersten Ergebnissen ein Zuwachs der realen Umsätze von 2,0 %. Dagegen verzeichnete der Bereich „Kfz-Handel, Kfz-Reparatur, Tankstellen“ ein Minus von gut 6 %, was auf vorgezogene Käufe von Pkw aufgrund der „Abwrackprämie“ im Jahr 2009 zurückzuführen sein dürfte.
- **Gastgewerbe:** Erstmals seit längerer Zeit verzeichnete das hessische Gastgewerbe wieder steigende Umsätze. Die realen Umsätze legten im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr leicht um knapp 1 % zu. Hierzu trug in erster Linie das Beherbergungsgewerbe bei, während das Gaststättengewerbe real im Minus blieb.
- **Tourismus:** Die hessischen Beherbergungsstätten (mit 9 oder mehr Betten) sowie die Campingplätze (ohne Dauercamping) wurden im Jahr 2010 von 11,9 Mill. Gästen aufgesucht, die 28,2 Mill. Übernachtungen buchten – ein Rekordergebnis bei den Gästen und das viertbeste Ergebnis bei den Übernachtungen. Dies waren knapp 7 % mehr Gäste und annähernd 5 % mehr Übernachtungen als im Jahr 2009.
- **Verkehr:** Der Passagierverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) legte im Jahr 2010 – trotz negativer witterungs-, natur- und streikbedingter Einflüsse – wieder zu. Die Fluggastzahl stieg auf 53 Mill.; dies waren gut 4 % mehr als im Vorjahr. Die Situation im Bereich „Luftfrachtverkehr“ war besonders günstig. Infolge des Konjunkturaufschwungs stieg das Luftfrachtaufkommen um gut 20 % auf den neuen Höchstwert von 2,3 Mill. t.

- **Landwirtschaft:** Die Ernte der Mähdruschfrüchte war auch im Jahr 2010 durch eine unterbrochene Kampagne mit erschwerten Erntebedingungen im August/September gekennzeichnet. Dennoch lagen der durchschnittliche Getreideertrag mit 70,2 dt/ha und der Ertrag bei Winterweizen mit 77,3 dt/ha vergleichsweise hoch.

Bevölkerung

- Im Jahr 2010 ist eine leichte Zunahme der Bevölkerungszahl (+ 5300) auf 6,067 Mill. Personen zu erwarten. Damit ist nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Höhere Wanderungsgewinne (+ 14 800) konnten ein leicht gesunkenes Geburtendefizit (9500 weniger Geborene als Gestorbene) kompensieren.

Hessische Wirtschaft wächst um 3,6 %

Das hessische Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe aller hier produzierten Waren und Dienstleistungen, wuchs 2010 preisbereinigt um 3,6 %. Dies geht aus ersten, noch vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hervor, dem auch das Hessische Statistische Landesamt angehört. Die Erholung nach dem stärksten Einbruch der Nachkriegszeit fiel damit in Hessen ebenso kräftig aus wie in Deutschland insgesamt. Da die hessische Wirtschaft 2009 mit - 4,1 % jedoch nicht so stark schrumpfte wie die deutsche (- 4,7 %), entwickelte sich Hessen über die beiden letzten Jahre insgesamt besser als der Bundesdurchschnitt. Nominal, d. h. ohne Preisbereinigung, wuchs das BIP 2010 um 4,5 % auf knapp 225 Mrd. Euro (2009: 215 Mrd. Euro). Das Vorkrisenniveau von 220 Mrd. Euro im Jahr 2008 wurde dadurch überschritten (siehe auch Schaubild auf Seite 97).

Mit 11,3 % (diese und die folgenden Angaben beziehen sich auf die preisbereinigte Bruttowertschöpfung) konnte das Verarbeitende Gewerbe das stärkste Plus verbuchen (Deutschland: + 11,3 %). Dieser Wirtschaftsbereich war 2009 auch am stärksten von der Weltrezession betroffen. Das Verarbeitende Gewerbe hat in Hessen ein geringeres Gewicht als im Bundesmittel, sodass der Wachstumsbeitrag zum BIP, trotz gleicher Wachstumsrate, hier geringer ausfiel. Die Energieerzeugung aus Kernkraft wurde nach weitgehendem Ausfall im Jahr 2009 wieder aufgenommen und leistete einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Das Baugewerbe schnitt in Hessen mit - 0,6 % schwächer ab als im Bundesschnitt (+ 1,7 %). Dies ist allerdings vor dem Hintergrund eines kräftigen Wachstums im Jahr 2009 zu sehen, das vor dem des Bundes lag. Vergleicht man 2010 mit dem Vorkrisenjahr 2008, so bleibt für Hessen ein Plus von 0,6 %, für Deutschland dagegen ein Minus von 0,1 %. Ähnlich ist das außergewöhnlich hohe Wachstum der Land- und

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und weitere Wirtschaftsindikatoren in Hessen und Deutschland 2010

Gegenstand der Nachweisung	Hessen	Deutschland
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	3,6	3,6
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt)		
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	9,4	-0,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	10,3	10,1
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	11,3	11,3
Baugewerbe	-0,6	1,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5,7	3,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	1,3	1,9
öffentliche und private Dienstleister	2,5	2,1
alle Wirtschaftsbereiche	3,9	4,0
Arbeitsproduktivität ¹⁾		
je Erwerbstätigen	3,3	3,1
je Erwerbstätigenstunde	1,1	1,0
Lohnkosten ²⁾		
je Arbeitnehmer	1,9	2,2
je Arbeitnehmerstunde	-0,5	-0,2
Lohnstückkosten ³⁾		
Personenkonzept	-1,3	-0,9
Stundenkonzept	-1,6	-1,1
Absolute Zahlen		
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen; Mrd. Euro)	225,0	2 498,8
je Einwohner (Euro)	37 101	30 569
je Erwerbstätigen (Euro)	71 843	61 725
je Erwerbstätigenstunde (Euro)	49,95	43,51
1) Bruttoinlandsprodukt (preisber.) je Erwerbstätigen bzw. -stunde. — 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. -stunde. — 3) Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität.		
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Vorläufige Werte. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011.		

Forstwirtschaft, Fischerei zu relativieren, das mit 9,4 % weit vor dem Bundesergebnis von -0,3 % lag. Nach einem massiven Rückgang des Holzeinschlages 2009 wurde hier lediglich das Niveau von 2008 wieder erreicht. Mangels Gewicht waren die Auswirkungen auf das BIP jedoch sehr gering.

Mit einem Plus von 5,7 % positionierten sich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wie schon 2009 im Mittelfeld der hessischen Wirtschaftsbereiche (Deutschland: +3,2 %). Die Verkehrsbranche war stark von der Rezession betroffen und profitierte ebenso stark vom Anziehen der inländischen wie der ausländischen Nachfrage. Da der Bereich, der den Luftverkehr und Logistikdienstleistungen einschließt, in Hessen ein vergleichsweise hohes Gewicht hat, wirken diese Ausschläge stärker auf die Gesamtwirtschaft.

Der in Hessen besonders gewichtige Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ blieb mit 1,3 % hinter dem Bundesmittel von 1,9 % zurück. Hier spiegelt sich u. a. eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Bestände an Einlagen und Krediten, die von den Banken verwaltet werden, wider.

Relativ unbeeindruckt von Krise und Aufschwung zeigten sich die öffentlichen und privaten Dienstleister, die um 2,5 % zulegten (Deutschland: +2,1 %). Mit 2,1 % lag das Wachstum bereits 2009 in vergleichbarer Größenordnung.

Da sie kaum unter der Krise zu leiden hatte (+0,2 %, siehe auch Abschnitt „Arbeitsmarkt“), stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsplatz in Hessen mit 0,3 % deutlich schwächer als das BIP (Deutschland: +0,5 %). In der Folge erhöhte sich die Arbeitsproduktivität, das preisbereinigte BIP je Erwerbstätigen, um 3,3 % (Deutschland: +3,1 %). Die Arbeitsstunden nahmen um 2,5 % zu, also stärker als die Kopffzahlen. Bezogen auf die Arbeitsstunde stieg die Produktivität daher nur um 1,1 % (Deutschland: +1,0 %). Die Lohnkosten, die neben den Bruttolöhnen und -gehältern (einschl. Sonderzahlungen und Sachleistungen) die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen, lagen je Arbeitnehmer in Hessen 1,9 % über dem Vorjahreswert (Deutschland: +2,2 %). Je Arbeitsstunde sanken sie jedoch um 0,5 % (Deutschland: -0,2 %). In der Folge sanken die Lohnstückkosten (das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität) um 1,3 % nach dem Kopf- und um 1,6 % nach dem Stundenkonzept (Deutschland: -0,9 bzw. -1,1 %). Der deutliche Anstieg dieses Indikators im Krisenjahr kann als Preis für die Beschäftigungsstabilität aufgefasst werden. Trotz des Rückgangs 2010 liegt das Niveau noch über dem von 2008.

Jeder Erwerbstätige erwirtschaftete 2010 einen Anteil von 71 800 Euro am hessischen BIP. Das waren 16 % mehr als im Bundesmittel (61 700 Euro) – der Spitzenwert unter den Flächenländern. Ebenfalls den Spitzenplatz belegte Hessen beim BIP je Erwerbstätigenstunde mit 50 Euro und lag damit 15 % über dem Deutschlandwert (44 Euro). Diese hohen Werte sind wesentlich in der produktiven Wirtschaftsstruktur Hessens begründet. Auch von einem hohen Einpendlerüberschuss profitierte das Land beim BIP je Einwohner, das mit 37 100 Euro 21 % über dem Bundesmittel lag (30 600 Euro).

Im Herbst 2010 gingen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für das Jahr 2009 von einem Rückgang des **realen Bruttoinlandsprodukts** (BIP) für Deutschland um 4,7 % aus. Auf dieser Basis wurde in der vom Hessischen Statistischen Landesamt in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern in der im November 2010 erstellten „Konjunkturprognose Hes-

sen 2011“ für das Jahr 2009 der hessischen Wirtschaft mit einem Minus von 4,3 % eine geringere Betroffenheit von der Krise unterstellt¹⁾. Diese Einschätzung wird nach Vorliegen der ersten vorläufigen Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in der Tendenz bestätigt. Mit einem Minus von voraussichtlich 4,1 % fiel die Rate in Hessen sogar noch etwas günstiger aus, als geschätzt. Auch für das Jahr 2010 verlief die unterstellte Belegung in Hessen mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 3,6 % stärker als zunächst angenommen (+ 2,8 %). Vor allem das hessische Produzierende Gewerbe trug mit einem Plus von 10,3 % (Deutschland: + 10,1 %) unerwartet stark zu diesem Wachstum bei. Auch 2011 profitiert die Industriekonjunktur neben den unverändert positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von der anhaltend stabilen Investitionsnachfrage. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte der Aufschwung zwar etwas an Dynamik einbüßen, aber weiter auf einer soliden Grundlage stehen. Impulse kommen zunehmend auch von der Inlandsnachfrage, wobei sich wegen der guten Lage am Arbeitsmarkt insbesondere auch der Konsum der privaten Haushalte positiv entwickelt. Trotz der jüngsten Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank dürfte das Investitionsklima der gewerblichen Wirtschaft dank des immer noch günstigen Zinsumfeldes unverändert hoch bleiben.

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 2010

Nach dem Krisenjahr 2009 erlebte die hessische Wirtschaft eine starke konjunkturelle Erholung. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg nach einer ersten vorläufigen Schätzung jahresdurchschnittlich um 3,6 %, nach einem historischen Einbruch von 4,1 % in 2009. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und auch in Hessen hat 2010 selbst die optimistischsten Prognosen übertroffen. Obwohl infolge der internationalen Immobilien- und Finanzkrise das reale Bruttoinlandsprodukt abrupt und drastisch einbrach, war die Entwicklung am Arbeitsmarkt bemerkenswert, denn die Erwerbstätigkeit erreichte trotz Krise bisher noch nie nachgewiesene Rekordstände. Die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen belief sich 2010 auf 198 800 Personen. Die Kurzarbeit ging massiv zurück. Teilweise ist auch vom „deutschen Beschäftigungswunder“ oder „Germany’s jobs miracle“²⁾

1) Die Veröffentlichung „Konjunkturprognose Hessen 2011“ kann zum Preis von 10,00 Euro inkl. Versandkosten als gedruckte Ausgabe oder zum Preis von 8,00 Euro als PDF-Datei per E-Mail-Versand vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter: www.statistik-hessen.de.

2) Das deutsche Arbeitsmarktwunder – Versuch einer Erklärung –, Joachim Möller, IAB, IZA und Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Regensburg Nürnberg, April 2010.

3) Quelle: WSI Mitteilungen 2/2011 Seite 50 ff.

4) Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2010/11, Seite 257 ff.

die Rede. Der robuste Verlauf auf dem Arbeitsmarkt hat mehrere Gründe.

Nach Analysen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)³⁾ fiel das deutsche Beschäftigungswunder „nicht vom Himmel“. Die Tarifvertragsparteien legten nicht nur in der Krise ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeitsplatzsicherheit, sondern teilweise bereits Jahre vorher. Das trifft beispielsweise auf die vielen betrieblichen Bündnisse zu, die insbesondere nach der Konjunkturkrise 2002 und vor dem letzten Aufschwung 2006 entstanden. Dabei wurden oft Arbeitgeber-Zusicherungen zum Erhalt von Belegschaften oder Produktionsstandorten abgegeben. Dafür mussten die Arbeitnehmer Zugeständnisse zur Kostensenkung machen. Als wesentliche Maßnahmen sind hier zu nennen: Abstriche beim Entgelt, Kurzarbeit, Aufbau von Arbeitszeitkonten, Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen, längere Wochenarbeitszeiten. Als Arbeitgeberzusagen sind insbesondere zu nennen: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Erhalt der Belegschaftsstärke und Ausbildungskapazitäten, Erhalt des Standorts, Verzicht auf Outsourcing, Investitionen am Standort. In den meisten Betrieben wurden nach der Recherche des WSI „komplexe Maßnahmepakete“ und nicht nur einzelne Anpassungsinstrumente vereinbart. Des Weiteren ist der Beitrag der Tarifpolitik positiv hervorzuheben. Die Tarifparteien verfolgten nicht nur vor der Krise einen insgesamt moderaten Kurs, sondern legten während der Krise ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Arbeitsplatzsicherheit.

Neben diesen betrieblichen Bündnissen, die in der Regel konjunkturelle oder branchen- und unternehmensspezifische Problemlagen meistern helfen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und um bedrohte Beschäftigungsverhältnisse zu sichern, wirkten sich zweifellos auch die Arbeitsmarktreformen positiv aus.

Dass eine Entlassungswelle im Krisenjahr verhindert wurde, ist somit auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen. Nach Aussagen des Sachverständigenrates⁴⁾ konnten die besonders von der Krise betroffenen exportorientierten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Eigenkapital und Liquidität in den Jahren zuvor deutlich stärken. Dabei spielten während der Krise die in den vorausgegangenen Jahren gewonnene erhöhte Flexibilität innerhalb der Unternehmen und eine auf Beschäftigungssicherung ausgerichtete Tariflohnpolitik eine wichtige Rolle. Auch wurden in Sorge vor einem Fachkräftemangel viele Facharbeiter weiter beschäftigt. In der Krise wurden oft freiwerdende Stellen nicht besetzt, die Anzahl der Leiharbeiter drastisch reduziert und befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert. Entlassungen im Produzierenden Bereich und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung wurden durch einen Be-

Erwerbstätige am Arbeitsort in Hessen 2010 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Hessen			Deutschland
	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2009		
		1000		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44,1	- 0,6	- 1,3	- 1,4
Produzierendes Gewerbe einschl. Bau	677,5	- 7,5	- 1,1	- 1,1
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	526,8	- 10,0	- 1,9	- 1,7
Bergbau	2,0	- 0,0	- 0,3	- 2,6
Verarbeitendes Gewerbe	507,2	- 9,4	- 1,8	- 1,8
Energie- und Wasserversorgung	17,6	- 0,7	- 3,7	- 0,4
Baugewerbe	150,7	2,6	1,7	1,4
Dienstleistungsbereiche	2 409,9	17,7	0,7	1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	818,5	- 2,4	- 0,3	- 0,2
Handel	456,7	- 3,2	- 0,7	- 0,6
Gastgewerbe	142,6	1,2	0,9	1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	219,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	702,5	5,4	0,8	2,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	149,2	- 2,4	- 1,6	- 0,9
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	553,3	7,8	1,4	3,1
öffentliche und private Dienstleister	888,9	14,7	1,7	1,5
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	187,4	0,8	0,4	- 0,2
Insgesamt	3 131,5	9,7	0,3	0,5

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Februar 2011.

schäftigungsaufbau in den weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungsbereichen – z. B. bei Bildung und in den sozialen Bereichen – ausgeglichen. Um die verbleibenden Arbeitskräfte – trotz schwächerer Auftragslage – über die Krise hinweg halten zu können, nutzten die Unternehmen die Flexibilität der Arbeitszeitmodelle und das Instrument der Kurzarbeit intensiv.

Zahl der Erwerbstätigen nahm weiter zu

In Hessen waren im Jahr 2010 durchschnittlich 3,13 Mill. Personen und damit rund 10 000 oder 0,3 % mehr erwerbstätig als im Vorjahr. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Die Entwicklung fiel besser aus als prognostiziert, lag aber geringfügig unter der bundesweiten Zunahme von 0,5 %. Die positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr resultierte vor allem aus dem Anstieg der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Abgenommen haben dagegen die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs) und die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs), während die Zahl der Selbstständigen einschl. mithelfender Familienangehöriger im Jahr 2010 ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr verzeichnete.

2010 trugen wiederum die Dienstleistungsbranchen maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau bei. Hier nahm im Vorjahresvergleich die Zahl der Arbeitsplätze um

17 700 oder 0,7 % auf nunmehr über 2,4 Mill. zu. Innerhalb der sehr heterogenen Dienstleistungen war die Entwicklung unterschiedlich: Zuwächse gab es bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern mit + 1,7 % und bei den Unternehmensdienstleistern mit + 0,8 %, wobei hier ein Teil des Anstiegs auf die Zeitarbeitsbranche entfiel. Dagegen meldete der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ noch ein leichtes Minus von 0,3 %. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau gab es weiterhin einen Beschäftigungsabbau. Allerdings fiel dieser im Jahr 2010 mit 10 000 Personen (- 1,9 %) deutlich kleiner aus als ein Jahr zuvor (- 16 800 oder - 3,0 %). Beschäftigungsgewinne verzeichnete indessen das Baugewerbe. Hier wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7 % oder 2600 Personen. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei lag die Beschäftigung 1,3 % unter dem Vorjahresergebnis (- 600 Personen).

Aufgrund der Zunahme im Dienstleistungssektor insgesamt und wegen der gleichzeitigen Abnahme im Produzierenden Gewerbe ohne Bau setzte sich der Strukturwandel weiter fort. Im Jahr 2010 waren 77 % aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor und nur noch 17 % im Produzierenden Gewerbe ohne Bau beschäftigt (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 1,4 %). Für das Baugewerbe betrug der Anteil der Erwerbstätigen 4,8 %. 1991 waren in der Industrie noch 28 % und im Dienstleistungssektor knapp 64 % aller Erwerbstätigen

beschäftigt. Der Anteil des Baugewerbes an der Gesamtbeschäftigung betrug 1991 rund 6,1 %, und in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei arbeiteten damals noch 2,4 % aller Erwerbstätigen.

Zusätzlich übten zur Jahresmitte 2010 rund 192 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer zusätzlich zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen geringfügigen Nebenjob aus, gegenüber dem Vorjahr waren das 7800 oder 4,3 % mehr.

Arbeitszeit steigt

Die rund 3,13 Mill. Erwerbstätigen in Hessen arbeiteten im Jahr 2010 insgesamt über 4,504 Mrd. Std. Das waren knapp 110 Mill. Arbeitsstunden oder 2,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden geringfügig über dem Niveau von 2008, vor Beginn der Wirtschaftskrise. Der bisherige Höchststand im Jahr 2001 (4,518 Mrd. Std.) wurde nur knapp verfehlt. Ausschlaggebend für das zweitbeste Ergebnis seit Beginn der Berechnungen waren der hohe Beschäftigungsstand und ein Kalendereffekt. 2009 sank im Vergleich zum Vorjahr das geleistete Arbeitsvolumen um 100 Mill. Std. oder 2,2 %. Deutschlandweit betrug der Anstieg 2010 gegenüber dem Vorjahr 2,6 %.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden entwickelte sich im Berichtsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich besser als die Zahl der Erwerbstätigen, deren Zuwachs mit 0,3 % relativ moderat ausfiel. Ausschlaggebend hierfür waren – als Reaktion auf die wirtschaftliche Erholung – die Rückkehr zu tarifvertraglich geregelten Wochenarbeitszeiten, die Rückführung der Kurzarbeit und der Aufbau von Überstunden. Auch standen im Berichtsjahr 2 Werkstage mehr zur Verfügung. Unter Ausschaltung des Kalendereffektes betrug der Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden 1,7 % oder 75 Mill. Std.

Besonders auffällig ist der Anstieg im Verarbeitenden Gewerbe, wo insgesamt 3,9 % mehr Arbeitsstunden geleistet wurden, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 % sank. Im Krisenjahr 2009 verringerten sich die Arbeitsstunden wegen der starken Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen (- 3,1 %) und der Inanspruchnahme der Kurzarbeit um 9,4 %.

Die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen betrug im Jahr 2010 rund 1438 Std. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 30 Std. oder 2,2 %. Das Vorkrisenniveau (2008) von 1442 Jahresarbeitsstd. wurde knapp verfehlt. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstd. 2010 gegenüber dem Vorjahr sogar um 5,8 % auf 1416 Std. je Erwerbstätigen (+ 78 Std.), nach einem Rückgang im Krisenjahr 2009 von 6,5 % oder 93 Std.

Arbeitslosenzahl sinkt

Die Arbeitslosenzahl verringerte sich 2010 deutlich. Im Jahresdurchschnitt waren in Hessen 198 800 Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet, rund 12 400 oder 6,0 % weniger als ein Jahr zuvor. Im Jahresverlauf war der Stand unterschiedlich. Während zu Beginn des Jahres die Arbeitslosigkeit sich noch leicht erhöhte, war im Februar und März der Rückgang eher unauffällig. Seit April waren die Rückgänge zwischen 6,6 % (November und Dezember) und 9,4 % (August) überdurchschnittlich.

Die Arbeitslosigkeit nahm in Hessen stärker ab als in Deutschland insgesamt bzw. in Westdeutschland (- 5,2 bzw. - 3,8 %). In Ostdeutschland war die Abnahme mit 8,2 % stärker. Fast alle Bundesländer meldeten im Jahresdurchschnitt einen Rückgang an Arbeitslosen; nur in Bremen gab es einen leichten Anstieg (+ 1,3 %). Den stärksten Rückgang im Länderranking hatten Thüringen (- 14,0 %), Sachsen-Anhalt und Brandenburg (jeweils knapp - 10 %). In den alten Ländern meldeten Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 6,0 % die höchsten Abnahmeraten.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug in Hessen 6,4 %. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,4 Prozentpunkte ab und lag damit weiterhin unter der westdeutschen Quote (6,6 %). Innerhalb der Bundesländer belegt Hessen hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz weiterhin den vierten Platz.

Betrachtet man die Entwicklung nach Rechtskreisen, so wird deutlich, dass sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr im Rechtskreis SGB III um 6700 oder 9,2 % und im Rechtskreis SGB II um 5700 oder 4,1 % verringerte. Jahresdurchschnittlich lag das Betreuungsverhältnis 2010 bei rund 67 % im Rechtskreis SGB II bzw. 33 % im Rechtskreis SGB III. Der Rechtskreis SGB III, der näher an der aktuellen konjunkturellen Entwicklung ist, reagierte stärker auf die Krise und profitierte in 2010 in größerem Maße vom Aufschwung; dort war der jahresdurchschnittliche Anteil der Arbeitslosen 1,2 Prozentpunkte niedriger als 2009.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt war bei den Männern deutlich stärker als bei den Frauen. Die Arbeitslosigkeit der Frauen verringerte sich um 4,2 % und die der Männer um 7,3 %. Der Anteil der Männer an der Arbeitslosenzahl insgesamt verringerte sich nur marginal von knapp 54 auf nunmehr 51 %. Damit ist der Anteil der Männer an den Arbeitslosen insgesamt immer noch um 2 Prozentpunkte höher als im Jahr vor Beginn der Krise 2008. Der Grund liegt darin, dass im Krisenjahr 2009 ausschließlich die Männer einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 9,4 % vermeldeten, während die

Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter¹⁾ in Hessen

Jahr Monat	Arbeitslose					SGB II	Arbeits- losen- quote ²⁾	Arbeitslosenquote ³⁾				Offene Stellen	Kurz- arbeiter
	ins- gesamt	und zwar						und zwar der					
		Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder			Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder		
2008 D	204 417	104 023	100 392	4 780	51 205	143 678	6,6	6,3	7,0	4,7	14,7	32 746	7 201
2009 D	211 156	113 816	97 340	4 609	50 819	138 909	6,8	6,9	6,7	4,4	14,8	24 493	73 030
2010 D	198 790	105 536	93 254	3 837	48 154	133 202	6,4	6,4	6,4	3,9	14,0	30 821	...
2009 Oktober	198 385	105 779	92 606	4 346	48 220	133 724	6,4	6,4	6,4	4,1	14,0	24 676	73 945
November	195 081	104 283	90 798	3 985	47 629	132 335	6,3	6,3	6,3	3,8	13,9	23 733	63 738
Dezember	197 599	106 478	91 121	3 887	47 997	133 139	6,4	6,4	6,3	3,7	14,0	23 623	57 274
2010 Januar	215 652	118 880	96 772	3 964	51 185	138 680	7,0	7,2	6,7	3,8	14,9	22 810	66 420
Februar	217 103	120 542	96 561	4 007	51 179	138 455	7,0	7,3	6,7	3,8	14,9	24 451	66 392
März	213 659	117 884	95 775	3 873	50 827	138 668	6,9	7,1	6,6	3,7	14,8	25 356	56 780
April	208 241	112 368	95 873	3 549	50 071	138 056	6,7	6,8	6,6	3,4	14,6	27 144	38 398
Mai	200 136	106 521	93 615	3 464	48 558	135 646	6,5	6,5	6,4	3,6	14,2	29 510	31 247
Juni	196 143	103 390	92 753	3 486	47 531	133 962	6,3	6,3	6,4	3,7	13,9	31 923	24 879
Juli	200 301	103 969	96 332	4 779	47 830	133 250	6,5	6,3	6,6	5,0	14,0	34 399	17 222
August	196 460	101 151	95 309	4 647	47 500	132 295	6,3	6,1	6,6	4,9	13,9	35 012	...
September	187 559	96 572	90 987	4 088	46 106	128 591	6,1	5,9	6,3	4,3	13,5	35 331	...
Oktober	183 601	94 289	89 312	3 503	45 510	126 663	5,9	5,7	6,1	3,7	13,3	35 643	...
November	182 132	94 117	88 015	3 304	45 511	126 678	5,9	5,7	6,1	3,5	13,3	35 059	...
Dezember	184 493	96 748	87 745	3 374	46 039	127 477	6,0	5,9	6,0	3,5	13,4	33 210	...

1) Basiswerte der BA (Quelle: Internet); Stand: Dezember 2010. — 2) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. — 3) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Arbeitslosigkeit der Frauen sank (- 3,0 %). Männer waren von der wirtschaftlichen Krise stärker betroffen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, sank bei den Frauen um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 % und war damit genauso hoch wie die der Männer. Die Anzahl der arbeitslosen Männer lag aber noch über dem Vorkrisenniveau von 2008, während die Frauen diesen Wert deutlich unterschritten (- 7,0 %).

Besonders vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnte die Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen profitieren. Ihre Arbeitslosenzahl verringerte sich mit - 14,8 % relativ am stärksten, wobei die Teilgruppe der Jugendlichen unter 20 Jahre sogar einen Rückgang von 16,7 % meldete. Entsprechend lag die Quote (6,0 %) der 15- bis unter 25-Jährigen klar unter der hessischen Gesamtarbeitslosenquote von 6,4 %. Für die Älteren von 50 bis unter 65 Jahren stieg die Arbeitslosenzahl um knapp 3,0 %, bei der Teilgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen betrug der Anstieg sogar 8,8 %. Die Zunahme lag vor allem daran, dass Ende 2007 vorruhestandsähnliche Regelungen ausliefen. Personen, die diese Regelungen in Anspruch nahmen, wurden nun als Arbeitslose gezählt. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,0 % und war damit genauso hoch wie im Vorjahr.

Innerhalb der Regionen Hessens war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sehr unterschiedlich. In 22 der 26 Landkreise und kreisfreien Städte verringerte sich 2010 im Vergleich zu 2009 die Arbeitslosenzahl. Die relativ stärksten Rückgänge meldeten durchweg nordhessische Kreise. Sämtliche Kreise des Regierungsbezirkes Kassel meldeten relative Rückgänge, die zum Teil weit im zweistelligen Bereich lagen. Am stärksten war dort der Abbau der Arbeitslosigkeit in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg (- 17 %) bzw. Waldeck-Frankenberg und in der kreisfreien Stadt Kassel (jeweils mehr als - 15 %). Auch im Regierungsbezirk Giessen konnten alle 5 Landkreise einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen; allerdings waren hier die relativen Abnahmeraten mit 3,3 % (Lahn-Dill-Kreis) bis 8,2 % (Marburg-Biedenkopf) deutlich geringer. Heterogener war die Entwicklung im südhessischen Bereich. Hier meldeten 10 der 14 kreisfreien Städte und Landkreise eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen, die in der kreisfreien Stadt Darmstadt und im Landkreis Bergstraße mit jeweils über 9,0 % am stärksten ausfiel. Die geringsten Abnahmeraten registrierten die kreisfreie Stadt Offenbach und der Rheingau-Taunus-Kreis (jeweils - 1,0 %). 3 Regionen verzeichneten dagegen Zuwächse. Am stärksten stieg die Arbeitslo-

sigkeit im Main-Taunus-Kreis (+ 4,0 %) und im Hochtaunuskreis (+ 3,0 %). Es folgte mit 1,0 % die kreisfreie Stadt Wiesbaden. Im Landkreis Offenbach verharrte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in etwa auf dem Vorjahresstand (+ 0,2 %).

Auf der Ebene der Regierungsbezirke meldeten alle 3 Regionen Abnahmen der Arbeitslosenzahl, am stärksten der Regierungsbezirk Kassel mit fast 14 %. Mit deutlichem Abstand folgten der Regierungsbezirk Giessen (- 6,0 %) und der Regierungsbezirk Darmstadt, der eine Abnahme von nur 3,0 % verzeichnete. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 % lag erstmals der Regierungsbezirk Kassel auf dem Niveau des Landesdurchschnitts. Die Quote war damit genauso hoch wie die im südhessischen Raum. Nur der Regierungsbezirk Gießen lag noch 0,2 Prozentpunkte über dem landesweiten Wert.

Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot und insbesondere die den hessischen Agenturen für Arbeit gemeldeten Stellen nahmen 2010 im Vergleich zum Vorjahr zu. In der Jahressumme gab es mit 164 300 Stellenzugängen rund 38 300 oder gut 30 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Stellenbestand stabilisierte sich im dritten Quartal 2009 und nahm seit September 2009 in saisonbereinigter Rechnung zu, wobei sich der Aufwärtstrend 2010 verstärkt fortsetzte. Im Jahresverlauf stieg der Stellenbestand um 6300 oder 25 % auf 30 820 offene Stellen. Damit lag der Bestand zwar über dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre, war aber noch unter dem Stand vor Beginn der Krise 2008 (32 700). Insgesamt betrachtet zeigt der Anstieg der gemeldeten Stellen, dass ein günstigeres Umfeld für den Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis besteht.

Im Dezember 2010 gingen Anzeigen für 7850 Kurzarbeiter ein, nach Anzeigen im November für 5630 und 3960 im Oktober. Berücksichtigt man nur die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III, wurden im Dezember 2500 Kurzarbeiter angezeigt, nach 2770 im November und 3220 im Oktober. Auf dem Höhepunkt der Inanspruchnahme im zweiten Quartal 2009 erhielten fast 90 000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 170 SGB III. Nach den aktuellen Zahlen wurde im Juli 2010 an rund 17 000 Personen Kurzarbeitergeld gezahlt. Damit erreichten die Kurzarbeiterzahlen im Juli noch knapp 19 % des Höhepunktes der Inanspruchnahme.

Ausblick

Aufgrund der positiven Wirtschaftsprognosen dürfte für das Jahr 2011 eine weiter steigende Arbeitsnachfrage zu erwarten sein. Unklar bleibt, wie sich die aktuelle Entwicklung in den arabischen Staaten auswirkt und inwieweit es insbesondere bei den Rohstoffen zu einer weite-

ren merklichen Preissteigerung kommen wird. Auch sind die Auswirkungen der vollständigen Freizügigkeit der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL-8-Staaten) ab Mai 2011 noch vollkommen offen. Nach der Regionalprognose des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) sinkt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in der mittleren Variante auf rund 177 300 Arbeitslose und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt dementsprechend um 1,4 % auf 2,2 Mill. Beschäftigte. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte demnach – auch aufgrund des statistischen Überhanges zu Beginn des Jahres – um rund 18 000 Personen höher sein und bei 3,15 Mill. Erwerbstätigen liegen. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2011 das Niveau vor der Krise erreichen.

Außenhandel beflügelt Konjunktur

Im vergangenen Jahr konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 51,6 Mrd. Euro im Ausland absetzen. Das waren annähernd 20 % mehr als im Krisenjahr 2009. Damit übertraf die **Ausfuhr** auch den Wert von 2008, der mit 51,4 Mrd. Euro den bisherigen Höchststand markierte. Eine so starke Zunahme war zuletzt im Jahr 1976 verzeichnet worden. Gut 59 % der Ausfuhren gingen in die – neben Deutschland – 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), darunter allein gut 40 % in die Staaten der Eurozone. Bei der Ausfuhr in die EU kam es – ebenso wie bei der Eurozone – im Jahresvergleich zu einem Anstieg von fast 19 %, der damit, wie schon in den Vorjahren, unter dem Durchschnitt lag. Mehr Waren gelangten aus Hessen vor allem nach Malta (+ 671 %), Schweden (+ 45 %), Zypern (+ 39 %), Luxemburg (+ 36 %), in die Tschechische Republik, die Niederlande (jeweils + 33 %) und die Slowakei (+ 32 %), Litauen und Estland (jeweils + 27 %), Ungarn (+ 26 %), Italien (+ 25 %), Spanien (+ 22 %) sowie Portugal und Bulgarien (+ 20 %). Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen Slowenien (+ 19 %), Finnland (+ 16 %), Österreich, Frankreich und Polen (jeweils + 14 %), Rumänien (+ 13 %), das Vereinigte Königreich (+ 10 %), Dänemark (+ 9 %), Belgien (+ 6 %) und Lettland (+ 1 %). Für zwei Mitgliedstaaten der EU verlief die Entwicklung negativ: Bei Griechenland (- 15 %) fiel der Rückgang am stärksten aus, bei Irland (- 1 %) war das Minus noch schwach ausgeprägt. In die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wurden gut 4 % der hessischen Ausfuhren geliefert; dort kam es im Jahresvergleich zu einer Abnahme von fast 1 %. Dabei gab es beim Handel mit der Schweiz allerdings ein Plus von 1 %. Insgesamt erreichten die europäischen Staaten einen Anteil von gut 68 % bei der hessischen Ausfuhr; im Vergleich zum Jahr 2009 gab es hier eine Zunahme von gut 17 %.

Von den Staaten Amerikas wurden gut 13 % (6,8 Mrd. Euro) der hessischen Ausfuhren aufgenommen; das war

ein Plus von gut 27 %. Mit gut 28 % nahm der Wert der hessischen Ausfuhren in die USA (4,8 Mrd. Euro) zu; diese nahmen damit vor Frankreich den Spitzenplatz in der Rangfolge der Absatzgebiete ein. Nach den USA stand in Amerika Brasilien mit 595 Mill. Euro und einer Zunahme von fast 32 % an zweiter Stelle. Die USA erreichten einen Anteil an der hessischen Gesamtausfuhr von gut 9 %, für Brasilien betrug er gut 1 %.

15,5 % der hessischen Ausfuhren gelangten in den asiatischen Raum. Ihr Wert stieg überdurchschnittlich, und zwar um fast 26 %, auf 8 Mrd. Euro. Die gewichtigsten Abnehmer waren dort China, Japan, Taiwan und die Republik Korea. Die Ausfuhren in die Volksrepublik China nahmen um 36,5 % auf 2,1 Mrd. Euro zu, diejenigen nach Japan um 29,5 % auf 1,1 Mrd. Euro, nach Taiwan um knapp 91 % auf 842 Mill. Euro und in die Republik Korea um 28 % auf 819 Mill. Euro. Während China einen Anteil von gut 4 % an den hessischen Exporten hatte, kamen Japan, Taiwan und die Republik Korea jeweils auf etwa 2 %. Zwar liegt China damit immer noch hinter z. B. Belgien und nur wenig vor Spanien, wohin 2010 hessische Güter im Wert von 2,5 bzw. 2,1 Mrd. Euro gelangten. Chinas Beitrag zum Gesamtwachstum der hessischen Ausfuhr lag mit fast 7 % aber noch vor demjenigen Frankreichs (gut 6 %). Im Gegensatz zum allgemeinen Trend gingen die Ausfuhren in die 12 Mitgliedstaaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) 2010 um ein Fünftel auf 1,2 Mrd. Euro zurück. Damit erreichten diese Staaten insgesamt einen Anteil von gut 2 %, der zwischen dem der Russischen Föderation und dem von Schweden lag.

Hinsichtlich der Dynamik hessischer Ausfuhren zeigt sich Folgendes: Betrachtet man die Staaten und Staatengruppen, die 2010 einen Anteil von mindestens 2 % an der Gesamtausfuhr hatten, so lag bei den Ausfuhren Schweden mit einem Plus von 45 % an der Spitze, gefolgt von der Volksrepublik China mit 36,5 %, der Tschechischen Republik und den Niederlanden mit knapp einem Drittel, Japan mit 29,5 % und den Vereinigten Staaten von Amerika mit gut 28 %.

Ausgeführt wurden mit einem Anteil von gut 94 % fast ausschließlich Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft. Darunter dominierten mit 85,5 % wiederum die Fertigerwaren, wobei Enderzeugnisse mit gut 71 % Gesamtanteil den Hauptbeitrag leisteten. Im Vordergrund standen mit 13,5 Mrd. Euro chemische und pharmazeutische Erzeugnisse. Sie verbuchten im Vergleichszeitraum ein Plus von gut 14 % und stellten gut 26 % der gesamten hessischen Ausfuhren. Es folgten Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör, deren Ausfuhrwert um 27 % auf 6,1 Mrd. Euro zunahm. Dies entsprach einem Anteil von fast 12 %. Maschinen kamen mit einem Plus von knapp 15 % und einem Wert von 5,8 Mrd. Euro sowie einem Anteil von gut 11 % auf Rang drei. Es folgten elektrotechni-

sche Erzeugnisse mit einem Anteil von 11 %, Eisen- und Metallwaren mit einem Anteil von annähernd 7 % sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse mit 6,5 %. Mit einem Plus von 44,5 % entwickelte sich die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse besonders dynamisch, dort dominierten Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Die höchste Zunahme unter den wichtigeren Ausfuhrsgütern gab es beim Gold für gewerbliche Zwecke: Dessen Wert stieg auf 1,3 Mrd. Euro und damit auf fast das Zweieinhalbfache.

Bei der **Einfuhr**, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt – insbesondere ist der letztendliche Verbleib der Waren zum Zeitpunkt der Einfuhr nicht immer bekannt –, nahm der Wert im Vergleichszeitraum um fast 17 % auf 68,3 Mrd. Euro zu. Im Gegensatz zur Ausfuhr liegt dieser Wert noch deutlich unter demjenigen von 2008. Der Anteil der EU-Staaten lag bei fast 55 %; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt nahm binnen Jahresfrist um fast 11 % zu. Die Eurozone kam mit einer Zunahme von fast 8 % auf einen Anteil von knapp 38 % an der Gesamteinfuhr. Besonders kräftige Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Estland (+ 95 %), Malta (+ 85 %), Litauen (+ 69 %), Rumänien (+ 46 %), Finnland (+ 45 %), der Tschechischen Republik (+ 39 %), Bulgarien (+ 29,5 %) und den Niederlanden (+ 26 %). Über dem Durchschnitt der EU lagen hinsichtlich ihrer Zunahme noch Schweden, Portugal, Lettland, Slowenien, die Slowakei, Griechenland, Polen, das Vereinigte Königreich, Ungarn und Österreich; unter dem Durchschnitt blieben Frankreich, Dänemark, Spanien und Italien. Sogar negativ war die Entwicklung für Belgien, Irland, Zypern und Luxemburg. Der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten – dort fast ausschließlich aus der Schweiz – stieg um annähernd 15 % auf 3,7 Mrd. Euro. Ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei gut 5 %. Insgesamt kamen knapp 63 % aller hessischen Einfuhren aus europäischen Staaten. Mit fast 12 % Zunahme fiel die Entwicklung schlechter als der Durchschnitt aus.

Aus Asien stammten gut 23 % der hessischen Importe. Ihr Wert stieg binnen Jahresfrist um knapp 30 % auf 16 Mrd. Euro. An erster Stelle stand dort die Volksrepublik China mit einer Zunahme von gut 40 % auf 6,5 Mrd. Euro, gefolgt von Japan, aus dem bei einem Plus von fast 16 % Waren im Wert von 3 Mrd. Euro nach Hessen gelangten. Die Einfuhr aus der Republik Korea stieg dagegen nur um gut 4 % auf 2 Mrd. Euro. Die Anteile der genannten 3 Länder an der Gesamteinfuhr lagen bei knapp 9,5 % für die Volksrepublik China, gut 4 % für Japan und knapp 3 % für die Republik Korea. China hat damit erstmals den Spitzenplatz unter allen Staaten eingenommen.

Aus Amerika stammten mit einem Wert von 7,4 Mrd. Euro fast 11 % der nach Hessen eingeführten Waren.

Dies war im Jahresvergleich ein Plus von gut 17 %. Hier dominierten bei einer Zunahme um annähernd 16 % auf 6 Mrd. Euro weiterhin die USA. Mit einem Anteil von knapp 9 % sind sie nach China und vor den Niederlanden und Frankreich der wichtigste Partner auf der Einfuhrseite.

Auch bei der Einfuhr standen Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft mit einem Anteil von gut 91 % im Vordergrund. Darunter waren Fertigwaren zu annähernd 77 % beteiligt, wobei Enderzeugnisse mit fast 68 % dominierten. Unter den Enderzeugnissen wurden hauptsächlich Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Maschinen aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Der Wert der Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör stieg um 1,5 % auf 10,3 Mrd. Euro, der Wert der elektrotechnischen Erzeugnisse dagegen um 32 % auf 10 Mrd. Euro. Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse nahmen um gut 19 % auf 8,9 Mrd. Euro zu. Bei den Maschinen kam es zu einem Plus um 17 % auf 7,9 Mrd. Euro.

Inflationsrate blieb mit 0,8 % niedrig

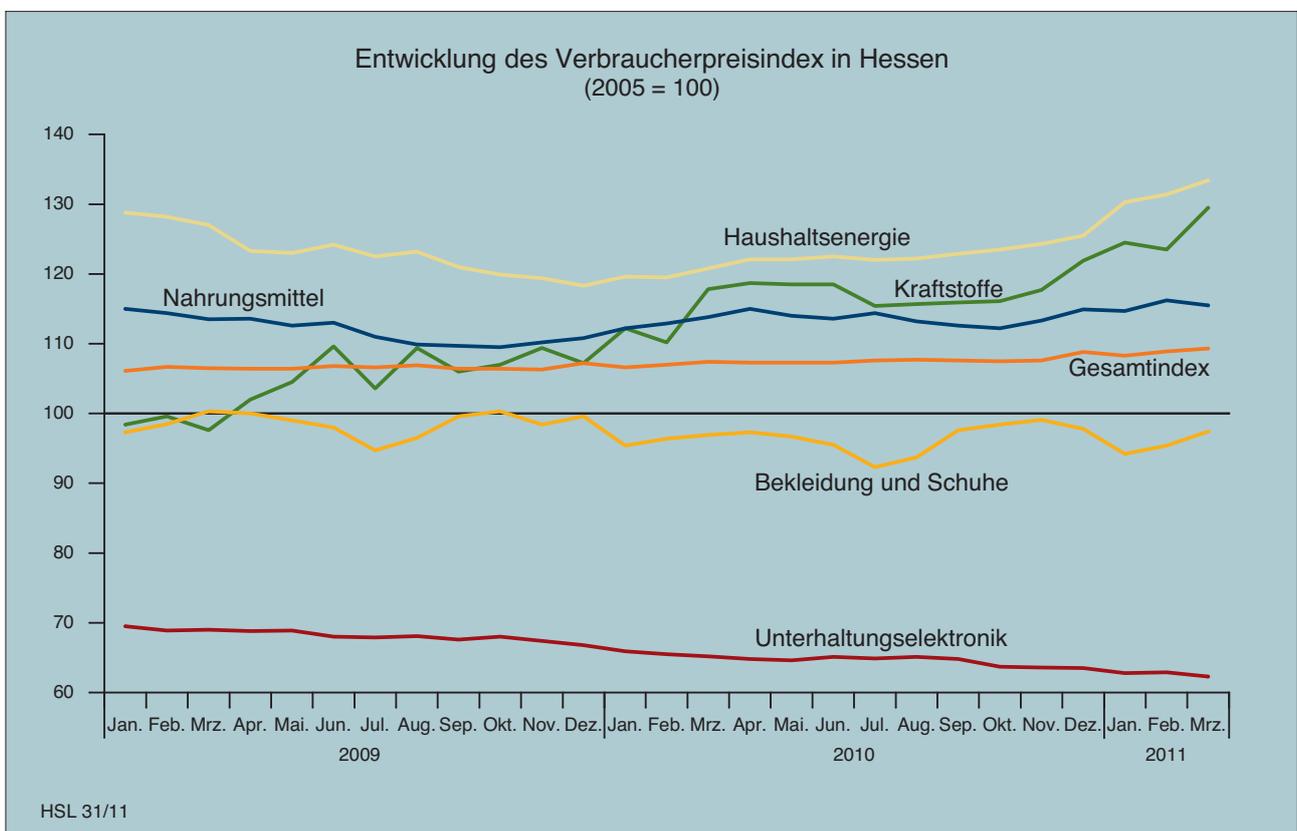
Im Durchschnitt des Jahres 2010 lag das **Verbraucherpreisniveau** in Hessen 0,8 % über dem Vorjahreswert. Zum Jahresende hin stieg die Inflationsrate und erreichte im Dezember mit 1,5 % den höchsten Wert seit Oktober 2008 (damals lag die Zunahmerate bei 2,0 %). Dieser Trend hielt Anfang 2011 an (Januar: + 1,6 %; Februar

und März: jeweils + 1,8 %). Im „Krisenjahr“ 2009 hatte die Inflationsrate mit durchschnittlich + 0,1 % und - 0,9 % im Juli einen historischen Tiefpunkt für Hessen erreicht.

Während die Inflationsrate 2009 durch stark sinkende Preise (- 15,9 %) für die von den Endverbrauchern nachgefragten Mineralölprodukte Heizöl und Kraftstoffe nach unten gedrückt wurde, hoben 2010 wieder kräftig steigende Preise (+ 13,7 %) für Mineralölprodukte die Inflationsrate merklich nach oben. Darunter verteuerte sich Heizöl (+ 22,4 %) deutlich stärker als die Kraftstoffe (+ 11,6). Wie stark die Preisentwicklung der Mineralölprodukte die Inflationsraten beeinflusst hat, zeigt eine „alternative Berechnung“. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate 2009 bei 0,9 % und 2010 bei 0,3 %.

Gas, dessen Preis in der Regel dem des Heizöls mit einem Zeitverzug von gut einem halben Jahr folgt, wurde zwar im Durchschnitt des Jahres 2010 um 8,8 % billiger, jedoch drehte sich die Entwicklung seit Oktober ins Plus, sodass Gas im Dezember 2010 schon 6,3 % teurer war als im Dezember 2009. Für Strom zahlten die Verbraucher 2010 durchschnittlich 1,4 % höhere Preise als im Jahr zuvor.

Der Einfluss der Nahrungsmittelpreise auf die Inflationsrate verstärkte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Im Durchschnitt des Jahres 2010 lagen die Preise für Nahrungsmittel 1,4 % über dem Vorjahresniveau, im Dezember kosteten Nahrungsmittel 3,7 % mehr als vor



Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr Monat ⁴ in % ⁴	Verbraucherpreis- index ¹⁾ (2005 = 100)		Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden ¹⁾ (2005 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (2005 = 100)		Index der Erzeugerpreise					
							landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (2000 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ (2005 = 100)			
	in Hessen				in Deutschland ³⁾							
	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- nahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾
2006	D	101,4	1,4	101,3	1,3	103,5	3,5	107,3	7,3	105,4	5,4	
2007	D	103,6	2,2	107,4	6,0	107,1	3,5	119,9	11,7	106,8	1,3	
2008	D	106,5	2,8	110,6	3,0	112,9	5,4	124,3	3,7	112,7	5,5	
2009	D	106,6	0,1	111,9	1,2	105,0	-7,0	100,6	-19,1	108,0	-4,2	
2010	D	107,5	0,8	113,3	1,3	111,2	5,9	114,0	13,3	109,7	1,6	
2009	Juli	106,6	-0,9	.	.	104,8	-10,6	101,0	-22,5	106,5	-7,8	
	August	106,9	-0,3	111,9	0,6	105,5	-8,3	100,3	-21,4	107,0	-6,9	
	September	106,4	-0,8	.	.	105,3	-8,1	98,2	-20,3	106,5	-7,6	
	Oktober	106,4	-0,1	.	.	104,9	-7,0	98,3	-16,8	106,5	-7,6	
	November	106,3	0,3	112,1	0,8	105,6	-3,2	101,5	-10,4	106,6	-5,9	
	Dezember	107,2	0,8	.	.	105,8	0,2	102,5	-6,6	106,5	-5,2	
2010	Januar	106,6	0,5	.	.	107,2	1,9	103,2	-3,3	107,3	-3,4	
	Februar	107,0	0,3	112,5	0,6	107,3	2,1	104,7	-2,1	107,3	-2,9	
	März	107,4	0,8	.	.	108,7	4,3	105,2	0,4	108,0	-1,5	
	April	107,3	0,8	.	.	110,6	6,0	106,3	3,3	108,9	0,6	
	Mai	107,3	0,8	113,2	1,3	110,9	6,2	108,2	6,0	109,2	0,9	
	Juni	107,3	0,5	.	.	110,7	5,1	110,5	8,0	109,9	1,7	
	Juli	107,6	0,9	.	.	110,4	5,3	111,4	10,3	110,4	3,7	
	August	107,7	0,7	113,6	1,5	112,2	6,4	117,7	17,3	110,4	3,2	
	September	107,6	1,1	.	.	113,3	7,6	119,3	21,5	110,7	3,9	
	Oktober	107,5	1,0	.	.	113,0	7,7	119,8	21,9	111,1	4,3	
	November	107,6	1,2	113,9	1,6	113,8	7,8	122,6	20,8	111,3	4,4	
	Dezember	108,8	1,5	.	.	115,9	9,5	127,0	23,9	112,1	5,3	
2011	Januar	108,3	1,6	.	.	117,3	9,4	131,0	26,9	113,4	5,7	
	Februar	108,9	1,8	115,0	2,2	118,9	10,8	.	.	114,2	6,4	
	März	109,3	1,8	.	.	120,5	10,9	.	.	114,7	6,2	

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

einem Jahr. Deutlich teurer im Jahresdurchschnitt waren vor allem Butter (+ 24,4 %), Gemüse (+ 7,7 %) und Obst (+ 6,0 %).

Die Preise von Gebrauchsgütern sanken 2010 um durchschnittlich 0,9 % (2009: + 0,2 %). Billiger wurden vor allem Unterhaltungselektronik (- 5,1 %), Bekleidung und Schuhe (- 2,1 %), Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 1,3 %) sowie Haushaltsgeräte (- 0,3 %). Dagegen kosteten beispielsweise Glaswaren und Tafelgeschirr 2,9 % sowie Werkzeuge und Gartengeräte 2,2 % mehr als im Vorjahr.

Dienstleistungen (ohne Mieten) verteuerten sich 2010 um 0,8 % und damit etwas stärker als im Vorjahr (+ 0,6 %). Darunter stiegen die Preise für die Wartung

und Reparatur von Fahrzeugen (+ 2,8), für Sport- und Erholungsdienstleistungen sowie für ambulante Gesundheitsdienstleistungen (jeweils + 2,6 %) am deutlichsten. Der Anstieg der Mieten verlangsamte sich 2010 auf 1,0 % nach 1,3 % im Jahr 2009.

Der Index der **Einfuhrpreise** für Deutschland stieg im Durchschnitt des Jahres 2010 mit einem Plus von 7,8 % so stark wie seit 2000 (+ 10,2 %) nicht mehr. Damit wurde der Rückgang des Vorjahres (- 8,6 %) fast ausgeglichen. Insbesondere die Preisentwicklung bei Rohstoffen wie Erdöl und Erzen sowie Halbwaren wie Mineralölzeugnissen und Metallen trug zu diesem Anstieg bei. Die Preise für Rohöl lagen 2010 um 38,1 % und die für Mineralölzeugnisse um 34,4 % über dem Vorjahresniveau. Nicht-Eisen-Metallerze verteuerten sich um 42,0 %, und

Eisenerze um 31,0 %, Nickel um 60,0 % und Rohkupfer um 52,2 %. Deutliche Preissteigerungen gab es auch bei Nahrungs- und Futtermitteln. Getreide wurde 18,3 % und Kaffee 32,0 % teurer. Die Preise für Milch und Milchprodukte lagen durchschnittlich um 9,6 % über dem Vorjahresniveau.

Die Preiserhöhungen bei den Importen wirkten sich nur abgeschwächt auf die Erzeugerpreise aus. Der Index der **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** für Deutschland stieg im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,6 %, nach einem Rückgang von 4,2 % im Jahr 2009. Die Preise für Energie stiegen im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,4 %. Mineralöl-erzeugnisse waren 16,6 % und Strom 1,7 % teurer als im Vorjahr, Erdgas dagegen kostete 8,3 % weniger. Ohne Berücksichtigung von Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %.

Der Index der **Großhandelspreise** lag für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2010 um 5,9 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahr 2009 waren die Großhandelspreise um 7,0 % gesunken. Den stärksten Einfluss auf die Teuerungsrate 2010 hatten die Preissteigerungen im Großhandel mit Getreide und Futtermitteln (+ 20,2 %), mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug sowie mit Mineralöl-erzeugnissen (jeweils + 14,0 %).

Die **Baupreise** stiegen im Durchschnitt des Jahres 2010 wie im Vorjahr nur moderat an. Der Neubau von Wohngebäuden in Hessen war 2010 um 1,3 % teurer als im Vorjahr (2009: + 1,2 %). Die Leistungen der Heizungsbauer und der Elektriker verteuerten sich mit einem Plus von jeweils 2,5 % überdurchschnittlich. Die Preise für Betonarbeiten stiegen um 1,4 %, für Tischlerarbeiten um 1,3 %, für Zimmer- und Holzbauarbeiten um 1,2 % und für Mauerarbeiten um 1,0 %. Billiger wurden Stahlbauarbeiten (- 3,4 %) und das Anbringen von Rollläden (- 0,2 %).

Der Neubau von Bürogebäuden verteuerte sich 2010 um 1,2 % und von gewerblichen Betriebsgebäuden um 1,1 %. Für die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden mussten 1,5 % und für Schönheitsreparaturen in Wohnungen 1,4 % höhere Preise gezahlt werden. Die Herstellung von Außenanlagen wurde durchschnittlich 2,3 %, der Bau von Straßen 1,4 % und von Entwässerungskanälen 0,7 % teurer.

Verdienste stiegen wieder stärker

Der **Bruttomonatsverdienst** vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer lag 2010 bei durchschnittlich 3608 Euro. Darin enthalten sind der regelmäßige steuerpflichtige Arbeitslohn sowie bestimmte steuerfreie Zahlungen, etwa für Schichtarbeit oder zur betrieblichen Altersversorgung, jedoch keine Sonderzahlungen. Gegenüber 2009 nahm der Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten um 2,9 % zu, nach 1,6 % im Jahr zuvor.

Dieser statistische Durchschnittswert kann im Einzelfall deutlich unter- oder überschritten werden. Neben persönlichen Merkmalen des Arbeitnehmers bestimmen die Art der ausgeübten Tätigkeit sowie die Branche des Unternehmens, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, die Höhe der Entlohnung. Leitende Angestellte verdienen durchschnittlich 6424 Euro, Fachkräfte 2907 Euro und ungelernete Hilfskräfte 1907 Euro brutto im Monat.

Zu den Branchen mit niedrigerem Verdienstniveau gehören u. a. der Einzelhandel, das Gastgewerbe, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungsfirmen. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz) lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten bei 2668 Euro. Leitende Angestellte verdienen hier 5247 Euro, Fachkräfte 2311 Euro und ungelernete Hilfskräfte 1805 Euro brutto im Monat. Noch weniger verdienen die Beschäftigten von Wach- und Sicherheitsdiensten. Der Durchschnittsverdienst lag 2010 bei 2261 Euro. Auch hier gab es deutliche Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen. Die Spanne reichte von durchschnittlich 1658 Euro für vollzeitbeschäftigte Hilfskräfte bis 5654 Euro für die leitenden Angestellten.

Ein überdurchschnittliches Verdienstniveau wurde 2010 in den Bereichen Finanzdienstleistungen (5474 Euro), chemische Industrie (4477 Euro), Energieversorgung (4292 Euro), Handelsvermittlung (4170 Euro) und Versicherungsdienstleistungen (4157 Euro) ermittelt.

Der Bruttojahresverdienst umfasst außer den regelmäßigen Monatszahlungen auch alle **Sonderzahlungen**, wie dreizehnter Monatslohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen sowie Abfindungen. Im Jahr 2010 erhielten die Vollzeitbeschäftigten durchschnittlich 5046 Euro (+ 0,5 % gegenüber 2009) Sonderzahlungen. Zusammen mit den Monatszahlungen ergab dies einen Bruttojahresverdienst von 48 337 Euro (+ 2,6 %). Die Höhe der Sonderzahlungen differiert abhängig von der jeweiligen Tätigkeit und der Branche noch stärker als der Monatsverdienst. Im Durchschnitt erreichten die jährlichen Sonderzahlungen den 1,4-fachen Wert des Monatsverdienstes. Die Sonderzahlungen der leitenden Angestellten (13 001 Euro; + 1,2 % gegenüber 2009) entsprachen dem 2,0-fachen, die der Fachkräfte (3287 Euro; + 3,1 %) dem 1,1-fachen und die der Hilfskräfte (1436 Euro; - 6,6 %) dem 0,8-fachen Wert des jeweiligen Monatsverdienstes.

Eine besondere Stellung nimmt in Hessen der Bereich „Finanzdienstleistungen“ ein, der sehr stark durch die Zentralen deutscher sowie die Niederlassungen ausländischer Banken am Finanzplatz Frankfurt geprägt ist. So erklären sich die hohen Sonderzahlungen (15 246 Euro; + 1,6 % gegenüber 2009) an die Vollzeitbeschäftigten in diesem Bereich, die rechnerisch 2,8 Monatsverdiensten

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und
im Dienstleistungsbereich (einschl. Beamte)

Jahr Quartal	Vollzeitbeschäftigte						Teilzeitbeschäftigte		
	je Stunde (ohne Sonderzahlungen)		je Monat (ohne Sonderzahlungen)		Sonderzahlungen		je Stunde		
	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ¹⁾	Euro	Zunahme in % ¹⁾	
Männer									
2009	D ²⁾	22,05	2,6	3 705	1,3	5 606	- 14,8	17,28	1,8
2010	1. Quartal	22,56	3,2	3 762	2,8	1 086	0,3	17,40	1,5
	2. Quartal	22,62	2,7	3 828	3,8	1 773	6,7	17,59	2,0
	3. Quartal	22,45	1,5	3 830	2,8	573	- 8,6	17,76	2,2
	4. Quartal	22,64	1,8	3 857	2,9	2 241	0,0	17,74	2,0
	D ²⁾	22,57	2,4	3 819	3,1	5 670	1,1	17,63	2,0
Frauen									
2009	D ²⁾	18,09	2,9	3 042	2,6	3 649	- 7,1	16,18	2,7
2010	1. Quartal	18,39	2,6	3 094	2,8	504	- 11,1	16,35	2,1
	2. Quartal	18,50	2,2	3 120	2,7	951	1,0	16,49	1,5
	3. Quartal	18,45	1,6	3 122	2,1	294	- 10,9	16,52	1,7
	4. Quartal	18,49	1,8	3 132	2,3	1 842	1,3	16,57	2,2
	D ²⁾	18,46	2,0	3 117	2,5	3 603	- 1,3	16,48	1,9
Insgesamt									
2009	D ²⁾	20,86	2,6	3 506	1,6	5 019	- 13,2	16,34	2,6
2010	1. Quartal	21,29	3,0	3 561	2,8	909	- 1,9	16,50	2,0
	2. Quartal	21,38	2,5	3 614	3,5	1 524	5,2	16,65	1,6
	3. Quartal	21,25	1,5	3 617	2,6	489	- 8,9	16,70	1,8
	4. Quartal	21,39	1,9	3 638	2,7	2 118	0,1	16,74	2,2
	D ²⁾	21,33	2,3	3 608	2,9	5 046	0,5	16,65	1,9

1) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 2) Durchschnitt aus den 4 Quartalen, bei Sonderzahlungen Summe der 4 Quartale.

entsprachen. Die leitenden Angestellten erhielten mit 40 623 Euro (+ 24,0 %) den 4,6-fachen, die Fachkräfte ohne Führungsverantwortung mit 7 567 Euro (+ 35,0 %) den 2,2-fachen Monatsverdienst als Sonderzahlungen. Zu den Branchen mit relativ geringen Sonderzahlungen gehören der Einzelhandel (2361 Euro; + 1,9 %; 0,9-facher Monatsverdienst), das Gastgewerbe (1850 Euro; - 3,0 %; 0,8-facher Monatsverdienst) und das Baugewerbe (2294 Euro; + 11,7 %; 0,8-facher Monatsverdienst).

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienten 2010 zwar im Durchschnitt mit 16,65 Euro (+ 1,9 %) brutto je Stunde merklich weniger als Vollzeitbeschäftigte (21,33 Euro; + 2,3 %). Allerdings ist dieser Unterschied weitgehend darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt bei den weniger gut qualifizierten Arbeitnehmern und in den Branchen mit unterdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten höher ist. So erreichten die leitenden Angestellten bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil von gut 13 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch nur von gut 7 %. Dagegen hatten die Hilfskräfte bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil

von knapp 6 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch fast 15 %. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten lag 2010 bei 38,9 Wochenstunden (+ 0,6 %), die der Teilzeitbeschäftigten bei 24,1 Wochenstunden (+ 1,0 %).

Die **Reallöhne** der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer stiegen 2010 durchschnittlich um 1,5 %. Im Jahr 2009 waren die Reallöhne um 0,9 % gesunken. Die Veränderung der Reallöhne wird auf Grundlage der vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnet. Der Reallohnindex ist ein Indikator für die Kaufkraft der effektiv gezahlten Löhne. Er misst die Entwicklung der (nominalen) Bruttoverdienste einschl. der Sonderzahlungen, bereinigt um Änderungen des Verbraucherpreisniveaus. Die Berechnung erfolgt mit einer konstanten Beschäftigtenstruktur, sodass die reine Lohnentwicklung in einer Volkswirtschaft dargestellt wird. Der Anstieg der Reallöhne 2010 wurde durch nur verhalten steigende Verbraucherpreise begünstigt. Die Inflationsrate in Hessen blieb mit 0,8 % sogar noch merklich unter dem Wert von 1,1 % für Deutschland insgesamt.

Die nominalen Bruttojahresverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lagen 2010 in Hessen um durchschnittlich 2,4 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Krisenjahr 2009 waren die Verdienste vor allem aufgrund steigender Kurzarbeit und deutlich reduzierter Sonderzahlungen um 0,8 % gesunken.

Weniger Unternehmen, aber mehr Verbraucher insolvent

Die hessischen Amtsgerichte entschieden 2010 über 11 994 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Das sind 4,4 % mehr als im Vorjahr (2009: + 4,9 %). Die Entwicklung bei den einzelnen Schuldnergruppen verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (- 11 %) deutlich zurückging, stieg die Zahl der Insolvenzen der übrigen Schuldner (+ 7,5 %), zu denen auch die Verbraucherinsolvenzen (+ 11 %) gehören, weiter an. Dadurch sank 2010 der Anteil der Unternehmensinsolvenzen auf 15 % (2009: 17 %).

Der deutlich Anstieg der Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** im Krisenjahr 2009 (+ 19 %) konnte 2010 nur teilweise rückgängig gemacht werden. Mit 1742 Fällen lag deren Zahl zwar unter dem Vorjahreswert (1953 Fälle), aber höher als im Jahr 2008 (1638 Fälle). Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge ging 2010 auf 29 % zurück. Im Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre wurde fast jeder zweite Antrag abgewiesen, im Jahr 2009 waren es rund 31 %. Die offenen Forderungen der Gläu-

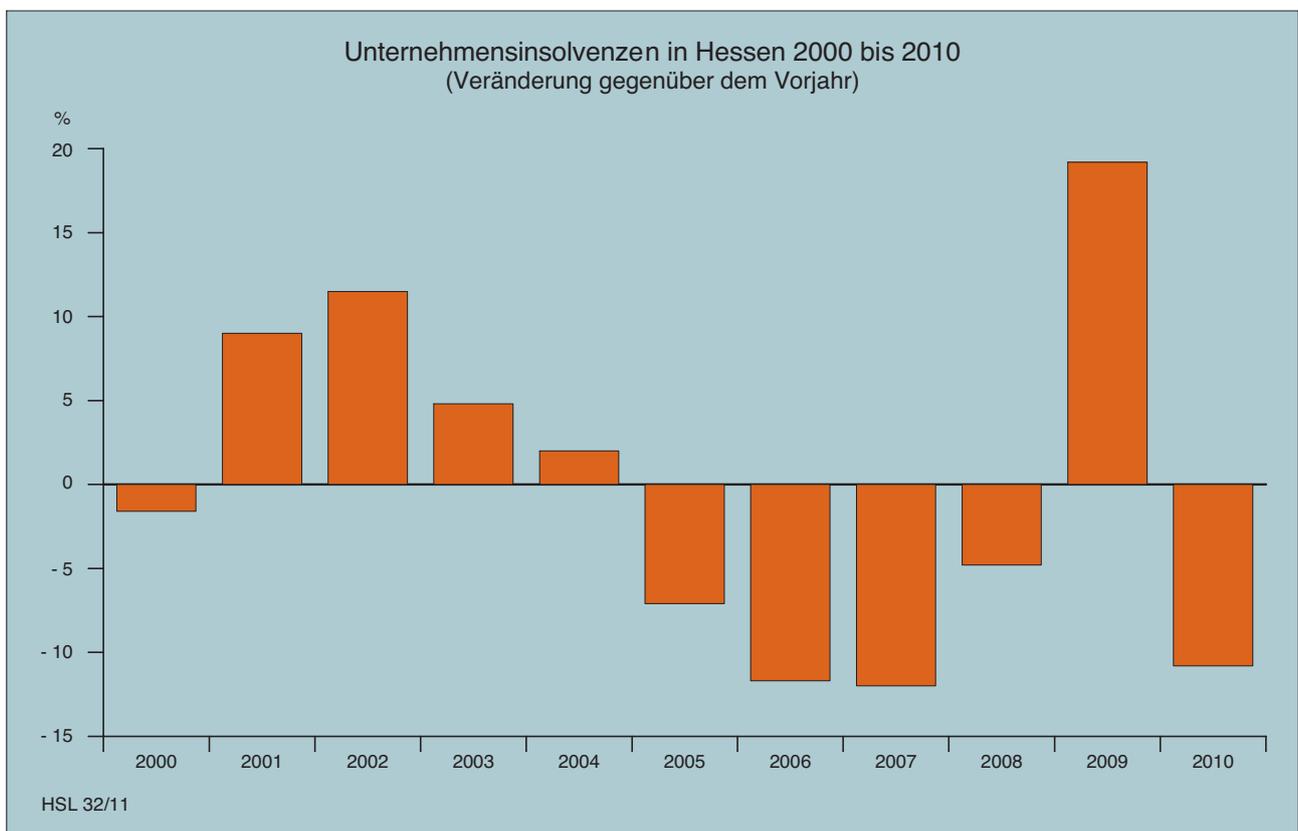
Entwicklung der Insolvenzen in Hessen 2000 bis 2010

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Unternehmensinsolvenzen	übrige Schuldner
2000	2 824	1 835	989
2001	3 220	2 000	1 220
2002 ¹⁾	5 122	2 230	2 892
2003	6 477	2 337	4 140
2004	7 530	2 383	5 147
2005	8 708	2 214	6 494
2006	10 475	1 954	8 521
2007	11 006	1 720	9 286
2008	10 947	1 638	9 309
2009	11 486	1 953	9 533
2010	11 994	1 742	10 252

1) Änderung der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001: Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher.

biger bezifferten die Gerichte für 2010 auf insgesamt gut 1,7 Mrd. Euro; soviel wie im Jahr zuvor. Dies entspricht rechnerisch rund 1 Mill. Euro je Unternehmensinsolvenz. Unmittelbar von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren 2010 rund 6800 Beschäftigte betroffen, im Krisenjahr 2009 waren es fast 19 000.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief unterschiedlich. Überdurchschnittlich stark ging



Insolvenzen nach Art der Schuldner

Art der Angabe	2009	2010	2009	2010
			Anteile in %	
Unternehmen	1 953	1 742	17,0	15,2
Übrige Schuldner	9 533	10 252	83,0	89,3
davon				
natürliche Personen als Gesellschafter	292	340	2,5	3,0
Verbraucher	6 803	7 557	59,2	65,8
ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	1 684	1 568	14,7	13,7
ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	557	611	4,8	5,3
Nachlässe	197	176	1,7	1,5
Insgesamt	11 486	11 486	100	100

die Zahl der Insolvenzanträge aus den Bereichen „Information und Kommunikation“ (- 19 %), „Verkehr und Lagerie“ sowie „Handel“ (jeweils - 17 %) und dem „Verarbeitenden Gewerbe“ (- 15 %) zurück. Von Unternehmen des Baugewerbes wurden 11 % weniger Insolvenzanträge gestellt, während im Gastgewerbe sogar ein Anstieg um gut 4 % beobachtet wurde.

In der regionalen Betrachtung schneidet im Jahr 2010 der Regierungsbezirk Kassel, gemessen an der Insolvenzhäufigkeit (66 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen), am besten ab. In dieses Bild passt der überdurchschnittliche Rückgang der Insolvenzfälle (- 17 %). Es folgt der Regierungsbezirk Darmstadt mit 71 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen, bei einer unterdurchschnittlichen Abnahme der Insolvenzfälle um 9 %. Am höchsten ist die Insolvenzhäufigkeit im Regierungsbezirk Gießen (75 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen), für den ein Rückgang der Insolvenzfälle von knapp 12 % ermittelt wurde.

Die Möglichkeit der **Verbraucherinsolvenz** wurde erst durch die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 geschaffen. Von Januar 1999 bis Dezember 2010 wurden in Hessen insgesamt 45 000 Anträge zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz gestellt. Im Jahr 2010 haben die Amtsgerichte in Hessen 7557 Verfahren zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz entschieden. Damit stieg die Zahl der neu beantragten Verbraucherinsolvenzen 2010 um 11 %. Lediglich in 204 Fällen wurde das Verfahren mangels Masse abgewiesen oder ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. In allen anderen Fällen eröffneten die Amtsgerichte das Insolvenzverfahren. Im Durchschnitt hatten die zahlungsunfähigen Verbraucher 65 900 Euro Schulden zu tragen. Die Insolvenzhäufigkeit lag in Hessen bei 12,5 Anträgen auf Verbraucherinsolvenz je 10 000 Einwohner.

19 % aller Insolvenzen betrafen Personen, die früher einer selbstständigen Tätigkeit nachgingen. Bei überschaubaren Verhältnissen (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse)

findet das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher Anwendung. Über ein Viertel der ehemals Selbstständigen konnte hiervon Gebrauch machen. Deren Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % auf 611 gestiegen, die Zahl der ehemals Selbstständigen mit Regelinsolvenzverfahren um 6,9 % auf 1568 gesunken.

Verarbeitendes Gewerbe mit fulminantem Come back

Nach dem Krisenjahr 2009 mit dramatischen Auftrags- und Umsatzeinbußen erlebte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2010 ein erstaunliches Come back. Bei Umsätzen und Auftragseingängen konnten die Vorjahresverluste nahezu ausgeglichen werden. Im Jahresverlauf verbesserte sich die Beschäftigungssituation erheblich. Allerdings wurde im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau noch deutlich verfehlt.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Verarbeitenden Gewerbe lag im Jahr 2010 mit 339 500 um 2,1 % niedriger als vor Jahresfrist. Im Januar hatte der Rückgang noch 5,0 % betragen, im Dezember gab es allerdings schon eine Zuwachsrate von 0,5 %. Im Jahresdurchschnitt gab die

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	2009	2010	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			2009	2010
			gegenüber	
			2008	2009
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	346,7	339,5	- 3,9	- 2,1
Geleistete Arbeitsstunden (in Mill.)	504,4	520,7	- 9,3	3,3
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro)	14 965,8	15 277,3	- 5,7	2,1
Umsatz (in Mill. Euro)	82 405,5	93 735,7	- 13,1	13,7
davon				
Inlandsumsatz	42 066,8	46 569,3	- 11,8	10,7
Auslandsumsatz	40 338,7	47 166,3	- 14,4	16,9
dar. Eurozone	20 649,2	23 171,2	- 8,3	12,2
1) Betriebe mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.				

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2010)

Zeitraum 2010	Beschäftigte ²⁾		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ³⁾	1000 Euro	Zunahme in % ³⁾	1000 Euro	Zunahme in % ³⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % ³⁾		
Januar	336,8	- 5,0	6 216 600	1,5	3 174 895	6,5	21,7	11,1	30,1
Februar	335,5	- 4,8	6 884 852	2,4	3 631 361	5,4	17,9	19,0	17,1
März	336,6	- 3,9	8 198 013	14,9	4 064 615	20,3	31,4	33,7	29,7
April	336,5	- 3,4	7 189 826	10,8	3 458 578	12,6	26,8	32,0	23,0
Mai	336,6	- 3,0	7 666 803	16,8	4 013 528	21,4	19,1	25,5	14,6
Juni	337,6	- 2,5	8 280 382	17,6	4 114 754	17,3	24,5	26,5	22,8
Juli	339,8	- 1,5	7 668 075	10,8	3 720 362	12,2	- 23,6	- 45,8	12,9
August	341,6	- 0,8	7 694 172	18,7	3 955 691	23,7	16,4	11,4	20,5
September	343,6	- 0,4	8 558 206	14,6	4 225 860	17,3	5,0	5,1	5,0
Oktober	343,6	- 0,0	8 095 543	11,7	4 053 021	17,3	1,2	0,7	1,5
November	343,6	0,4	9 198 516	20,1	4 654 653	21,5	16,2	9,6	21,9
Dezember	342,8	0,5	8 084 689	23,6	4 099 011	26,2	16,2	16,3	16,0
1. Vj. D	336,3	- 4,6	21 299 465	6,6	10 870 871	10,9	23,9	21,4	25,8
2. Vj. D	336,9	- 3,0	23 137 011	15,1	11 586 860	17,2	23,5	27,9	20,3
3. Vj. D	341,7	- 0,9	23 920 453	14,6	11 901 914	17,6	- 3,9	- 18,6	12,3
4. Vj. D	343,3	0,3	25 378 748	18,3	12 806 686	21,6	10,7	8,5	12,5
2010 D	339,5	- 2,1	93 735 678	13,7	47 166 332	16,9	12,5	6,4	17,6

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. — 3) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Beschäftigung im Chemie-/Pharmabereich um 1,9 % auf 55 400 Personen nach. Im Kraftwagensektor lag die Beschäftigtenzahl mit 45 300 sogar um 4,4 % unter dem Vorjahresniveau. Beim Maschinenbau gab es einen Rückgang von 3,7 % auf 36 700 Mitarbeiter. Dagegen verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren ein minimales Plus von 0,1 % auf 29 700 Beschäftigte. Einen Anstieg von 0,5 % auf 20 700 Personen verbuchten die Nahrungsmittelhersteller.

Nach einem dramatischen Rückgang der **Umsätze** um 13 % im Jahr 2009 gab es 2010 einen starken Anstieg von 14 % auf 93,7 Mrd. Euro. Die stärkste Dynamik ging von den Auslandsmärkten aus, sodass die Auslandsumsätze um 17 % auf 47,2 Mrd. Euro zunahmen. Aber auch der Anstieg der Inlandsumsätze um 11 % auf 46,6 Mrd. Euro konnte sich sehen lassen. Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag bei gut 50 %. Die stärksten Impulse gingen von der Nicht-Eurozone aus. Die Umsätze in diese Region erhöhten sich um 22 % auf 24 Mrd. Euro. Bei den Umsätzen in die Eurozone gab es ein Plus von 12 % auf 23,2 Mrd. Euro. Unter den großen Branchen erzielten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Anstieg von 26 % auf 5,4 Mrd. Euro das stärkste Plus. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen steigerten ihren Um-

satz um 19 % auf 13,8 Mrd. Euro und der Maschinenbau um 10 % auf 8,1 Mrd. Euro. Der Chemie-/Pharmabereich übertraf mit 22,2 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 9,0 %. Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren verzeichnete man einen Anstieg um 14 % auf 6,5 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Nahrungsmitteln um 3,6 % auf 5,3 Mrd. Euro.

Die **Entgelte**, d. h. die Bruttobeträge einschl. der Zuschläge, aber ohne die Pflichtanteile der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, lagen im Jahr 2010 mit 15,3 Mrd. Euro um 2,1 % höher als im Jahr zuvor.

Die Zahl der **geleisteten Arbeitsstunden** aller Beschäftigten nahm mit 520,7 Mill. um 3,3 % zu. Damit nahm die Zahl der je Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden wieder auf 1534 zu, nachdem 2009 wegen Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nur 1455 Stunden geleistet wurden.

Bereits im vierten Quartal 2008 hatte es bei den **Auftrags-eingängen** im Verarbeitenden Gewerbe einen heftigen Einbruch gegeben, der sich im ersten Halbjahr 2009 fortsetzte. Danach setzte eine Besserung ein. Trotzdem gab es im Jahresdurchschnitt 2009 einen unglaublichen Auftragsrückgang von 11 %. Im Jahr 2010 kam es zu einer kräftigen Erholung, die vor allem auf die Export-

nachfrage zurückzuführen war. Der Rückgang im dritten Quartal ist ausschließlich auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da es im Juli 2009 Großaufträge im Sonstigen Fahrzeugbau gab. Im gesamten Jahr 2010 nahmen die preisbereinigten Auftragseingänge um 13 % zu. Die Auftragseingänge aus dem Inland erhöhten sich um 6,4 %, diejenigen aus dem Ausland um 18 %. Unter den größten Branchen verbuchte der Maschinenbau mit 30 % den stärksten Anstieg. Elektrotechnik und Kraftwagensektor legten um 17 und 16 % zu. Die Chemische Industrie erhielt 16 % mehr Aufträge und die Pharmahersteller übertrafen das Vorjahresniveau um 3,0 %.

Bauhauptgewerbe 2010

Höhere Umsätze und Beschäftigungsanstieg

Nach einem schwachen Jahr 2009 konnte das hessische Bauhauptgewerbe 2010 bei gestiegenen Umsätzen seine Beschäftigung wieder ausweiten. Die Nachfrage ließ allerdings, vor allem im zweiten Halbjahr, nach.

Die **Beschäftigtenzahl** des hessischen Bauhauptgewerbes lag im Jahresdurchschnitt 2010 mit 47 600 um 3,0 % höher als im Jahr zuvor. Damit wurde der Rückgang des Jahres 2009 nahezu ausgeglichen.

Die **baugewerblichen Umsätze**, die 2009 deutlich abgenommen hatten, erhöhten sich 2010 um 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Nach einem witterungsbedingten Rückgang im ersten Quartal kam es in den folgenden Quartalen jeweils zu Zuwachsraten. Der Wohnungsbau, dessen Umsätze 2009 deutlich rückläufig waren, steigerte sie 2010 um 8,3 % auf 1,7 Mrd. Euro. Beim öffentlichen und Verkehrsbau gab es ein Plus von 7,7 % auf fast 2 Mrd. Euro. Hier profitierte der öffentliche Hochbau offensichtlich vom Konjunkturprogramm und steigerte seinen Umsatz um 50 %. Dagegen liefen diese Effekte im Straßenbau, der 2 Jahre lang Zunahmen verzeichnet hatte, aus. Hier gab es ein Minus von 5,3 %. Der gewerbliche und industrielle Bau verzeichnete im dritten Jahr in Folge einen Rückgang und verfehlte mit 1,8 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 8,5 %.

Die Zahl der auf Baustellen und Bauhöfen **geleisteten Arbeitsstunden** lag im Jahr 2010 mit 53,1 Mill. um 3,2 % höher als im Jahr zuvor. Diese Steigerung kam trotz des witterungsbedingten Rückgangs im Januar und Februar zustande.

Ungünstig entwickelte sich 2010 der Frühindikator **Auftragseingang**. Der Auftragsrückgang verstärkte sich im zweiten Halbjahr erheblich. Nach 4 Jahren mit Zunahmen hatte es bereits 2009 einen leichten Rückgang gegeben. Die wertmäßigen Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes lagen 2010 um 16 % niedriger als im Jahr zuvor. Beim Hochbau gab es eine Einbuße von 6,6 % und beim Tiefbau von 22 %. Alle Bau-

Bauhauptgewerbe (Zeitliche Entwicklung 2010)

Zeitraum 2010	Beschäftigte ^{1) 2)}		Baugewerblicher Umsatz ¹⁾		Auftrags- eingang ³⁾	
	Anzahl	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Index (2005 = 100)	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾
Januar	45 050	- 0,4	174 265	- 17,2	79,2	6,5
Februar	44 688	0,9	196 792	- 25,2	83,2	12,5
März	48 015	5,0	371 116	- 1,6	103,6	- 22,8
April	48 299	3,9	432 941	2,9	78,4	- 29,8
Mai	48 602	5,2	465 184	6,4	107,3	10,8
Juni	48 297	3,7	520 999	14,1	125,3	- 0,8
Juli	48 028	3,4	500 666	- 4,3	100,7	- 6,7
August	48 583	2,5	525 042	9,3	100,7	- 21,7
September	48 600	2,8	551 959	11,6	105,5	- 36,7
Oktober	48 305	3,0	552 172	- 11,2	84,9	- 29,0
November	47 880	3,3	559 228	4,9	76,8	- 3,8
Dezember	46 738	2,1	560 564	15,6	91,3	- 32,5
1. Vj. D	45 918	1,9	742 173	- 12,8	88,7	- 5,9
2. Vj. D	48 399	4,3	1 419 124	8,0	103,7	- 7,1
3. Vj. D	48 404	2,9	1 577 667	5,3	102,3	- 23,9
4. Vj. D	47 641	2,8	1 671 964	1,9	84,3	- 24,4
2010 D	47 590	3,0	5 410 928	2,0	94,7	- 16,1

1) Alle Betriebe. — 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. — 3) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

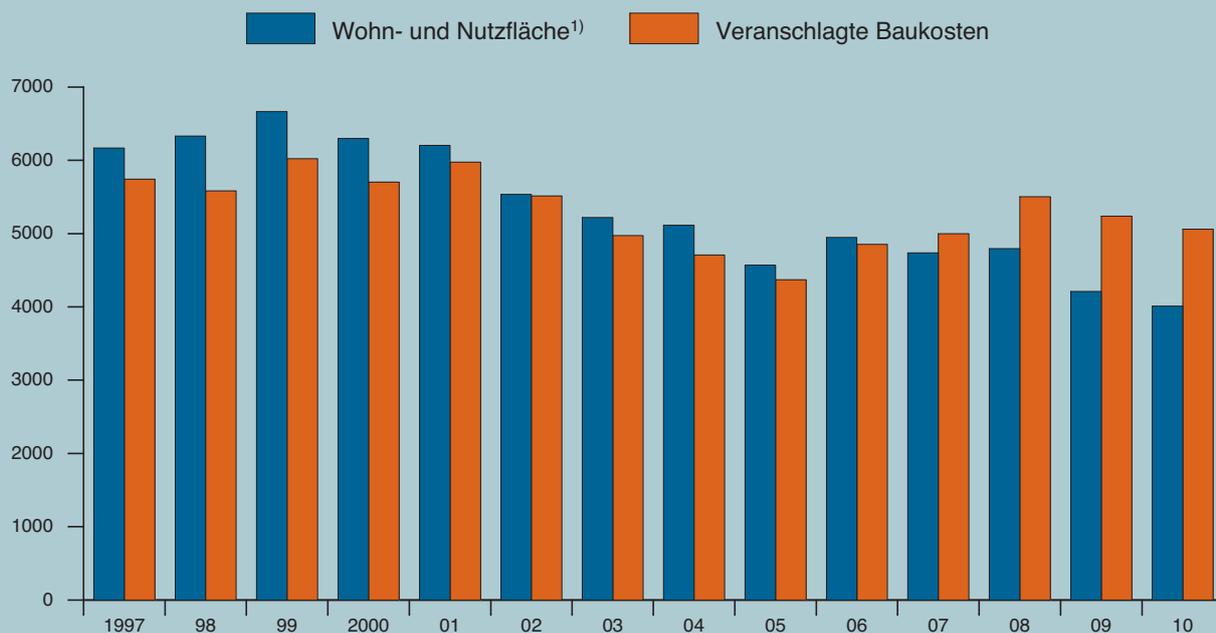
arten verzeichneten ein Auftragsminus. Im Hochbausektor gingen die Auftragseingänge im Wohnungsbau um 10 %, im gewerblichen und industriellen Hochbau um 6,8 % und im öffentlichen Hochbau um 0,3 % zurück. Im Tiefbaubereich gab es Minusraten von 30 % im Straßenbau, von 11 % im gewerblichen und industriellen Tiefbau und von 17 % im sonstigen öffentlichen Tiefbau.

Auch nach der Krise – immer noch abnehmendes Bauvolumen

Im Jahr 2010 gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden im **Wohn- und Nichtwohnbau** für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen insgesamt 4,01 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Damit ging der zu erwartende Flächenbedarf um 201 000 m² oder 4,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die dafür insgesamt veranschlagten Baukosten lagen bei 5,01 Mrd. Euro. Sie wurden von den Bauherren um 177 Mill. Euro geringer angesetzt als im Jahr 2009 (- 3,4 %).

Obwohl das Bauvolumen in Hessen insgesamt abermals abnahm, ging es für den **Wohnbausektor** teilweise aufwärts. Im vergangenen Jahr wurden rund 5300 neue **Wohngebäude** mit zusammen 10 280 Neubauwohnungen genehmigt. Damit nahm die Zahl der hier **neu zu errichtenden Wohnungen** um 5,3 % zu. Vor allem die privaten Bauherren erhöhten ihre Nachfrage kräftig,

Wohn- und Nutzfläche (in 1000 m²) und veranschlagte Baukosten (in Mill. Euro) der Baugenehmigungen in Hessen 1997 bis 2010 (Alle Baumaßnahmen)



HSL 33/11

1) Ohne Wohnfläche in sonstigen Wohneinheiten.

während sie bei den (Wohnungs-)Unternehmen noch stagnierte. Im zweiten Jahr in Folge wurden gegenüber dem Vorjahr mehr Einfamilienhäuser zum Bau freigegeben (2009: + 12 %, 2010: + 4,4 %). Zweifamilienhäuser, deren Genehmigungszahlen in den letzten 10 Jahren fast durchgängig abnahmen, spielen insgesamt immer weniger eine Rolle. Im Vergleich zu 2000 hat sich der Anteil der Wohnungen in Zweifamilienhäusern von knapp 20 % auf 10 % halbiert. Die Zahl der Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern legte im Vergleich zu 2009 mit 7,8 % sogar noch stärker zu als die der Einfamilienhäuser, was aber mit dem Basiseffekt durch den krisenbedingten Einbruch in 2009 zusammenhängt. Hier wurde das Niveau des Jahres 2008 noch nicht wieder erreicht. Da die Zahl der Wohnungen, die bei **Umbau-maßnahmen an bestehenden Wohngebäuden** oder in Nichtwohngebäuden entstehen sollen, deutlich zunahm, wurde mit 12 190 ein Plus von 8,6 % bei den **Wohnungen insgesamt** erreicht. Damit erholte sich das Genehmigungsgeschehen und lag nun wieder leicht über dem Vorkrisenniveau von 2008.

Der Zuwachs bei den Wohnungsgenehmigungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden) fiel in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark aus. Im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt wurden 2010 rund 8500 Wohnungen zum Bau freigegeben. Mit im Vergleich zum Vorjahr 2,1 % mehr genehmigten Wohnungen fiel die Zunahme hier wesentlich geringer aus als in den ande-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	2008	2009	2010	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				2009	2010
				gegenüber	
	2008	2009			
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	4 853	5 047	5 304	4,0	5,1
davon Gebäude mit					
1 Wohnung	3 603	4 051	4 229	12,4	4,4
2 Wohnungen	701	511	497	- 27,1	- 2,7
3 oder mehr Wohnungen und Wohnheime	549	485	578	- 11,7	19,2
Wohnungen	10 273	9 764	10 279	- 5,0	5,3
dar. in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen ³⁾					
	5 268	4 691	5 056	- 11,0	7,8
Wohnfläche (1000 m ²)	1 095	1 119	1 172	2,2	4,7
Rauminhalt (1000 m ³)	5 977	5 984	6 288	0,1	5,1
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	1 742	1 612	1 595	- 7,5	- 1,1
Rauminhalt (1000 m ³)	2 678	2 191	1 919	- 18,2	- 12,4
Nutzfläche (1000 m ²)	17 388	13 270	12 056	- 23,7	- 9,1
Wohnungen insgesamt⁴⁾					
	12 126	11 226	12 192	- 7,4	8,6

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) Einschl. in Wohnheimen. — 4) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Entwicklung der genehmigten Wohnbauten 2001 bis 2010

Jahr	Alle Baumaßnahmen ¹⁾				Errichtung neuer Gebäude						
	Gebäude/ Baumaßnahmen	Wohnfläche 1000 m ²	Wohnungen	Veranschlagte Baukosten 1000 Euro	Wohngebäude mit . . . Wohnungen			Wohnheime	sonst. Wohneinheiten	Wohnfläche je Wohnung ²⁾ m ²	Veranschlagte Kosten je m ² Wohnfläche ³⁾ Euro
					1	2	3 oder mehr				
2001	15 619	2 463	21 324	2 945 069	6 427	1 717	1 073	—	—	110,9	1 205
2002	14 157	2 184	19 103	2 674 456	5 757	1 824	1 036	3	108	108,6	1 233
2003	12 833	2 023	16 912	2 509 647	6 356	1 188	786	4	40	114,4	1 247
2004	14 895	2 273	19 118	2 824 262	7 436	1 381	767	14	342	112,7	1 247
2005	12 663	1 974	16 676	2 465 145	6 591	1 089	651	13	522	112,4	1 215
2006	13 636	1 997	16 824	2 502 949	6 908	1 370	693	7	28	114,6	1 240
2007	9 667	1 535	13 923	2 024 273	4 070	860	640	10	597	102,0	1 257
2008	8 476	1 330	11 919	1 851 281	3 603	701	544	5	212	104,9	1 355
2009	8 637	1 344	11 052	1 912 463	4 051	511	482	3	186	114,5	1 367
2010	8 867	1 403	11 915	2 092 042	4 229	497	572	6	480	109,9	1 424
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in %											
2002	– 9,4	– 11,3	– 10,4	– 9,2	– 10,4	6,2	– 3,4	X	X	– 0,8	2,5
2003	– 9,4	– 7,4	– 11,5	– 6,2	10,4	– 34,9	– 24,1	X	X	5,0	1,1
2004	16,1	12,4	13,0	12,5	17,0	16,2	– 2,4	X	X	– 0,4	0,7
2005	– 15,0	– 13,1	– 12,8	– 12,7	– 11,4	– 21,1	– 15,1	X	52,6	1,0	– 2,3
2006	7,7	1,1	0,9	1,5	4,8	25,8	6,5	X	X	2,0	2,1
2007	– 29,1	– 23,2	– 17,2	– 19,1	– 41,1	– 37,2	– 7,6	X	X	– 11,0	1,4
2008	– 12,3	– 13,3	– 14,4	– 8,5	– 11,5	– 18,5	– 15,0	X	– 64,5	2,8	7,8
2009	1,9	1,0	– 7,3	3,3	12,4	– 27,1	– 11,4	X	– 12,3	7,6	0,9
2010	2,7	4,4	7,8	9,4	4,4	– 2,7	18,7	X	158,1	– 4,0	4,2

1) Einschl. Wohnheime. — 2) Einschl. Wohnflächen in Wohnheimen und sonst. Wohneinheiten. — 3) Einschl. Kosten in Wohnheimen.

ren Regionen. Im Regierungsbezirk Gießen wurden fast 2000 Wohnungen zum Neu- oder Umbau angefragt, was einem deutlichen Anstieg um 31 % entsprach. Im nordhessischen Regierungsbezirk Kassel waren es knapp 1700 Wohnungen – immerhin eine Erhöhung um 23 %. Der trotz dieser Steigerungen tendenziell weiterhin zurückgehende Bedarf nach neuem Wohnraum dokumentiert sich darin, dass 2010 in Südhessen 2,2 Wohnungen je 1000 Einwohner genehmigt wurden; in Mittelhessen waren es 1,9 Wohnungen und in Nordhessen nur noch 1,4. Mitte der Neunzigerjahre lag diese Kennzahl in allen Regierungsbezirken noch zwischen 6,8 und 7,9.

Im **Nichtwohnbausegment** schwächte sich der Negativtrend des Vorjahres lediglich ab. Zwar wurden hier 2010 mit knapp 1600 genehmigten Neubauvorhaben nur geringfügig weniger Gebäude erfasst als 2009 (– 1,1 %). Das geplante Bauvolumen hatte jedoch nur einen Umfang von rund 12,0 Mill. m³ umbauten Raum. Es reduzierte sich im Vergleich zum bereits außerordentlich schwachen Jahr 2009 nochmals um 9,1 %. Die Nachfrage nach **neuer Nutzfläche** lag 2010 mit 1,92 Mill. m² sogar um 12,4 % unter der des Vorjahres. Zu den geplanten neuen Flächen kamen noch 309 000 m² Nutzfläche, die bei

Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurden, sodass die hessischen Bauaufsichtsbehörden **insgesamt** 2,23 Mill. m² Nutzfläche zum Bau freigaben (– 11 % gegenüber dem Vorjahr). Die für das Baugeschehen im Nichtwohnbausegment wichtigste Bauherrengruppe der Unternehmen fragte fast 288 000 m² weniger Fläche nach (– 16 %) und bestimmte so die Entwicklung. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend im Nichtwohnbau steigerten Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentlichen Bauherren ihre Flächenanfrage – erstere um 24 000 m² (+ 20 %), letztere um 11 700 m² (+ 2,7 %).

Die Verteilung der Zuwächse und Reduktionen auf die Gebäudearten steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung bei den Bauherrengruppen. Entsprechend der Steigerung bei öffentlichen Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck hat die Flächennachfrage bei Anstaltsgebäuden (+ 55 %) und sonstigen Nichtwohngebäuden (+ 7,6 %), wobei hierunter die Mehrzahl der durch die öffentliche Hand besonders geförderten Infrastrukturgebäude (Schulen, Kindergärten, Hochschulbauten und soziale Einrichtungen) fallen, zugenommen. Der gleichfalls erfasste Zuwachs von 43 % bei land-

wirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist auf die Aktivitäten von Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen. Auf der anderen Seite verringerte sich die Flächennachfrage bei Büro- und Verwaltungsgebäuden überproportional stark – und zwar um mehr als die Hälfte oder 310 000 m². Sie sind nunmehr mit 254 000 m² Nutzflächenbedarf etwa auf dem Niveau der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (mit langfristig geringen Schwankungen im Flächenbedarf) angekommen. Eine um ein Sechstel geringere Flächennachfrage wurde bei Handels- und Lagergebäuden verzeichnet. Der Rückgang lag mit 116 000 m² auch in der absoluten Höhe an zweiter Stelle.

Für die hessische Negativbilanz zeichnet allein der süd-hessische Regierungsbezirk Darmstadt verantwortlich (gegenüber 2009 – 23 %). Bemerkenswert ist, dass sich hier die Flächennachfrage bereits zweimal in Folge deutlich verringerte. Im Vergleich zu 2008 macht der Rückgang sogar 31 % aus. Auf der anderen Seite meldeten die Bauherren in Nord- und Mittelhessen einen Mehrbedarf an. Im Regierungsbezirk Gießen lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen um 2,2 % über denen des Vorjahres. Eine Zunahme um 16 % verzeichneten die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Kassel. Bei beiden Regionen ist die Steigerung durch einen Basis-effekt zu erklären, da im Krisenzeitraum 2008/09 merkliche Abnahmen auftraten, die nun allerdings mehr als kompensiert wurden.

Bei der Betrachtung der Baugenehmigungszahlen in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Bereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

Einzelhandel im Plus

Etwas weniger als ein Drittel der Ausgaben der Privathaushalte fließt in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf den Privaten Verbrauch im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2010 stiegen die **Umsätze** der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um fast 3 %; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies real ein Plus von 2 %. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Instandhaltung und -Reparatur war das Bild dagegen düster. Dort sanken die Umsätze nominal um fast 6 %; real war dies ein Minus von gut 6 %. Dies dürfte klar einem „Basiseffekt“

geschuldet sein, da 2009 wegen der „Abwrackprämie“ Käufe von Pkw vorgezogen worden waren, sodass den Haushalten 2010 weniger Mittel zur Anschaffung von Pkw zur Verfügung standen.

Die mit 30 % Umsatzanteil größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, war nominal mit gut 1 und real mit gut 2 % im Minus. Fast genauso entwickelte sich der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (mit einem Umsatzanteil von 3 % allerdings von geringem Gewicht) im Jahresvergleich. Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, mit 5,5 % am Gesamtumsatz des hessischen Einzelhandels beteiligt, hatte auch 2010 erhebliche Preisnachlässe zu verkraften, sodass nominal sein Umsatz um fast 2 % zunahm, real aber ein Plus von gut 7 % erreicht wurde. Anders war die Lage beim Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Die mit knapp 15 % Gesamtumsatzanteil durchaus gewichtige Branche hatte im Jahresvergleich gut 3 % mehr in den Kassen, real verblieb ein Plus von annähernd 3 %. Das Ergebnis wurde vor allem vom Handel mit elektrischen Haushaltsgeräten positiv beeinflusst. Der Umsatz im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren blieb zwar nominal im Jahresvergleich unverändert, real ging er aber etwas zurück. Diese Branche trug 2010 zu annähernd 4 % zum Gesamtergebnis für den hessischen Einzelhandel bei. Der Einzelhandel mit sonstigen Gütern, mit einem Umsatzanteil von fast einem Drittel von großer Bedeutung, versammelt unter seinem Dach allerdings viele unterschiedliche Zweige des Einzelhandels. Insgesamt übertrafen die hierzu zählenden Geschäfte 2010 ihr Ergebnis von 2009 nominal um gut 5 %, real war eine Zunahme von gut 4 % zu verzeichnen. Besonders gefragt waren in diesem Sektor Uhren und Schmuck, Schuhe und Lederwaren sowie Kosmetika. Dagegen schnitten die Apotheken sowie der Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln nur unterdurchschnittlich ab. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten, mit weniger als einem Zehntel Prozent Gesamtumsatzanteil allerdings von verschwindend geringer Bedeutung, hatte nominal gut 7 % weniger eingenommen, real war dies ein Minus von gut 9 %. Der Einzelhandel, der, wie z. B. der Versandhandel oder der Brennstoffhandel, seine Waren ebenfalls nicht in Ladengeschäften anbietet, konnte dagegen erhebliche Umsatzgewinne verbuchen. Dort nahmen die Einnahmen im Jahresvergleich nominal um knapp 12 % zu; real entsprach dies einem Plus von annähernd 7 %. Diese Branche trägt zu 6 % zum Gesamtumsatz bei.

Die positive Umsatzentwicklung führte zu einem Anstieg der Gesamtzahl der **Beschäftigten**. Sie nahm im Durchschnitt des Jahres 2010 um gut 1 % zu. Dabei blieb die

Zahl der Teilzeitbeschäftigten, verglichen mit 2009, nahezu unverändert, während diejenige der Vollbeschäftigten um knapp 3 % anstieg. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Instandhaltung und -Reparatur sah die Lage etwas anders aus: Ein Rückgang im Teilzeitbereich von gut 3 % sowie ein Rückgang der Zahl der Vollbeschäftigten um gut 1 % führten zu einer Abnahme der Zahl der Beschäftigten insgesamt um 1,5 %.

Talsole im Gastgewerbe durchschritten?

2010 stiegen – erstmals seit längerer Zeit – die **Umsätze** im hessischen Gastgewerbe wieder an, und zwar nominal um fast 4 % und real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, um fast 1 %. Dieses Ergebnis wurde hauptsächlich vom Beherbergungsgewerbe verursacht; das Gaststättengewerbe blieb real im Minus. Dort büßten die Wirte gegenüber 2009 bei gleich bleibendem nominalen Umsatz real gut 1 % ihres Umsatzes ein. Im Beherbergungsgewerbe dagegen nahmen die Umsätze nominal um gut 9 % zu. Real war dies ein Plus von 3,5 %.

Infolge dieser Umsatzentwicklung stieg die Zahl der **Beschäftigten** im Vergleichszeitraum leicht an, was an einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung lag. Während diese Zahl etwas stieg, verringerte sich diejenige der Vollbeschäftigten geringfügig.

Übernachtungstourismus kräftig gestiegen

Im Jahr 2010 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit 9 oder mehr Betten) sowie die Campingplätze (ohne Dauercamping) von 11,9 Mill. Gästen aufgesucht, die 28,2 Mill. Übernachtungen buchten – ein Rekordergebnis bei den **Gästen** und das viertbeste Ergebnis bei den **Übernachtungen**. Gegenüber dem Vorjahr waren das fast 7 % mehr Gäste und annähernd 5 % mehr Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland – auf sie entfielen fast 81 % aller Übernachtungen – um fast 6 % zunahm und die Zahl ihrer Übernachtungen um gut 3 %, gab es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz eine noch günstigere Entwicklung: Hier stieg die Zahl der Ankünfte um gut 10 %, bei der Zahl der Übernachtungen kam es zu einem Plus von 10,5 %. Die Zahl der Gäste aus Europa – auf sie entfielen annähernd 61 % aller Übernachtungen von Auslandsgästen – stieg um gut 6 %; die Zahl ihrer Übernachtungen nahm im Jahresvergleich um gut 7 % zu. Im Vordergrund standen dabei die Niederländer und die Briten. Bei den Gästen aus Asien, die gut 19 % aller Übernachtungen von Auslandsgästen buchten, gab es ein kräftiges Plus von knapp 19 % bei den Ankünften und von gut 18 % bei den Übernachtungen. Hier dominierten Chinesen und Japaner. Aus Amerika kamen annähernd 12 % mehr Gäste, die knapp 12 % mehr Übernachtungen buchten. Gäste aus diesem Kontinent

hatten einen Anteil von annähernd 17 % an den Übernachtungen von Ausländern. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,4 Tagen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten 2010 überdurchschnittlich ab. Dort stieg die Zahl der Gäste um knapp 11 % und diejenige der Übernachtungen um gut 9 %. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den **Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat**: In den Mineral- und Moorbädern gingen die Übernachtungen bei um knapp 1 % gestiegenen Ankünften um gut 1 % zurück. Die heilklimatischen Kurorte dagegen hatten 5,5 % mehr Gäste, die fast 5 % mehr Übernachtungen buchten. Bei den Kneippkurorten wiederum blieb die Zahl der Gäste sowie der Übernachtungen nahezu unverändert. Bei den Luftkurorten nahm die Zahl der Gäste um gut 3 % zu, die gebuchten Übernachtungen stiegen um annähernd 5 %. Die Erholungsorte konnten zwar 0,5 % mehr Gäste gewinnen, die jedoch annähernd 2 % weniger Übernachtungen buchten.

Unter den einzelnen **Betriebsarten** schnitten bei der Hotellerie die Hotels garnis am besten ab. Bei fast 10 % mehr Gästen stieg die Zahl der Übernachtungen um fast 9 %. Die Hotels hatten bei gut 8 % mehr Gästen annähernd 8 % mehr Übernachtungen. Bei den Pensionen buchten gut 7 % mehr Gäste gut 4 % mehr Übernachtungen. Am ungünstigsten war die Lage bei den Gasthöfen, wo fast 1 % mehr Gäste 0,5 % mehr Übernachtungen als im Vorjahr buchten. Die Durststrecke bei den Vorsorge- und Reha-Kliniken schien seit 2006 zu Ende. Entgegen dem Trend mussten sie 2010 aber Rückgänge verkraften, und zwar von annähernd 4 % bei den Ankünften sowie von fast 2 % bei den Übernachtungen.

Insgesamt zeigen die Zahlen, dass die konjunkturelle Erholung deutliche Spuren bei den hessischen Beherbergungsbetrieben hinterlassen hat. Die Zahl und Dauer der Geschäftsreisen dürfte 2010 wohl erheblich höher ausgefallen sein als 2009, wovon insbesondere die Stadt Frankfurt am Main profitierte.

Personen- und Güterbeförderung entwickelt sich uneinheitlich

In der **Binnenschifffahrt** nahm 2010 die umgeschlagene Gütermenge zu. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 11,5 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, gut 10 % mehr als im Jahr 2009. Damit wurde der Stand von 2005/06 wieder erreicht.

Das Volumen des Versands von Gütern stieg im Jahresvergleich um gut 15 % auf 2,3 Mill. t; das Volumen des weitaus gewichtigeren Empfangs nahm um gut 9 % auf 9,2 Mill. t zu. Unter den wichtigsten Massengütern er-

höhte sich der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um knapp 7 % auf 3,1 Mill. t, der damit seine Spitzenstellung vor der Gütergruppe „Steine und Erden“ (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) behielt. Dort gab es eine Zunahme von gut 11 % auf 2,8 Mill. t. Bei festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) wiederum nahm der Umschlag um 3 % auf 2,1 Mill. t zu. Sie lagen damit wieder deutlich vor den chemischen Erzeugnissen, deren Umschlag um fast 15 % auf 1,2 Mill. t stieg.

Im Jahr 2010 wurden von hessischen Unternehmen der **Personenbeförderung** (einschl. in Hessen ansässiger Konzernteile der DB AG, aber ohne Schienenfernverkehr) 1,5 Mrd. Fahrgäste befördert, 0,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Die mittlere Reiseweite lag bei 20,1 km und war damit etwas länger als 2009. Mit 31,2 Mrd. Personenkilometern war die Beförderungsleistung 2010 damit um annähernd 2 % höher als im Jahr zuvor.

Der **Luftverkehr** auf dem national herausragenden und auch international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) konnte 2010 im **Passagierverkehr** wieder an die langfristige Aufwärtsentwicklung der letzten Jahrzehnte anknüpfen. Trotz extremer Witterungsverhältnisse, der Einstellung des Flugbetriebs wegen der Vulkanaschewolke und des Lufthansa-Pilotenstreiks nahm die Zahl der Fluggäste um gut 4 % zu und übertraf mit dem zweithöchsten Wert von 53 Mill. die 50-Mill.-Marke zum siebten Mal in Folge. Sowohl der inländische als auch der europäische Geschäftsreiseverkehr konnten im Jahresvergleich an Passagieren gewinnen, vor allem war es aber der Interkontinentalverkehr, und dort hauptsächlich der Verkehr mit Fernost, der das Ergebnis stützte. Dagegen konnte Nordamerika noch keine besondere Dynamik entwickeln.

Auch im **Luftfrachtverkehr** setzte sich das Wachstum der Jahre vor 2009 wieder fort. Hier übertraf Frankfurt knapp Paris-Charles-de-Gaulle, lag damit an der Spitze in Europa und gehört immer noch zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen. Das Luftfrachtaufkommen stieg insgesamt um gut 20 % auf das neue Maximum von 2,3 Mill. t und übertraf damit wieder, wie schon 2006 bis 2009, die 2-Mill.-Marke. Hier kam der weltweite Konjunkturaufschwung zum Tragen. Während die reine Luftfracht sogar um 21,5 % auf 2,2 Mill. t stieg, blieb es bei der beförderten Luftpost, wie schon in den Vorjahren, beim Minus: Deren Aufkommen verringerte sich um fast 5 % auf gut 76 000 t. Vor allem im Inlandverkehr wird kaum noch Post befördert, sodass der Anteil der Luftpost am gesamten Luftfrachtaufkommen auf gut 3 % sank.

Im Jahr 2010 erfolgten im zivilen Verkehr gut 464 000 Starts und Landungen, das waren etwas mehr als im Jahr 2009.

Krafträder bleiben gefragt, Zahl der Personenkraftwagen steigt moderat

Nach den Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes, das die Zahlen zu den Fahrzeugbeständen zur Verfügung stellt, waren zum Jahresanfang 2011 von in Hessen wohnenden Haltern gut 300 000 Krafträder zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Januar 2010 waren dies gut 1 % mehr. Während die Zahl der „klassischen“ zweirädrigen Kfz um 1 % zunahm, verbuchten die drei- und leichten vierrädrigen Kfz, die fahrzeugtechnisch ebenfalls zu den Krafträdern zählen, einen Zuwachs um knapp 9 %. Mit 11 000 Einheiten haben sie zurzeit allerdings nur einen Anteil von fast 4 % an allen Krafträdern. Zwischen 2011 und 2010 nahm die Zahl der Personenkraftwagen (einschl. Wohnmobile, Krankenwagen u. Ä.) um gut 1 % auf 3,33 Mill. zu. Deutlich über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis 1999 ccm, ihre Zahl nahm binnen Jahresfrist um 0,5 % zu. Gut 17 % hatten einen größeren Hubraum; ihre Zahl stieg nur geringfügig. Auf die Hubraumklasse bis 1399 ccm entfielen gut 29 % der Pkw. Hier gab es mit fast 4 % einen deutlichen Zuwachs. Etwas stärker erhöhte sich die Zahl der Pkw mit Dieselantrieb, und zwar um gut 4 % auf 925 000 Fahrzeuge, übertroffen noch von der Zunahme der Pkw mit Gasantrieb, deren Zahl sogar um gut 11 % auf nunmehr 33 500 Fahrzeuge stieg.

Am 1. Januar 2011 gab es in Hessen insgesamt 3,96 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, gut 1 % mehr als ein Jahr zuvor. 84 % waren Pkw, 7,6 % Krafträder, 4,4 % Lkw, 3,5 % Zugmaschinen und 0,5 % sonstige Kraftfahrzeuge. Hessen nimmt damit unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland weiterhin einen Spitzenplatz bei der Fahrzeugdichte ein.

Neuer Tiefststand bei der Zahl der im hessischen Straßenverkehr Getöteten und Schwerverletzten

Im Jahr 2010 ereigneten sich auf hessischen Straßen 21 075 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, gut 7 % weniger als im Jahr 2009. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 58 Personen oder fast 19 % auf 250. Bei der Zahl der Schwerverletzten ergab sich eine Abnahme von knapp 6 % auf nunmehr 4667; bei der Zahl der Leichtverletzten kam es im Jahresvergleich zu einem Rückgang um 6,5 % auf 23 205.

Somit war 2010 das Jahr mit der niedrigsten Zahl an Getöteten oder Schwerverletzten seit Beginn der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950. Der Höchststand bei den Getöteten war 1970 erreicht worden, als 1644 Menschen ihr Leben bei Unfällen auf hessischen Straßen verloren. Im Jahr 1972 waren noch einmal mehr als 1600 Unfalltote zu beklagen. Zu Anfang der Siebzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts erlitten noch etwa 14 000

Personen bei Straßenverkehrsunfällen so schwere Verletzungen, dass sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Bei den Leichtverletzten war die Entwicklung zum Positiven nicht so ausgeprägt. Der bisherige Höchststand lag zwar mit 37 005 leicht verletzten Personen im Jahr 1972, die bisher niedrigsten Zahlen wurden aber bis Ende der Fünfzigerjahre beobachtet.

Landwirtschaft 2010

Im März 2010 wurde erstmals seit 1999 wieder eine Landwirtschaftszählung in Deutschland durchgeführt. Neben den klassischen Bereichen, die Fragestellungen zur tierischen und pflanzlichen Produktion abdecken, wurde auch eine Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden implementiert.

Insgesamt wurden 17 800 Betriebe ermittelt, die 766 400 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) bewirtschafteten. Der Flächenanteil der Betriebe, die über 100 ha LF – also die Höhe der bisherigen Wachstumsschwelle – bewirtschafteten, umfasste in Hessen knapp 11 % der Betriebe, die jedoch fast 41 % der LF bearbeiteten. Fast 1200 Betriebe wurden als Personengesellschaften geführt, gut 100 firmierten als juristische Personen und 16 500 waren Einzelunternehmen, d. h. sie wurden von einer Einzelperson, einem Ehepaar oder Geschwistern betrieben. Von den Einzelunternehmen waren fast 32 % Haupterwerbs- und gut 68 % Nebenerwerbsbetriebe.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft äußert sich neben der steigenden Flächenausstattung der Betriebe auch in der weiteren Konzentration der Viehhaltung, sofern sie überhaupt noch betrieben wird. Zum Stichtag der Landwirtschaftszählung hielten 13 500 Betriebe Vieh, wobei sich die Viehhaltung abseits der hessischen Ballungsräume konzentriert. Besonders in der Schweinehaltung zeigt sich die einzelbetriebliche Konzentration besonders stark. Während in der Landwirtschaftszählung – bei der alle Schweine in landwirtschaftlichen Betrieben gezählt wurden – rund 5700 Betriebe mit 726 200 Schweinen ermittelt wurden, wurden in der Viehzählung vom Mai des Jahres, bei der alle Schweine in landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 50 Schweinen gezählt wurden, nur rund 1800 Betriebe erfasst, die allerdings gut 670 000 Tiere hielten. Als relativ neuer Betriebszweig in der Tierhaltung hat sich die Masthähnchenhaltung etabliert. Gut 544 500 Tiere konnten nachgewiesen werden; 2007 waren dies erst 90 000 Tiere. Der starke Anstieg des Masthähnchenbestandes ist auch dadurch bedingt, dass die Betriebe, die sich damit befassen, ihre Produktion in Ställen mit einem Bestand zwischen 30 000 und 40 000 Tieren starten.

Wichtigste Kulturart in Hessen war der Winterweizen mit 164 600 ha. Dies entsprach einem Flächenzuwachs von

gut 3400 ha gegenüber dem Vorjahr. Somit umfasste die Winterweizenanbaufläche über ein Drittel des gesamten hessischen Ackerlandes (476 700 ha). Die Ernte der Mähdruschfrüchte war auch 2010 durch eine unterbrochene Kampagne mit erschwerten Erntebedingungen im August/September gekennzeichnet. Dennoch belief sich der durchschnittliche Getreideertrag auf 70,2 dt/ha und auch beim Winterweizen konnten 77,3 dt/ha „eingefahren“ werden. Wie bereits in den Vorjahren erfuhren die Anbauflächen des Futterbaus, insbesondere der des Silomais, eine weitere Ausdehnung. Waren 2007 noch 28 200 ha mit Silomais bestellt, so wurden 2008 rund 30 500 ha ermittelt und im Jahr 2009 bereits 33 300 ha nachgewiesen. Im Jahr 2010 konnte abermals ein Anstieg um 10 % nachgewiesen werden. Die Anbaufläche betrug nunmehr 36 600 ha. Dennoch hat der Silomaisanbau noch nicht den Umfang der Achtzigerjahre erreicht. Zum Vergleich: 1985 wurden 42 900 ha Silomais angebaut.

Winterraps hatte 2010 mit 66 800 ha Anbaufläche etwa den gleichen Umfang wie im Vorjahr, allerdings konnte der Rekordtrag des Jahres 2009 in Höhe von 44,4 dt/ha nicht erreicht werden. Mit 39,7 dt/ha wurde jedoch auch ein Spitzenertrag geerntet.

Leichter Bevölkerungsanstieg dank höherer Zuwanderung

Die **Bevölkerungszahl** Hessens ist im Jahr 2010 leicht gestiegen. Darauf deuten die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten 11 Monate hin. Aus der Entwicklung bis November wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme um 5300 auf gut 6,067 Mill. Einwohner geschätzt. Damit ist nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung von durchschnittlich gut 7000 Personen erstmals wieder ein leichter Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen. Ausschlaggebend hierfür waren höhere Wanderungsgewinne (+ 14 800) im Zuge angestiegener Zuwanderungen aus dem Ausland. Dem stand ein leicht gesunkenes Geburtendefizit von 9500 weniger Geborenen als Gestorbenen gegenüber.

Die Bilanz der **Wanderungen** über die hessische Landesgrenze wies 2010 einen Überschuss von 14 800 Personen aus, 7900 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Zugezogenen nahm um etwa 5 % auf 167 400 zu, gleichzeitig blieb die Zahl der Fortgezogenen mit circa 152 600 nahezu konstant. Der Wanderungsgewinn gegenüber den neuen Bundesländern sank im Vergleichszeitraum Januar bis November um 900 auf 2700 Personen, gleichzeitig ergab sich aus den Wanderungsbewegungen mit den alten Bundesländern ein negativer Saldo von 200 Personen. Für die Schätzung des Jahresergebnisses 2010 wurde demzufolge mit einer Abnahme des Binnenwan-

Ausgesuchte Daten der hessischen Landwirtschaft

Angaben	Maßeinheit	2009	2010 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2010 gegenüber 2009
Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe ¹⁾				
Insgesamt	1000	20,8	17,8	- 14,4
	1000 ha	777,8	766,4	- 1,5
davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... ha				
unter 5	1000	3,9	1,0	- 74,4
	1000 ha	11,4	2,1	- 81,6
5 bis 10	1000	3,2	3,0	- 6,3
	1000 ha	23,3	22,5	- 3,4
10 bis 30	1000	.	4,1	.
	1000 ha	.	61,3	.
30 bis 50	1000	.	4,6	.
	1000 ha	.	152,2	.
50 bis 100	1000	3,2	3,1	- 3,1
	1000 ha	227,2	216,8	- 4,6
100 bis 200	1000	1,5	1,6	6,7
	1000 ha	206,9	215,6	4,2
200 oder mehr	1000	0,3	0,3	0,0
	1000 ha	92,2	95,8	3,9
Nutzung der Bodenflächen				
Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	1000 ha	777,8	766,4	-1,5
darunter				
Dauergrünland	1000 ha	289,0	283,7	-1,9
Ackerland	1000 ha	482,8	476,7	-1,3
darunter				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	1000 ha	307,2	298,3	- 2,9
dar. Winterweizen (einschl. Dinkel)	1000 ha	161,2	164,6	2,1
Silomais	1000 ha	33,3	36,6	10,0
Kartoffeln	1000 ha	4,6	4,3	-5,8
Zuckerrüben	1000 ha	15,6	14,2	-9,2
Winterraps	1000 ha	66,6	66,8	0,3
Gemüse und Gartengewächse	1000 ha	8,1	8,1	- 0,5
Brache auf dem Ackerland	1000 ha	9,0	9,4	4,0
Hektarerträge wichtiger Kulturen				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	dt/ha	71,3	70,2	- 1,5
dar. Winterweizen	dt/ha	78,6	77,3	- 1,7
Kartoffeln	dt/ha	414,6	400,3	- 3,5
Zuckerrüben	dt/ha	678,3	678,3	0,0
Winterraps	dt/ha	44,4	39,7	- 10,6
Erntemengen wichtiger Kulturen				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	1000 t	2190,2	2092,5	- 4,5
dar. Winterweizen	1000 t	1266,7	1272,3	0,4
Kartoffeln	1000 t	189,3	171,5	- 9,4
Zuckerrüben	1000 t	1061,0	965,8	- 9,0
Winterraps	1000 t	296,0	265,2	- 10,4
Viehbestand nach Tierart — Stand jeweils 3. Mai				
Rinder aus HIT	1000	485,2	480,4	- 1,0
	Betriebe 1000	10,9	10,5	- 3,8
dar. Milchkühe	1000	151,3	150,6	- 0,5
	Betriebe 1000	4,4	4,2	- 5,4
Schweine ²⁾	1000	718,5	670,2	- 6,7
	Betriebe 1000	6,9	1,8	- 73,7
dar. Zuchtsauen ²⁾	1000	56,2	54,4	- 3,3
	Betriebe 1000	1,5	0,8	- 45,0

1) Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist aufgrund der geänderten Erfassungsmethoden sowie geänderter Erfassungsgrenzen im Jahr 2010 nur eingeschränkt möglich. — 2) Endgültige, hochgerechnete Repräsentativergebnisse.

derungssaldos (alte und neue Bundesländer) um 1200 auf 2300 gerechnet.

Die Bilanz gegenüber dem Ausland war im Jahr 2010 mit 12 500 im Plus im Vergleich zu 3400 im Vorjahr. Maßgeblich hierfür war der vergleichsweise starke Anstieg der Zuzüge aus dem Ausland um etwa 16 % auf 76 900, bei moderater Zunahme der Fortzüge in das Ausland um rund 3 % auf 64 400. Darunter waren 11 400 Deutsche, die Hessen verließen bzw. 9300 Deutsche, die aus dem Ausland nach Hessen kamen. Per saldo zogen 2100 deutsche Staatsbürger ins Ausland, die meisten in die Schweiz (- 800), in die Vereinigten Staaten (- 300) nach Großbritannien (- 200) und nach Österreich (- 200). Von den nichtdeutschen Personen kamen per saldo die meisten aus Polen (+ 3500), Rumänien (+ 2900) und Bulgarien (+ 2200), während gegenüber der Türkei eine Rückwanderung (- 600) registriert wurde.

Die **Bilanz der lebend Geborenen und Gestorbenen** schlug im Jahr 2010 mit einem Geburtendefizit von etwa 9500 weniger Geborenen als Gestorbenen zu Buche. Die Zahl der lebend Geborenen war in den ersten 11 Monaten 2010 um 1,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum und dürfte für das gesamte Jahr bei 51 600 Geburten liegen. Das entspräche dem Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre. Die Zahl der Gestorbenen war bis einschl. November um 0,6 % höher, sodass für das gesamte Jahr mit 61 100 Sterbefällen zu rechnen ist.

Bevölkerungsbilanz 2009 und 2010

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2009	2010 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 064 953	6 061 951	- 0,0
Lebend Geborene	50 744	51 600	1,7
Gestorbene	60 676	61 100	0,7
Gestorbenenüberschuss (-)	- 9 932	- 9 500	X
Zugezogene über die Landesgrenzen	158 960	167 400	5,3
davon aus (dem)			
anderen Bundesländern	92 749	90 500	- 2,4
Ausland	66 211	76 900	16,1
Fortgezogene über die Landesgrenzen	152 030	152 600	0,4
davon in (das)			
andere Bundesländer	89 247	88 200	- 1,2
Ausland	62 783	64 400	2,6
Wanderungsgewinn/-verlust	6 930	14 800	X
davon gegenüber (dem)			
anderen Bundesländern	3 502	2 300	X
Ausland	3 428	12 500	X
Bevölkerung am Jahresende	6 061 951	6 067 251	0,1
Bevölkerungsabnahme	- 3 002	5 300	X

Die Kommunalwahlen in Hessen am 27. März 2011

Die Kommunalwahlen 2011 waren im Hinblick auf den Erfolg von den GRÜNEN geprägt. Sie konnten ihren Stimmenanteil verdoppeln und erreichten 18,3 % der gültigen Stimmen. Die CDU verlor landesweit 4,8 Prozentpunkte, blieb aber mit 33,7 % der gültigen Stimmen stärkste Partei vor der SPD. Die Sozialdemokraten büßten 3,2 Prozentpunkte ein und erzielten mit 31,5 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die FDP verlor 1,9 Prozentpunkte und errang mit 3,9 % der gültigen Stimmen ihre bislang niedrigste Quote, DIE LINKE erhielt zusammen mit Linken Listen 3,3 %, sonstige Parteien kamen auf 2,6 %. Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien (ZL)) erzielten zusammen 6,7 %, darunter 5,7 % die Freien Wähler. Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber 2006 um 1,9 Prozentpunkte auf 47,7 %, den nach 2006 zweitniedrigsten Wert seit 1948.

Vorbemerkungen

Unter dem Begriff Kommunalwahlen sind mehrere Einzelwahlen zu unterschiedlichen Vertretungen im kommunalen Bereich zusammengefasst. Am 27. März 2011 fanden die Gemeindewahlen, die Kreiswahlen und – soweit in den Städten und Gemeinden Ortsbeiräte gebildet wurden – die Ortsbeiratswahlen statt. Außerdem gab es an diesem Tag 43 Direktwahlen: In 37 Kommunen wurde der Bürgermeister neu gewählt, in Darmstadt, Marburg und Kassel der Oberbürgermeister und im Main-Kinzig-Kreis, im Main-Taunus-Kreis sowie im Rheingau-Taunus-Kreis der Landrat. Zudem gab es eine Volksabstimmung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in der hessischen Verfassung. Das sogenannte **Kommunalwahlergebnis** für Hessen beinhaltet das zusammengefasste Ergebnis der Kreistagswahlen in den 21 Landkreisen und der Stadtverordnetenwahlen in den 5 kreisfreien Städten.

Personalisiertes Verhältniswahlrecht

Seit 2001 wird in Hessen bei Kommunalwahlen nach den Grundsätzen des personalisierten Verhältniswahlrechts gewählt. Dabei gibt es – im Gegensatz etwa zur Fünf-Prozent-Klausel bei Bundes- oder Landtagswahlen – keine explizite Sperrklausel. Der Wähler hat so viele Stimmen, wie Vertreter in die Gemeindevertretung, die Stadtverordnetenversammlung und in den Kreistag zu wählen sind, je nach Einwohnerzahl zwischen 15 und 93. Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können daher

1) Die Gewichtung dient dazu, die unterschiedliche Zahl der Stimmen wieder aufzuheben und damit die Wahlergebnisse zu vorangegangenen Kommunalwahlen und auch zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen rechnerisch vergleichbar zu machen. Gegenüber der reinen Division der Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der Sitze je Gemeindegrößenklasse stellt die hier benutzte Formel:

$$\text{Gewichtete Stimmen} = \frac{\text{Zahl der gültigen Stimmen für die Partei}}{\text{Gesamtzahl der gültigen Stimmen}} \times \text{Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel}$$

eine Verfeinerung dar, die berücksichtigt, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler ihr Stimmkontingent voll ausschöpfen.

nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, sondern werden gewichtet¹⁾. Der Wähler kann durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags diesen unverändert annehmen. Er hat aber auch die Möglichkeit, bis zu 3 Stimmen zu häufeln (kumulieren), Bewerbern verschiedener Wahlvorschläge Stimmen zu geben (panaschieren) und Kandidaten zu streichen und damit die eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung des jeweiligen Parlaments zum Ausdruck zu bringen.

Die vollständige Auszählung aller Stimmen ist ein langwieriger Prozess. Um dennoch zeitnahe, auf Auszählungen beruhende amtliche Ergebnisse anbieten zu können, wird noch in der Wahlnacht das sogenannte Trendergebnis ermittelt und auf der Internetseite des Hessischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht. Obwohl dabei nur etwa zwei Drittel, nämlich die unveränderten, nur mit einem Listenkreuz versehenen Stimmzettel (2011: 59,8 %) sowie die eindeutig ungültigen Stimmzettel (2011: 5,2 %) ausgezählt werden, liegt das Ergebnis dicht am vorläufigen bzw. endgültigen Ergebnis. Bis alle Stimmzettel, also auch diejenigen, bei denen kumuliert, panaschiert bzw. gestrichen wurde (2011: 35 %), ausgezählt sind, vergehen Tage.

Wahlbeteiligung auf niedrigem Niveau

Seit 1989 (78 %) hat die Wahlbeteiligung mit jeder Kommunalwahl abgenommen. Dass sich diese Entwicklung bei dieser Wahl nicht fortgesetzt hat, dürfte der mentalen Betroffenheit über die Atomkatastrophe in Fukushima geschuldet sein, die zur Mobilisierung vieler Wähler beigetragen haben könnte. Regional fiel die Wahlbeteiligung durchaus unterschiedlich aus. Wieder bestätigte sich, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmender Gemeindegröße tendenziell deutlich abnimmt und in den kreisfreien Städten mit 100 000 oder mehr Einwohnern am niedrigsten ist. Dort sind die Bindungskräfte der Parteien aufgrund der Anonymität schwächer als in kleineren Kommunen und das Lager der Nichtwähler entsprechend größer. Bei dieser Kommunalwahl hatte die kreisfreie Stadt Offenbach am Main mit 33,8 % die

Kommunalwahlergebnisse seit 1993

Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmzettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
						%	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sonstige Parteien	Wählergruppen
			ZL ³⁾										
1993	4 270 703	3 044 229	71,3	3,2	2 946 644	32,0	36,4	11,0	5,1	—	9,8	5,7	—
1997	4 425 013	2 921 211	66,0	2,7	2 842 626	33,0	38,0	11,0	4,0	0,3	7,9	5,9	—
2001	4 498 672	2 379 281	52,9	4,2	1 710 276 37	38,1	38,5	9,1	5,2	0,4	2,9	5,8	—
2006	4 532 157	2 077 269	45,8	5,2	1 434 867 71	38,5	34,7	9,2	5,8	1,2	2,0	8,6	2,1
2011	4 594 245	2 190 432	47,7	5,5	1 518 753 07	33,7	31,5	18,3	3,9	2,7	2,6	7,2	0,6

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Abgeordnete in das jeweilige Parlament zu wählen sind. — 2) 1997 und 2001: PDS; 2006: DIE LINKE und WASG. — 3) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

niedrigste Beteiligungsquote und die Gemeinde Ottrau (2300 Einwohner) die höchste. Die kleine Gemeinde im Schwalm-Eder-Kreis wies landesweit den höchsten Anstieg der Wahlbeteiligung (+ 14,3 Prozentpunkte) auf. Ausschlaggebend dürfte der Mobilisierungseffekt der am selben Tag stattgefundenen Bürgermeisterwahl gewesen sein, der auch in übrigen Kommunen mit parallel durchgeführten Bürgermeister- bzw. Oberbürgermeisterwahlen zu beobachten war.

Stimmenanteile

Die **CDU** büßte bei den Kommunalwahlen 2011 4,8 Prozentpunkte ein, blieb aber mit 33,7 % stärkste Kraft in Hessen. In den **kreisfreien Städten** erreichten die Christdemokraten eine Quote von 29,3 % und damit 5,0 Prozentpunkte weniger als 2006. Ihre Verluste bewegten sich zwischen 3,5 Prozentpunkten in Wiesbaden und 5,5 Prozentpunkten in Frankfurt am Main. In Wiesbaden (32,7 %) erzielte die CDU ihr bestes Ergebnis. Dort, sowie in Offenbach (30,9 %) und Frankfurt am Main (30,5 %) blieb sie stärkste Fraktion. In den hessischen **Kreistagen** verlor die CDU ebenfalls 4,8 Prozentpunkte und lag mit 34,7 % der gültigen Stimmen nur noch 1,7 Prozentpunkte vor der SPD. Sie schnitt in allen Landkreisen schlechter ab als 2006. Die Verluste reichten von 0,9 (Werra-Meißner-Kreis) bis zu 8,6 Prozentpunkten (Landkreis Offenbach). Ihre besten Ergebnisse erzielte sie im Landkreis Fulda (53,0 %), im Landkreis Limburg-Weilburg (43,5 %) und im Main-Taunus-Kreis (41,9 %). Ihre niedrigste Quote hatte die CDU im Odenwaldkreis mit 25,4 %. Aufgrund der erreichten Stimmenanteile konnte die CDU die Wahl als stärkste Partei in 10 Kreisen für sich entscheiden.

Die **SPD** verlor gegenüber den Kommunalwahlen 2006 3,2 Prozentpunkte und erzielte mit 31,5 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die SPD hatte ebenfalls in allen **kreisfreien Städten** Stimmeneinbußen, die von 1,3 (Wiesbaden) bis zu 7,7 Prozentpunkten (Darmstadt) reichten. In Kassel (36,4 %) blieb die SPD stärkste Partei, in Offenbach am Main (26,3 %) und Wiesbaden (28,9 %) zweitstärkste; in Darmstadt (21,3 %) und Frankfurt am

Main (21,3 %) sind die Sozialdemokraten nur noch drittstärkste Fraktion. Bei den **Kreiswahlen** büßte die SPD 3,0 Prozentpunkte ein und erreichte im Durchschnitt aller Landkreise 33,0 % der gültigen Stimmen. Im Main-Kinzig-Kreis und im Landkreis Marburg-Biedenkopf stieg ihr Stimmenanteil jeweils geringfügig um 0,2 Prozentpunkte an, in den übrigen Landkreisen hatte die SPD Stimmeneinbußen zwischen 1,5 (Fulda, Waldeck-Frankenberg) und 9,5 Prozentpunkten (Odenwaldkreis). Die höchsten Stimmenanteile erzielten die Sozialdemokraten im Landkreis Kassel (48,0 %), im Schwalm-Eder-Kreis (44,1 %) und im Werra-Meißner Kreis (44,1 %). In diesen 3, sowie in 8 weiteren Landkreisen erreichte die SPD höhere Stimmenanteile als die CDU. Im Landkreis Fulda entschied sich dagegen nur knapp jeder fünfte Wähler für die SPD und der Abstand zur CDU war hier am größten.

Die **GRÜNEN** konnten ihren Stimmenanteil bei der Kommunalwahl 2011 gegenüber 2006 nahezu verdoppeln und erzielten mit 18,3 % der gültigen Stimmen ihr historisch bestes Ergebnis. In den **kreisfreien Städten** stieg ihre Quote von 14,4 auf 25,0 %. Den höchsten Zugewinn hatten sie in Darmstadt (+ 17,4 Prozentpunkte). Dort erzielten die GRÜNEN mit 32,9 % ihr bestes Ergebnis und wurden erstmals stärkste politische Kraft in einer kreisfreien Stadt, mit deutlichem Abstand zu CDU (24,8 %) und SPD (21,3 %). Bei der zeitgleich durchgeführten Oberbürgermeisterwahl bzw. bei der Stichwahl 2 Wochen später ging der Kandidat der GRÜNEN ebenfalls als Sieger hervor, und der bisherige SPD-Oberbürgermeister musste seinen Chefsessel räumen. In Frankfurt am Main (25,8 %) und in Kassel (24,9 %) wurden die GRÜNEN zweitstärkste Fraktion, in Offenbach am Main (22,1 %) und Wiesbaden (19,1 %) blieben sie jeweils drittstärkste. Bei den **Kreiswahlen** verzeichneten die GRÜNEN ebenfalls flächendeckend Gewinne von 6,4 (Landkreis Kassel) bis zu 11,4 Prozentpunkten (Landkreis Bergstraße). Ihre Stimmenanteile waren in allen Landkreisen zweistellig und in 5 Landkreisen (Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Offenbach) ent-

Kreiswahlen am 27. März 2011 und am 26. März 2006

Landkreis	Wahl-jahr	Wahl-berechtig-te	Wähler	Wahl-beteili-gung	Ungül-tige Stimm-zettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sons-tige Par-teien ³⁾	Wäh-ler-grup-pen	dar-run-ter
				%									ZL ⁴⁾	
Bergstraße	2011	206 614	101 821	49,3	5,7	7 296 004	36,8	29,2	19,4	3,8	2,2	3,6	5,1	—
	2006	205 154	94 369	46,0	4,6	6 829 074	42,3	34,0	8,0	5,6	2,3	3,2	4,6	—
Darmstadt-Dieburg	2011	223 032	111 862	50,2	5,5	7 132 857	30,4	36,1	21,6	3,6	3,1	2,0	3,2	—
	2006	219 029	102 840	47,0	5,2	6 544 719	36,9	39,8	11,0	5,6	—	1,3	5,4	2,0
Groß-Gerau	2011	186 955	81 574	43,6	6,6	5 157 205	30,1	36,9	21,5	2,7	—	1,2	7,7	4,1
	2006	182 168	79 618	43,7	5,9	5 031 546	32,0	42,6	11,3	4,6	—	—	9,5	4,6
Hochtaunuskreis	2011	173 449	88 873	51,2	4,7	5 794 199	39,7	19,8	21,3	7,0	2,3	3,6	6,3	—
	2006	171 424	80 915	47,2	3,9	5 319 401	45,8	23,3	11,0	9,5	—	2,0	8,4	2,7
Main-Kinzig-Kreis	2011	311 914	145 547	46,7	6,2	11 231 702	33,1	35,6	15,1	3,3	3,2	4,6	5,0	—
	2006	307 443	138 734	45,1	6,4	10 582 727	38,6	35,4	7,6	6,2	3,6	4,0	4,6	—
Main-Taunus-Kreis	2011	173 379	86 520	49,9	4,4	6 436 451	41,9	22,6	21,3	5,2	—	—	9,0	2,6
	2006	169 806	80 075	47,2	4,1	5 963 855	46,2	24,2	11,2	8,2	—	1,7	8,4	2,1
Odenwaldkreis	2011	75 929	38 956	51,3	5,6	1 733 315	25,4	34,1	14,6	3,0	2,9	2,4	17,5	—
	2006	76 395	40 172	52,6	5,1	1 787 626	29,3	43,6	6,3	3,8	—	3,3	13,7	3,1
Offenbach	2011	251 665	113 979	45,3	6,1	8 866 904	37,6	25,4	20,9	4,3	2,6	2,5	6,7	—
	2006	248 205	111 475	44,9	5,4	8 725 998	46,2	27,8	11,0	6,3	2,7	—	6,0	—
Rheingau-Taunus-Kreis	2011	142 664	73 332	51,4	5,3	4 033 605	35,8	30,8	18,9	5,0	2,3	—	7,2	—
	2006	141 207	70 622	50,0	4,7	3 916 622	39,8	33,6	10,3	6,1	—	2,7	7,5	—
Wetteraukreis	2011	229 009	113 919	49,7	5,2	8 354 774	35,6	31,8	15,8	3,6	2,4	4,4	6,4	—
	2006	224 243	109 027	48,6	5,2	7 993 113	40,0	35,4	7,2	5,0	—	3,6	8,8	3,0
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	2011	1 974 610	956 383	48,4	5,6	66 037 016	35,1	30,3	19,1	4,1	2,2	2,7	6,6	0,6
	2006	1 945 074	907 847	46,7	5,2	62 694 681	40,3	33,6	9,5	6,2	1,1	2,2	7,1	1,6
Gießen	2011	199 247	95 664	48,0	5,4	6 966 383	29,2	33,5	16,7	3,5	2,5	2,0	12,6	0,9
	2006	194 376	87 147	44,8	5,8	6 310 277	34,6	35,6	9,0	5,3	3,8	—	11,8	—
Lahn-Dill-Kreis	2011	197 184	81 505	41,3	5,5	5 891 556	34,7	32,9	13,6	3,1	2,7	2,4	10,6	—
	2006	197 860	79 918	40,4	5,0	5 757 319	38,1	35,2	5,6	4,2	2,2	3,3	11,4	—
Limburg-Weilburg	2011	133 960	63 185	47,2	5,2	3 919 787	43,5	30,1	12,6	3,2	2,6	—	8,0	—
	2006	134 488	61 998	46,1	5,2	3 825 952	48,0	31,9	5,2	3,3	—	1,9	9,7	2,2
Marburg-Biedenkopf	2011	188 467	94 363	50,1	5,0	6 870 060	33,5	36,3	16,4	2,6	4,3	3,2	3,7	—
	2006	186 965	88 485	47,3	4,5	6 458 891	39,6	36,1	8,9	4,0	4,9	2,5	4,0	—
Vogelsbergkreis	2011	89 199	47 519	53,3	5,9	2 498 897	35,1	34,3	12,8	4,5	3,6	—	9,7	—
	2006	92 090	49 029	53,2	5,4	2 564 233	40,3	37,4	5,3	5,3	—	2,4	9,4	1,8
Reg.-Bez. G i e ß e n	2011	808 057	382 236	47,3	5,3	26 146 683	34,5	33,6	14,8	3,2	3,2	1,8	8,8	0,2
	2006	805 779	366 577	45,5	5,2	24 916 672	39,6	35,2	7,1	4,4	2,6	2,0	9,1	0,6
Fulda	2011	170 459	87 208	51,2	5,0	6 238 687	53,0	19,1	14,4	3,7	—	1,7	8,1	1,9
	2006	168 183	80 140	47,7	5,1	5 633 180	57,8	20,6	5,3	4,0	—	2,2	10,2	1,6
Hersfeld-Rotenburg	2011	98 879	51 399	52,0	5,9	2 743 234	34,1	42,9	10,2	3,6	2,5	—	6,7	—
	2006	101 037	54 738	54,2	5,8	2 903 843	37,2	48,1	2,9	3,0	1,9	—	6,9	—
Kassel	2011	193 043	101 309	52,5	6,5	7 335 798	26,2	48,0	14,5	2,3	3,0	2,8	3,2	—
	2006	193 844	97 346	50,2	6,1	7 031 643	31,3	51,5	8,1	4,6	—	—	4,4	4,4
Schwalm-Eder-Kreis	2011	148 262	82 807	55,9	6,7	5 140 637	27,6	44,1	12,9	4,8	3,0	—	7,5	—
	2006	150 111	83 218	55,4	6,6	5 144 608	30,5	47,3	5,7	5,9	—	—	10,5	3,0
Waldeck-Frankenberg	2011	129 635	66 205	51,1	5,3	4 155 348	30,6	34,5	14,3	5,9	2,3	2,5	10,0	—
	2006	131 521	66 699	50,7	5,0	4 182 584	35,1	36,0	6,0	7,3	1,7	2,3	11,6	—
Werra-Meißner-Kreis	2011	85 274	46 248	54,2	6,1	2 481 843	31,0	44,1	11,8	3,9	3,4	—	5,9	—
	2006	88 306	47 987	54,3	5,7	2 543 186	31,9	49,3	4,8	5,5	0,4	—	8,2	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	2011	825 552	435 176	52,7	6,0	28 095 547	34,0	38,3	13,4	3,9	2,3	1,4	6,7	0,4
	2006	833 002	430 128	51,6	5,8	27 439 044	37,5	41,8	5,8	5,1	0,6	0,8	8,5	2,1
Land H e s s e n	2011	3 608 219	1 773 795	49,2	5,6	120 279 246	34,7	33,0	16,7	3,9	2,4	2,2	7,1	0,5
	2006	3 583 855	1 704 552	47,6	5,3	115 050 397	39,5	36,0	8,0	5,5	1,3	1,8	7,9	1,5

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Kreistagsabgeordnete in den jeweiligen Kreistag zu wählen sind. — 2) 2006: Die Linke. und WASG. — 3) 2011: REP, NPD, Tierschutzpartei, APPD, PIRATEN; 2006: REP, NPD, DKP. — 4) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

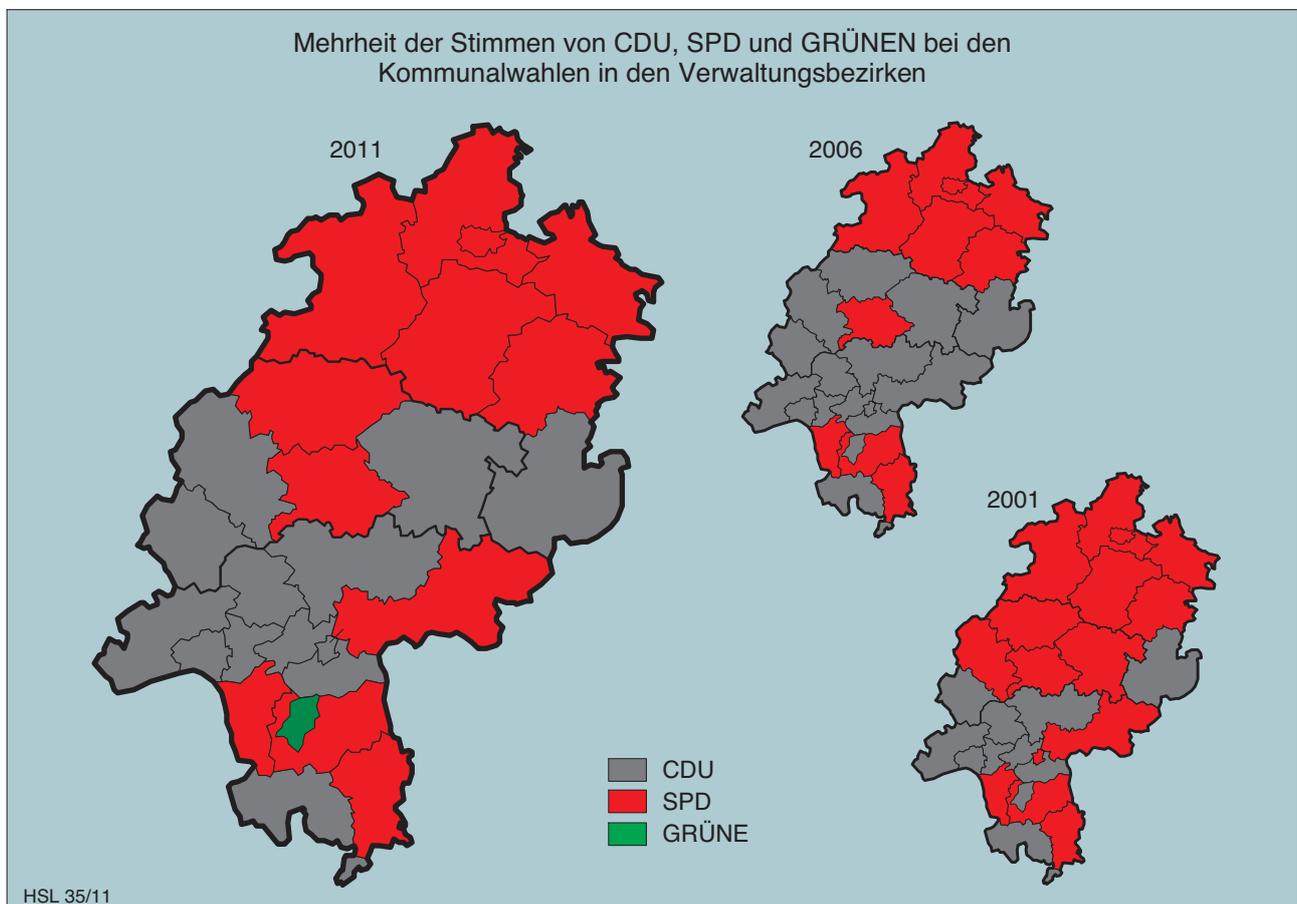
schied sich sogar gut jeder fünfte Wähler für die GRÜNEN. Am erfolgreichsten waren die Grünen im Landkreis Darmstadt-Dieburg (21,6 %), den geringsten Zuspruch hatten sie im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (10,2 %).

Die **FDP** verlor gegenüber den Kommunalwahlen 2006 1,9 Prozentpunkte und errang mit 3,9 % der gültigen Stimmen ihre bislang niedrigste Quote. In den **kreisfreien Städten** fiel ihr Stimmenanteil um 3,1 Prozentpunkte auf 3,9 %. Bei Verlusten von 2,6 (Frankfurt am Main) bis zu 4,0 Prozentpunkten (Wiesbaden) erzielten die Liberalen Stimmenanteile von 2,5 (Kassel) bis zu 5,1 % (Offenbach am Main). Nur in Wiesbaden (5,0 %) erzielten sie eine höhere Quote als DIE LINKE (einschl. ZL), ansonsten eine jeweils niedrigere. Bei den **Kreiswahlen** fiel der Stimmenanteil der FDP um 1,6 Prozentpunkte auf 3,9 %. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg konnten die Liberalen einen kleinen Stimmenzuwachs von 0,6 Prozentpunkten verbuchen, in den übrigen Landkreisen erlitten sie Einbußen zwischen 0,1 (Landkreis Limburg-Weilburg) bis zu 3,0 Prozentpunkten (Main-Taunus-Kreis). Ihr bestes Ergebnis hatte die FDP wieder im Hochtaunuskreis mit 7,0 %. In den Landkreisen Rheingau-Taunus-Kreis, Main-Taunus-Kreis und Waldeck-Frankenberg lagen ihre Quoten zwischen 5,0 und 5,9 %, in den übrigen Landkreisen erzielten die Liberalen unter 5 % der gültigen Stimmen.

DIE LINKE (zusammen mit ZL) erhielt landesweit 3,3 % der gültigen Stimmen und damit ebenso viele wie vor 5 Jahren. In den kreisfreien Städten fiel ihr Stimmenanteil leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 5,1 %. In Kassel, Darmstadt und Frankfurt am Main hatte sie geringe Einbußen, in Offenbach am Main und Wiesbaden leichte Gewinne. Das beste Ergebnis erzielte die Kasseler Linke mit 6,7 %, danach folgten Offenbach am Main (5,5 %) und Frankfurt am Main (5,4 %) vor Wiesbaden (4,1 %) und Darmstadt (3,9 %). Bei den Kreiswahlen war DIE LINKE (mit ZL) bezüglich der Veränderungen ebenfalls relativ statisch. Sie erhielt im Durchschnitt aller Landkreise 2,9 %, mit Quoten von 1,9 (Fulda) bis zu 4,3 % (Marburg-Biedenkopf).

Die **sonstigen Parteien** waren nur vereinzelt angetreten. Am erfolgreichsten waren Die PIRATEN mit landesweit 1,3 % der Stimmen. Es folgten die REPUBLIKANER (0,7 %), die NPD (0,4 %) sowie die Tierschutzpartei und BIG (jeweils 0,1 %).

Die Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linkspartien) gewannen bei der Kommunalwahl 0,1 Prozentpunkte hinzu und errangen landesweit 6,6 % der gültigen Stimmen, darunter 5,7 % die Freien Wähler. In den kreisfreien Städten hatten sich 17 Wählergruppen aufgestellt und 6,9 % der gültigen Stimmen erhalten, in den Landkreisen hatten 27 Wählergruppen insgesamt 6,6 % erzielt.



Wählermobilisierung und Stimmenanteil der Parteien

Gewöhnlich werden bei der Darstellung von Wahlergebnissen die Stimmenanteile der Parteien an der Zahl der gültigen Stimmen betrachtet. Bei dieser politischen, für die Verteilung der Mandate relevanten, Sichtweise bleibt die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung unberücksichtigt. Betrachtet werden nur die Wählerwanderungen zwischen den Parteien, die Bewegungen zwischen Wählern und Nichtwählern bleiben außer Acht. Interessant – und für die Interpretation der Wahlergebnisse wichtig – sind Vergleiche mit den Stimmenzahlen der Parteien bei vorangegangenen Wahlen sowie ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten (Ausschöpfungsquote).

GRÜNE bei der Aktivierung der Wählerschaft außerordentlich erfolgreich, drastische Wählerverluste bei der FDP

Die CDU erhielt gut 697 000 Stimmen und hat im Vergleich 2011 zu 2006 gut 62 000 Wähler verloren. Das entspricht einer Abnahme von rund 8 %. Die SPD büßte gegenüber der Vorwahl 31 000 Stimmen oder fast 5 % ein und kam auf knapp 653 000 Wählerstimmen. Die deutlichsten Verluste hatte die FDP. Sie verlor gut 33 000 Stimmen und erreichte mit insgesamt gut 80 000 Wählern nur noch etwa 70 % ihrer Anhängerschaft von 2006. Die GRÜNEN hatten außerordentlich hohe Zugewinne aus allen politischen Lagern, vor allem aber aus demjenigen der ehemaligen, diesmal mobilisierten Nichtwähler. Sie profitierten davon, dass die abrupte Atom-Abkehr

von CDU und FDP von Vielen als nicht glaubhaft empfunden wurde, und der Atomausstieg ein originäres Thema der GRÜNEN ist. Sie gewannen gut 198 000 Stimmen hinzu und erreichten mit über 379 000 gut doppelt so viele Wähler wie 2006. DIE LINKE (mit ZL) erhielt rund 69 000 Stimmen und auf die übrigen 9 zur Wahl angetretenen Parteien entfielen zusammen knapp 54 000 Stimmen. Die zahlreich angetretenen Wählergruppen (ohne ZL) erreichten gut 138 000 Stimmen, darunter die Freien Wähler mit rund 118 000 Stimmen.

Der Rückblick auf zurückliegende Kommunalwahlen bis 1993 zeigt einen kontinuierlichen Anstieg des Lagers der Nichtwähler bis 2006. Relativ am stärksten davon betroffen war die FDP, deren Wählerschaft sich im dargestellten Zeitraum nahezu halbierte. Ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten fiel von 3,5 (1993) auf 1,8 % (2011). Die SPD verlor fast 40 % ihrer Anhänger von damals. Ihre Ausschöpfungsquote nahm im selben Zeitraum von 25 auf 14 % ab. Die CDU verlor ein Viertel ihrer Wählerschaft von damals. Die Ausschöpfungsquote fiel von 22 auf 15 %. Bei den GRÜNEN sank die Ausschöpfungsquote zunächst ebenfalls von 7,6 bis auf 4 % im Jahr 2006. Bei der Kommunalwahl 2011 stieg ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten auf 8,3 %, ihr bisher bestes Ergebnis.

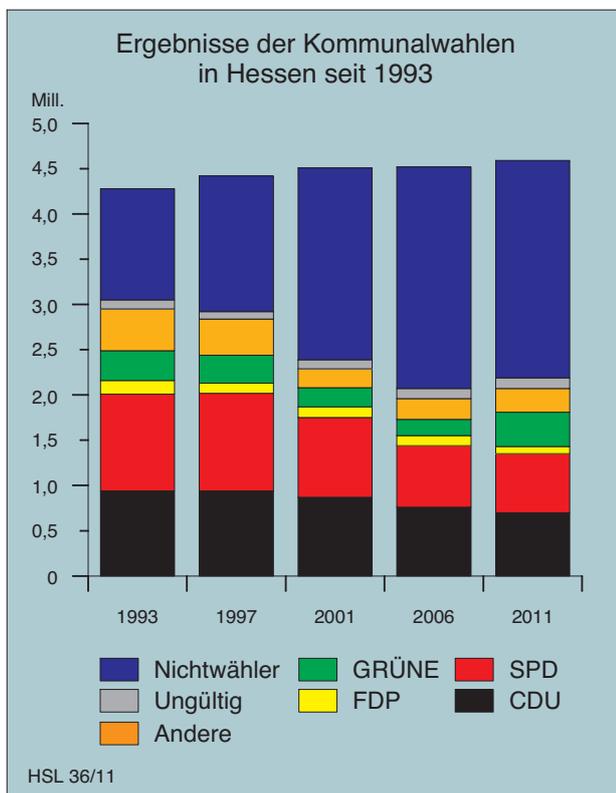
Wählerpotenziale und Ausschöpfung

Bei Landtags- und Bundestagswahlen gelingt es den Parteien im Allgemeinen besser, ihre Wähler zu mobilisieren, weil diesen Wahlen eine höhere Bedeutung beigemessen wird. In dieser Rangordnung steht die Bundestagswahl ganz oben, gefolgt von der Landtagswahl, der Kommunalwahl und der Europawahl. Hieraus lässt sich das maximal erreichbare Wählerpotenzial der Parteien für „rangniedrigere“ Wahlen näherungsweise ableiten.

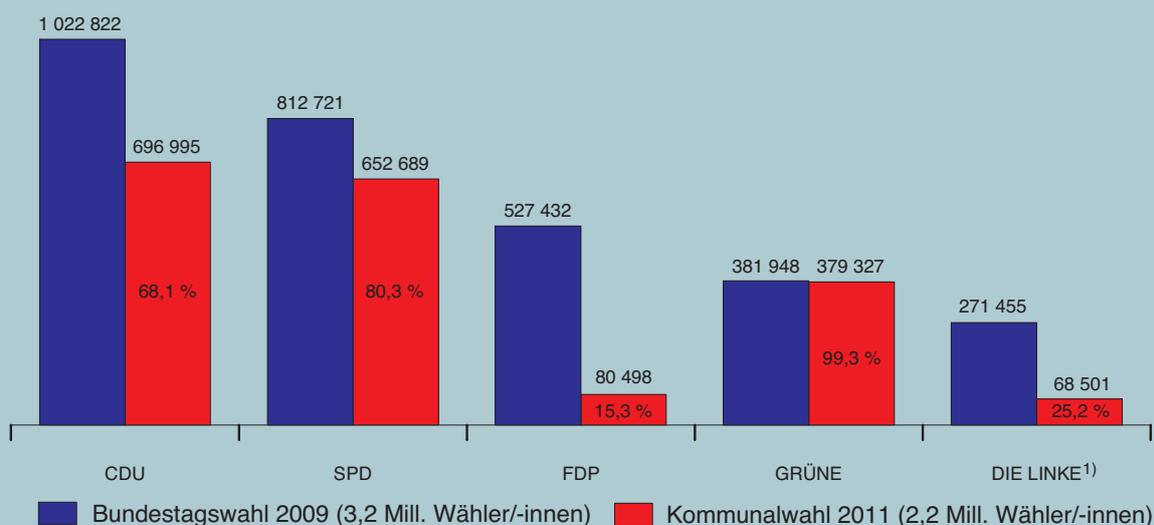
Ausgehend von der Bundestagswahl 2009 lag das erreichbare Wählerpotenzial der CDU bei 1 023 000 Wählerinnen und Wählern. Mit den bei der Kommunalwahl 2011 erzielten Stimmen (697 000) erreichten die Christdemokraten demnach nur 68 % ihrer möglichen Wählerschaft. Bei der SPD betrug die Mobilisierungsquote 80 %, bei der FDP 15 %, und DIE LINKE (mit ZL) erzielte eine Quote von 25 %. Dagegen konnten die GRÜNEN ihr Wählerpotenzial mit gut 379 000 zu knapp 382 000 Stimmen zu 99 % ausschöpfen.

Sitzverteilung in den kreisfreien Städten

In den kreisfreien Städten waren insgesamt 387 Stadtverordnete zu wählen. Während Darmstadt, Offenbach am Main und Kassel über je 71 Stadtverordnetensitze verfügen, sind es in Wiesbaden 81 und in Frankfurt am Main 93 Sitze. Die CDU errang 112 (2006: 130) Man-



Wählerpotenzial und Mobilisierungsquote (in Bezug auf die Bundestagswahl 2009) bei den Kommunalwahlen in Hessen 2011



1) Einschl. Zusammenschlüsse der Linksparteien (ZL).

HSL 37/11

date, die SPD 103 (2006: 119) und die GRÜNEN 97 (2006: 54). Die CDU stellt in Frankfurt und Offenbach am Main sowie in Wiesbaden die stärkste Fraktion, die SPD in Kassel, und in Darmstadt wurden die GRÜNEN stärkste Kraft. Die FDP kam auf 15 (2006: 27) und DIE LINKE und Zusammenschlüsse der Linksparteien auf 20 Mandate (2006: 21). Die REPUBLIKANER verfügen über 5 Sitze, Die PIRATEN erhielten 10 und die NPD und AGP errangen jeweils 1 Sitz. Die Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien) kommen zusammen auf 23 Sitze, darunter 8 für die Freien Wähler.

Sitzverteilung in den Kreistagen

In den 21 hessischen Kreistagen waren insgesamt 1543 Mandate zu vergeben. Die CDU verlor 71 Sitze und erhielt insgesamt 538 Mandate. Die Christdemokraten sind nicht mehr in 12, sondern nur noch in 9 Landkreisen stärkste Fraktion, darunter im Kreistag des Landkreises Fulda mit der absoluten Mehrheit der Mandate. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Main-Kinzig-Kreis wechselte die Mehrheit der Stimmen von der CDU zur SPD, im Vogelsbergkreis kam es mit jeweils 21 Sitzen

Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten am 27. März 2011 und am 26. März 2006

Kreisfreie Stadt	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung %	Ungültige Stimmzettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sonstige Parteien ³⁾	Wählergruppen	darunter ZL ⁴⁾
Darmstadt	2011	105 652	52 228	49,4	4,1	3 383 900	24,8	21,3	32,9	3,2	3,9	3,3	10,6	—
	2006	101 666	44 385	43,7	3,1	2 898 159	30,1	29,0	15,5	6,8	4,1	1,0	13,5	—
Frankfurt am Main	2011	453 480	192 242	42,4	5,2	16 409 960	30,5	21,3	25,8	3,9	5,4	4,9	8,1	—
	2006	426 588	172 196	40,4	4,6	14 813 579	36,0	24,0	15,3	6,5	—	2,7	15,4	6,6
Offenbach am Main	2011	79 498	26 895	33,8	4,5	1 711 357	30,9	26,3	22,1	5,1	5,5	5,6	4,5	—
	2006	77 457	24 047	31,0	3,4	1 553 612	35,4	32,2	11,0	7,5	5,3	5,8	2,9	—
Wiesbaden	2011	201 742	83 506	41,4	5,7	6 080 136	32,7	28,9	19,1	5,0	4,1	4,8	5,4	—
	2006	199 513	79 077	39,6	4,9	5 790 686	36,2	30,2	12,1	9,0	—	5,5	6,9	3,3
Kassel	2011	145 654	61 766	42,4	4,3	4 010 708	24,2	36,4	24,9	2,5	—	2,7	9,3	6,7
	2006	143 078	53 012	37,1	4,6	3 380 338	29,1	39,8	15,4	5,5	—	—	10,2	6,8
Insgesamt	2011	986 026	416 637	42,3	5,0	31 596 061	29,3	25,4	25,0	3,9	4,1	4,4	7,9	1,0
	2006	948 302	372 717	39,3	4,4	28 436 374	34,3	28,7	14,4	7,0	0,8	2,9	11,8	4,7

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Stadtverordnete in das jeweilige Stadtverordnetenparlament zu wählen sind. — 2) 2006: Die Linke. und WASG. — 3) 2011: REP, NPD, BüSo, AGP, BIG, Die PARTEI, PIRATEN; 2006: REP, NPD, Die Tierschutzpartei, DIE FRAUEN, BüSo. — 4) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

zum Patt. Die Sozialdemokraten verloren 48 Sitze und entsenden 511 Vertreter. Sie erreichten in 11 Landkreisen die relative Mehrheit. Die Zahl der Repräsentanten der GRÜNEN kletterte von 121 auf 251 und hat sich damit mehr als verdoppelt. Eine negative Bilanz mussten die Liberalen ziehen, deren Abgeordnetenzahl von 83 auf 61 fiel. Die LINKE und Zusammenschlüsse der Linksparteien erhöhten ihre Abgeordnetenzahl von 40 auf 45. Sie sind in allen 21 Kreistagen vertreten, ebenso wie CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Die REPUBLIKANER ver-

ren 13 Mandate und ziehen mit insgesamt 8 Vertretern in 7 Kreistage ein, die NPD errang in 3 Kreistagen (Wetteraukreis, Lahn-Dill-Kreis, Main-Kinzig-Kreis) insgesamt 5 Sitze. Die Tierschutzpartei bekam je ein Mandat im Landkreis Groß-Gerau und im Landkreis Kassel, und die PIRATEN ziehen mit 13 Abgeordneten in insgesamt 10 Landkreise ein. Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien) sind in allen Kreistagen vertreten und erhielten insgesamt 109 Sitze, darunter 106 die Freien Wähler.

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die Publikation die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„Hebesätze der Realsteuern“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Die Publikation kann im Internet unter www.statistik-portal heruntergeladen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_115

Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse

Der Zensus 2011 ist ein gemeinsames Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen bilden jetzt Daten aus Verwaltungsregistern die Grundlage. Sie werden ergänzt um eine 10%-Stichprobe der Bevölkerung. Lediglich bei den Grundstücks- und Wohnungseigentümern erfolgt eine vollzählige schriftliche Befragung. Im Rahmen dieses Projekts werden auch personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Aus diesem Grund gab das Hessische Statistische Landesamt (HSL) eine Sicherheitsanalyse in Auftrag mit Fokus auf die zensusrelevante Infrastruktur und die organisatorischen Prozesse in Hessen. Die Sicherheitsanalyse wurde gemäß des BSI-Standards 100-2 von der rt-solutions.de GmbH durchgeführt, lief im Zeitraum von Juni bis Oktober 2010 und wurde so termingerecht vor dem 1.11.2010, dem Datum der ersten Übermittlung personenbezogener elektronischer Zensus-Daten an das HSL, fertig gestellt.

Einleitung

Ein funktionierender Staat braucht eine solide Planungsbasis. Diese wird in vielen Bereichen auch durch statistische Daten bereitgestellt. Jedoch weisen nicht alle bereitgestellten statistischen Daten die erforderliche Qualität auf. So basieren die vorhandenen Bevölkerungs- und Wohnungszahlen auf statistischen Fortschreibungen der letzten Volkszählung im Jahr 1987 im früheren Bundesgebiet bzw. der Volkszählung im Jahr 1981 in der DDR. Der lange Zeitraum der Fortschreibung und die großen Veränderungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung führen zwangsläufig zu Ungenauigkeiten; die Zahlen dienen aber weiterhin als Basis für wichtige politische und infrastrukturelle Entscheidungen. So haben die aktuellen amtlichen Einwohnerzahlen beispielsweise direkten Einfluss auf den vertikalen und horizontalen Finanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament.

Mit der Durchführung des Zensus 2011 werden die statistischen Fortschreibungen den realen Umständen in Deutschland angepasst. Weiterhin erhebt der Zensus 2011 Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben, um damit beispielsweise die Grundlage für die Haushalts- und Infrastrukturplanung bereitstellen zu können.

Der offizielle Stichtag für den Zensus ist der 9. Mai 2011, wobei die ersten Vorbereitungen bereits wesentlich früher begannen. Bis 2013 werden viele Millionen Datensätze ausgewertet, um aktuelle Zahlen zum Leben, Wohnen und Arbeiten in Deutschland zu gewinnen.

Die im Rahmen der Vor- und Aufbereitung zu verarbeitenden personenbezogenen Datensätze des Zensus unterliegen dem Statistikgeheimnis und dem Datenschutz und müssen vor einem unbefugten Zugriff gesichert werden. Die durchgeführte Sicherheitsanalyse beschreibt die Sicherheit der Zensusdaten durch die Identifizierung von Abweichungen von Best Practices innerhalb des HSL und die Empfehlung von angemessenen baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten gemäß gesetzlicher Vorgaben vor unbefugter Einsichtnahme, Missbrauch und Verfälschung.

Methode BSI-Standard 100-2

Die Sicherheitsanalyse des Zensus 2011 für das HSL erfolgte nach der IT-Grundschutzmethode des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Standard 100-2). Der IT-Grundschutz definiert ein Vorgehen zur Umsetzung eines effektiven IT-Sicherheitsmanagements, das auf die jeweiligen Gegebenheiten der betrachteten Institution angepasst werden kann. Diese Vorgehensweise bietet u. a. eine Basis für die Überprüfung des vorhandenen IT-Sicherheitsniveaus und die Umsetzung einer angemessenen IT-Sicherheit und stützt sich dabei auf den IT-Grundschutz-Katalog mit den darin enthaltenen Gefährdungen und Schutzmaßnahmen für typische Informationswerte.

Dabei ist es für Informationswerte mit „normalem“ Schutzbedarf ausreichend, die dort genannten Standardmaßnahmen anzuwenden. Diese organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen bieten dann einen Grundschutz für die betrachteten Informationswerte. Bei Schutzbedarfen, die über diesen Grundschutz hinausgehen, also als „hoch“ oder „sehr hoch“ eingestuft werden, sollte ergänzend eine zusätzliche Sicherheitsanalyse durchgeführt werden.

1) Dipl. Informatiker (FH) Nils Dirks ist bei der Firma rt-solutions.de GmbH im Bereich „Risiko- und GAP-Analysen, Sicherheitsbewertungen, ISMS, Richtlinien“ beschäftigt.

2) Dipl. Volkswirt Bonno Domke ist Abteilungsleiter der Abteilung „Informationstechnologien, Unternehmensregister, Gewerbeanzeigen“ des HSL.

Vorgehen

Das Projektvorgehen gliedert sich in 3 Phasen:

1. IT-Strukturanalyse

Das Ziel der IT-Strukturanalyse bestand darin, den IT-Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, den Gegenstand des Sicherheitskonzeptes, abzugrenzen und strukturiert zu beschreiben. Diese Beschreibung bildete die Grundlage für die anschließende Modellierung nach IT-Grundschutz und damit für die Auswahl von Schutzmaßnahmen. Im Fall dieser Sicherheitsanalyse umfasste der IT-Verbund alle infrastrukturellen, technischen und organisatorischen Komponenten, die mit dem Zensus 2011 innerhalb des HSL in Zusammenhang stehen.

Für die IT-Strukturanalyse wurden die erforderlichen Informationen vollständig erfasst und ausgewertet, basierend auf den Erhebungen der Datenbestände, des Netzplans, der Anwendungen, der IT-Systeme, der Personen und Räume. Um die Menge der erfassten Daten zu reduzieren, ohne einen Verlust von Informationen hinnehmen zu müssen, wurden die Daten in Gruppen mit ähnlichen Merkmalen zusammengefasst. So wurden beispielsweise Server gleicher Art oder Personen mit gleichen Tätigkeitsbereichen jeweils zu Gruppen zusammengefasst. Einzelne Komponenten einer Gruppe wurden dann bei der Modellierungsphase zusammen betrachtet.

Die gesamte Dokumentation des IT-Verbunds wurde mit Hilfe des BSI-Grundschutztools vorgenommen, welches den Vorteil einer effizienten, zentralen Verwaltung der IT-Verbundinformationen bietet. Es erleichtert darüber hinaus auch die Fortschreibung weiterer Sicherheitskonzepte, die ganz oder teilweise auf vorhandene IT-Verbundinformationen zurückgreifen müssen.

2. Schutzbedarfsfeststellung

Die korrekte Modellierung nach IT-Grundschutz setzt eine Schutzbedarfseinstufung für alle Datenbestände, Anwendungen, IT-Systeme und Räume voraus. Die Schutzbedarfseinstufung richtet sich primär nach dem maximal zu erwartenden Schaden bei Verletzung eines der 3 Schutzziele „Vertraulichkeit“, „Integrität“ und „Verfügbarkeit“. Wirken mehrere, andere Informationswerte mit dem einzustufenden Informationswert zusammen (z. B. mehrere Anwendungen auf einem IT-System), dann wird die schwerwiegendste Auswirkung auf dessen Schutzziele vererbt (Maximumprinzip). Begründete Abweichungen von dieser Vorgehensweise sind gestattet.

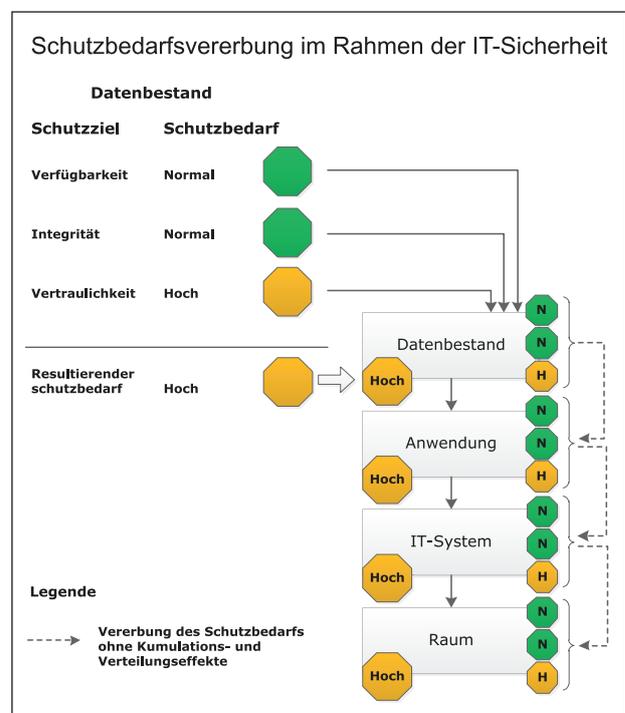
Die vom IT-Grundschutz vorgegebenen Schutzbedarfskategorien umfassen:

– „normal“: Die Schadensauswirkungen sind begrenzt und überschaubar;

– „hoch“: Die Schadensauswirkungen können beträchtlich sein;

– „sehr hoch“: Die Schadensauswirkungen können ein existenziell bedrohliches, katastrophales Ausmaß erreichen.

Auf Basis der anwendbaren Prozesse des Zensus 2011 innerhalb des HSL wurden zuerst die Schutzbedarfe der zu verarbeitenden Daten pro Schutzziel festgelegt. Diese Schutzbedarfe wurden dann im zweiten Schritt an die Anwendungen vererbt. Die Anwendungen vererbten ihrerseits ihre Schutzbedarfe an die IT-Systeme, auf denen sie liefen. Der Schutzbedarf der IT-Systeme wiederum bestimmte dann auch die Schutzbedarfe der Räumlichkeiten, in denen sie betrieben werden. Abweichungen von diesem Prinzip durch Kumulations- oder Verteilungseffekte wurden formal begründet und im Grundschutz-Tool festgehalten.



3. Sicherheitskonzeption

Mit einem vollständigen Inventar der Informationswerte nebst Schutzbedarfseinstufung wurden anschließend die Bausteine der IT-Grundschutzkataloge angewendet. Um dies umfassend für das HSL tun zu können, musste zunächst die Bedrohungslage für die Daten des Zensus 2011 analysiert werden. Durch die komplexe Struktur des Datenaustausches und der damit verbundenen hohen Anzahl an Schnittstellen zu anderen Landesämtern und dem Bundesamt ist der IT-Verbund einer Reihe von unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt, die im Detail betrachtet werden mussten. Auf der Basis dieser Analyse und des existierenden generischen, bundesweiten

Sicherheitskonzeptes für den gesamten Zensus 2011 wurden die wichtigsten Maßnahmen für die jeweils betroffenen Komponenten aus dem Grundschutzkatalog ausgewählt, gruppiert und priorisiert. So ist sichergestellt, dass die erforderlichen Schutzmaßnahmen zum Start des Zensus auf jeden Fall identifiziert wurden und ergriffen werden konnten.

Durch die Prüfung der priorisierten Maßnahmenempfehlungen wurde abschließend ermittelt, ob bzw. inwieweit die empfohlenen Maßnahmen im HSL bereits umgesetzt wurden und an welcher Stelle noch Handlungsbedarf bestand. Dies erfolgte in Form eines Soll-Ist-Vergleichs anhand der Maßnahmenempfehlungen für den Zensus 2011 in enger Kooperation mit der IT-Leitung des HSL. Dabei galt eine Maßnahme dann als entbehrlich, wenn die Umsetzung dieser Maßnahmenempfehlung entweder nicht notwendig oder wenn sie für einen betrachteten Einsatzzweck nicht relevant war. So wurden beispielsweise bereits im Vorfeld der Sicherheitsanalyse verschärfte physische Zugangskontrollen und ein stark reglementierter Zugang zum Internet eingeführt, was zu einer deutlichen Erhöhung der Informationssicherheit führte. Die Anwendbarkeit einer Maßnahme war abhängig vom festgelegten Gültigkeitsbereich und der Identifizierung einer relevanten Schwachstelle.

In beiden Fällen wurde das Ergebnis der Maßnahmenempfehlung stichhaltig begründet und schriftlich fest-

gehalten, sodass es auch von Dritten nachvollzogen werden kann. Das Ergebnis entsprach einer Auflistung aller Schutzmaßnahmen, die bisher nur teilweise und/oder noch nicht realisiert wurden und bis zum Start des Zensus durch das HSL umzusetzen waren und zwischenzeitlich auch umgesetzt wurden.

Zusammenfassung

Mit Hilfe der Sicherheitsanalyse des Zensus 2011 in Hessen konnten Abweichungen vom BSI Standard 100-2 bezüglich der Aufrechterhaltung der Informationssicherheit identifiziert werden, die allerdings nicht schwerwiegend waren. Diese Abweichungen wurden in einer Abschlusspräsentation den verantwortlichen Entscheidungsträgern präsentiert und eine entsprechende Auswahl von priorisierten Maßnahmen zur Behebung empfohlen. Die Umsetzung von Maßnahmen hoher Priorität wurde zeitnah eingeleitet, die restlichen Abweichungen wurden bis zum Beginn des Zensus am 9. Mai 2011 behoben.

Die Sicherheitsanalyse sorgte letztlich nicht nur für eine Verbesserung der Informationssicherheit im HSL, sondern hinterließ auch eine im Grundschutztool gepflegte, aktuelle Dokumentation des IT-Verbundes des Zensus und dient so auch als Quelle weiterer Sicherheitsanalysen. Des Weiteren wurde so auch die erste Etappe mit dem langfristigen Ziel der BSI-Zertifizierung genommen.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹¹⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,0	107,5	198 790	7,2	30 821	...
2009 4. Vj. D	94,0	88,5	98,9	342 303	111,6	23 528	106,3	106,6
2010 Januar	102,0	87,0	115,5	336 782	79,2	22 873	86,4	106,6	214 465	7,8	22 810	66 420
Februar	99,3	92,2	105,7	335 466	83,2	22 689	85,3	107,0	215 872	7,9	24 451	66 392
März	118,8	106,7	129,7	336 597	103,6	22 997	104,3	107,4	212 494	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 282	88,7	22 853	92,0	107,0
April	104,0	94,8	112,2	336 526	78,4	23 133	98,1	107,3	207 137	7,5	27 144	38 772
Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,8	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	97,6	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,5	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,9	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	94,5	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	99,1	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,5	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,9	107,5	183 009	6,6	35 643	...
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,1	107,6	181 571	6,6	35 059	...
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,4	108,8	183 987	6,7	33 210	...
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	91,1	108,3	201 249	7,3	31 445	...
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	89,3	108,9	198 446	7,2	34 081	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,8	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2009 4. Vj.	3,1	6,8	0,2	- 5,2	9,1	- 0,4	- 1,8	0,3
2010 Januar	21,7	11,1	30,1	- 5,0	6,5	0,4	- 3,4	0,5	0,4	.	- 2,8	68,9
Februar	17,9	19,0	17,1	- 4,8	12,4	1,6	1,4	0,3	- 0,8	.	- 0,7	12,0
März	31,4	33,7	29,7	- 3,9	- 22,8	1,7	8,0	0,8	- 2,8	.	- 0,5	- 29,1
1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,6	- 5,9	1,2	2,1	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,4	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,6	.	10,8	- 57,3
Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	6,6	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,3	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,4	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,6	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,1	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,9	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	0,3	1,0	- 7,2	.	44,4	...
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,8	1,2	- 6,4	.	47,7	...
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,4	1,5	- 6,3	.	40,6	...
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	5,4	1,6	- 6,2	.	37,9	...
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2009 4. Vj.	- 12,0	- 25,1	2,5	- 0,7	- 17,0	1,2	3,6	0,0
2010 Januar	18,6	8,3	26,6	- 1,2	- 41,4	- 1,6	- 26,7	- 0,6	9,2	.	- 3,4	16,0
Februar	- 2,6	6,0	- 8,5	- 0,4	5,0	- 0,8	- 1,3	0,4	0,7	.	7,2	0,0
März	19,6	15,7	22,7	0,3	24,6	1,4	22,3	0,4	- 1,6	.	2,8	- 14,5
1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,8	- 20,5	- 2,9	- 13,5	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	- 0,0	- 24,4	0,6	- 5,9	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 31,7
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,3	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	6,0	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,4	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	4,9	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	0,0	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,8	- 0,1	- 2,1	.	0,9	...
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,1	0,1	- 0,8	.	- 1,6	...
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,6	1,1	1,3	.	- 5,3	...
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,9	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,7	- 0,5	9,4	.	- 5,3	...
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 2,0	0,6	- 1,4	.	8,4	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 062,1	6 063,7	6 066,1	6 062,2	6 064,9	6 067,6	6 070,5
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s - b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	3 595	3 236	2 183	3 250	3 576	3 058	2 848
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	7,0	6,5	4,2	6,3	6,9	6,1	5,5
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 591	4 377	4 373	4 294	4 400	4 739	4 778
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,9	8,8	8,5	8,3	8,5	9,5	9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 887	4 445	4 392	5 129	4 827	4 547	5 120
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	9,5	8,9	8,5	10,0	9,4	9,1	9,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	16	11	10	12	18	20	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,5	2,5	2,3	2,8	4,1	4,2	2,9
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 296	- 68	- 19	- 835	- 427	192	- 342
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 1,6	- 0,8	0,4	- 0,7
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	16 508	16 250	16 945	15 514	18 439	17 381	17 517
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	6 571	6 939	6 288	7 338	8 207	8 435	7 253
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	14 561	14 771	14 553	16 590	15 471	14 951	14 439
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 293	5 756	4 951	8 210	5 945	6 133	4 915
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	1 947	1 479	2 392	- 1 076	2 968	2 430	3 078
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	19 303	18 590	19 063	18 361	20 605	18 273	17 894

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	215 652	217 103	213 659	184 493	201 249	198 446	191 975
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	96 772	96 561	95 775	87 745	92 946	91 493	89 793
Männer	"	113 816	105 536	118 880	120 542	117 884	96 748	108 303	106 953	102 182
Ausländer	"	50 819	48 154	51 185	51 179	50 827	46 039	49 266	48 620	47 680
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	21 519	22 914	21 932	16 257	18 729	19 405	18 020
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	7,0	7,0	6,9	6,0	6,5	6,4	6,2
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,7	6,7	6,6	6,0	6,4	6,3	6,2
Männer	"	6,9	6,4	7,2	7,3	7,1	5,9	6,6	6,5	6,2
Ausländer	"	14,8	14,0	14,9	14,9	14,8	13,4	14,4	14,2	13,9
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,4	6,8	6,5	5,0	5,7	5,9	5,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	66 420	66 392	56 780
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	22 810	24 451	25 356	33 210	31 445	34 081	36 028

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9	2 227,3
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,9	986,6	1 004,9
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	214,8	219,3	224,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	431,9	440,1	441,8
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	355,9	360,8	362,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,2	7,7	7,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	549,8	553,9	565,4
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,0	123,2	126,3
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	526,9	527,6	540,9
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,8	232,2	238,1
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	547,4	555,2	563,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,0	248,4	251,0
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	542,0	541,3	549,7
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,6	380,1	386,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 03.05.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 956	4 105	4 037	6 402	4 332	3 888	4 006
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	291	150	142	187	282	133	141
Jungrinder	"	52	55	51	27	32	138	104	83	91
Schweine	"	52 749	47 556	50 302	44 395	43 985	55 945	48 434	48 353	44 393
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	3 450	3 255	2 955	3 853	2 904	2 870	2 505
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	6 047	5 275	5 224	7 083	5 864	5 796	5 401
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 253	1 138	1 017	1 705	1 227	1 157	1 170
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	37	19	18	22	34	16	16
Jungrinder	"	7	7	7	3	4	18	14	10	11
* Schweine	"	4 752	4 315	4 431	3 905	3 917	4 878	4 301	4 346	3 989
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451	.	2 346
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	15 352	12 778	13 003	15 505	15 852	14 800	14 608
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 385	1 335	1 336	1 361	1 361	1 369	1 367
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	340,9	336,8	335,5	343,6	342,8	344,7	345,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	37 281	41 241	41 957	47 402	40 039	44 794	44 709
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 279,4	1 187,6	1 139,3	1 634,6	1 308,9	1 273,4	1 217,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	6 543,1	6 216,6	6 884,9	9 194,7	8 084,7	7 772,0	8 705,9
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 247,1	3 174,9	3 631,4	4 653,2	4 099,0	4 051,5	4 813,3
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	49,6	51,1	52,7	50,6	50,7	52,1	55,3
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	9,3	21,7	17,9	16,3	16,2	7,6	14,5
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	43,1	41,1	34,1	9,9	4,6	2,1	3,9
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 22,4	12,9	9,7	33,2	47,9	20,9	28,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 22,9	- 11,6	- 1,6	2,5	- 8,2	20,5	16,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	14,0	- 0,7	- 2,1	8,3	4,7	2,4	24,5
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	33,0	19,8	10,4	15,8	11,2	10,7	9,9
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	7,3	11,8	24,2	28,6	34,0	26,6	28,1
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	- 9,7	0,0	- 12,6	40,0	55,8	24,8	44,1
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	- 20,8	10,0	40,0	18,0	32,0	33,5	19,6
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	108	107	107	111	111
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	16 732	15 810	15 823	16 053	16 046	16 019	16 018
* Geleistete Arbeitsstunden ^{10/11)}	1000 h	2 110	2 004	1 907	1 960	1 968	2 190	1 858	2 088	2 045
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	65,4	60,9	63,4	92,3	63,2	63,8	65,1
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 072,3	2 163,2	1 883,8	2 184,5	2 919,8	2 876,5	2 539,8
<p>* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.</p> <p>1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickiern. — 6) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.</p>										

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 =100 ²⁾	.	97,6	.	.	.	96,3	97,1	99,7	97,4
* Umsatz ³⁾	2009 =100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	45,8	45,0	44,7	47,8	46,7	45,2	45,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	3 365	2 009	2 361	5 163	2 817	2 976	3 565
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	1 375	822	990	2 142	1 309	1 384	1 573
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 053	723	810	1 550	878	911	1 114
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	937	464	561	1 471	630	681	878
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	103,0	79,7	73,6	127,8	95,1	87,4	86,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	485,0	174,3	196,7	559,2	560,5	226,8	282,3
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	135,1	51,7	53,9	168,7	160,6	78,0	87,8
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	195,1	82,2	81,2	175,3	216,3	78,2	116,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	154,8	40,3	61,7	215,1	183,5	70,6	78,3
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	135,3	79,2	83,2	76,8	91,3	67,6	100,0
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	160,5	40,6	46,3	78,3	85,9	91,2	78,5
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	136,6	105,0	83,1	81,7	94,8	73,4	159,8
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	127,5	70,2	93,1	72,7	90,1	57,0	60,8
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	19,9	.	.	.	20,1	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	6 012	.	.	.	5 999	.	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	162,5	.	.	.	162,7	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	783,6	.	.	.	759,6	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	429	328	356	469	427	598	459
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	375	297	311	402	383	531	418
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	568	420	436	598	562	762	519
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	109	72	85	115	104	142	97
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	145 627	114 101	116 471	166 043	149 550	224 058	142 097
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	151	88	102	131	106	111	99
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 198	612	879	1 227	756	1 509	691
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	196	102	149	191	138	203	97
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	257 113	109 024	222 957	145 161	137 444	242 792	81 466
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	1 152	933	898	1 202	1 064	1 274	920
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	5 553	4 358	4 757	6 113	5 534	6 934	4 969
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,3	109,7	87,6	94,2	120,1	116,2	101,3	103,1
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,4	108,0	103,7	85,5	93,0	120,4	115,7	105,3	108,3
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,6	92,5	90,0	90,0	91,4	91,7	91,8	91,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,3	118,5	87,0	85,1	104,2	118,7	91,3	88,2
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,0	117,8	86,4	85,3	105,1	119,4	91,1	89,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,3	116,2	88,2	84,8	96,4	115,0	87,1	84,9
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,6	114,3	94,2	99,2	108,4	112,5	99,8	100,3
Bekleidung	"	104,2	109,2	134,5	88,4	82,0	114,8	136,1	96,1	85,9
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,0	115,0	86,2	91,5	119,6	120,8	96,3	99,7
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	110,7	168,5	115,5	95,5	122,6	162,2	128,2	99,4
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	83,8	65,6	68,5	84,1	85,5	69,2	75,3
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,2	95,7	95,0	94,5	98,2	98,6	97,3	97,4
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	92,7	75,6	64,5	76,2	107,8	83,5	89,8	98,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	77,2	65,9	77,9	110,8	85,9	92,3	101,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	96,8	95,2	94,9	97,6	98,0	97,9	97,8
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	86,5	89,2	74,4	76,5	86,1	88,4	77,7	77,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,2	95,8	81,6	83,7	95,1	97,4	85,8	85,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	100,1	90,9	85,8	91,4	103,4	97,4	90,4	95,1
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,5	97,2	75,8	76,4	89,2	96,5	80,9	78,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	96,9	91,8	92,7	101,5	101,6	92,2	92,8
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,7	100,7	72,7	73,0	77,5	92,9	74,7	71,3
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,1	96,3	92,7	93,1	96,5	95,9	93,2	93,8
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 422,7	3 502,1	3 756,3	4 796,1	4 516,3	4 161,3	4 552,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	97,2	88,2	96,0	127,3	105,4	102,1	103,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 193,1	3 296,9	3 536,6	4 518,9	4 303,9	3 899,2	4 280,1
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	9,2	11,2	11,7	13,6	16,2	13,0	17,1
* Halbwaren	"	239,9	363,6	219,4	242,1	334,2	405,2	534,8	301,6	291,9
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	2 964,5	3 043,6	3 190,6	4 100,1	3 752,9	3 584,5	3 971,1
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	437,2	525,7	541,1	660,6	532,3	639,8	716,4
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 527,3	2 518,0	2 649,5	3 439,5	3 220,6	2 944,7	3 254,7
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	983,5	1 050,4	1 077,3	1 157,4	1 057,5	1 157,4	1 260,1
Maschinen	"	419,9	482,3	427,7	328,2	401,7	551,2	536,7	425,7	506,4
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	317,5	423,4	419,2	617,5	490,8	504,3	604,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	320,6	316,8	347,8	590,4	534,9	438,6	446,2
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	315,2	225,7	232,4	309,1	277,5	277,4	305,2
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 243,4	2 452,9	2 569,4	3 333,8	3 142,3	2 862,8	3 034,8
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	1 909,7	2 148,0	2 246,0	2 855,6	2 729,4	2 508,5	2 639,0
* Afrika	"	74,7	86,0	63,0	55,3	85,0	72,1	67,6	59,2	107,3
* Amerika	"	442,0	562,9	428,3	395,8	481,2	584,2	570,0	564,2	649,4
* Asien	"	529,9	666,8	659,1	563,0	584,3	759,9	696,3	633,8	726,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	28,8	35,2	36,4	46,2	40,1	41,3	34,5
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 660,4	4 529,4	4 749,2	6 606,0	5 900,5	5 774,0	5 904,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	207,6	182,6	183,6	229,0	272,6	216,9	210,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 203,0	4 091,4	4 292,2	6 056,9	5 371,8	5 201,7	5 304,6
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	95,3	137,0	163,2	160,5	130,5	155,4	146,7
* Halbwaren	"	517,9	695,9	469,9	601,0	486,1	817,2	655,6	685,4	653,0
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 637,8	3 353,4	3 642,8	5 079,1	4 585,7	4 360,9	4 504,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	374,4	373,0	426,7	576,8	495,5	511,1	566,3
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 263,4	2 980,3	3 216,2	4 502,3	4 090,1	3 849,9	3 938,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	2 940,5	2 857,2	3 037,6	4 065,3	3 630,7	3 575,3	3 670,6
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 643,9	2 526,8	2 654,9	3 549,7	3 186,4	3 128,6	3 183,1
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	107,4	105,1	117,0	184,8	146,1	177,5	185,6
* Amerika	"	527,0	616,9	539,7	467,1	497,0	676,2	702,3	609,4	614,2
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 065,5	1 086,9	1 091,9	1 636,5	1 402,6	1 371,6	1 410,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	7,3	13,1	5,8	43,2	18,8	40,3	24,1
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gästeankünfte	1000	932	996	742	767	815	1 015	833	792	852
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	173	197	210	213	191	212	225
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	1 764	1 824	1 906	2 207	1 902	1 904	1 956
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	325	383	424	372	355	425	446
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	892	722	742	1 071	935	491	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	680	534	592	863	743	399	...
* Güterversand	"	169	195	211	188	150	207	193	93	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	21 564	19 894	21 123	30 599	24 674	23 656	25 161
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	19 745	18 179	19 362	27 168	22 397	21 292	22 509
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 242	1 240	1 171	2 350	1 469	1 555	1 546
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	227	262	357	482	225	393	716
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	219	153	146	434	449	309	321
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 638	2 058	1 808	2 721	2 193	1 979	1 958
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 650	1 203	1 103	1 876	1 234	1 313	1 325
* getötete Personen	"	26	21	13	16	15	19	9	17	23
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 225	1 612	1 498	2 492	1 685	1 763	1 800
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	400 523	.	.	.	401 850	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	274 276	.	.	.	281 333	.	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	56 725	.	.	.	56 684	.	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	71 598	.	.	.	65 529	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	7 875 275	.	.	.	8 021 722	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	7 172 311	.	.	.	7 355 691	.	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	238 425	.	.	.	238 493	.	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	464 539	.	.	.	427 539	.	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	130	.	.	.	124	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	147 397	.	.	.	124 684	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	523 424	.	.	.	511 771	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	390 199	.	.	.	379 773	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	72 058	.	.	.	68 314	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	318 141	.	.	.	311 459	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	511 148	.	.	.	543 967	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	946	893	868	1 081	978	917	784
davon										
* Unternehmen	"	163	145	167	117	127	112	137	143	112
* Verbraucher	"	567	630	578	580	540	739	626	576	491
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	163	149	168	186	181	169	150
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	38	47	33	44	34	29	31
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	480 669	405 052	311 782	173 666	517 992	276 937	254 946
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	5 823	6 914	6 472	6 340	5 369	7 130	6 612
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	7 082	6 577	5 510	5 701	7 152	6 817	5 393
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,2	106,6	107,0	107,6	108,8	108,3	108,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	110,8	112,1	112,5	113,2	114,4	114,4	115,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,9	113,7	113,8	113,5	113,3	113,2	113,0
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	99,6	95,4	96,4	99,1	97,8	94,2	95,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,1	108,6	108,6	110,1	110,4	111,6	111,8
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	105,8	106,0	106,0	106,6	106,8	107,0	107,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	104,1	103,7	104,0	103,2	103,1	103,0	103,2
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	105,0	106,2	106,3	107,1	107,0	107,1	107,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	110,2	111,6	111,2	113,7	115,1	115,9	115,8
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	89,0	88,8	88,6	87,2	86,8	86,6	86,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	103,3	97,8	100,2	98,1	102,9	98,2	100,1
Bildungswesen	"	105,2	107,9	106,4	108,2	108,2	107,7	107,7	107,1	108,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	111,7	107,8	108,8	106,9	113,1	109,3	109,9
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	.	112,5	113,9	.	.	115,0
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	5 559,8	4 011,2	3 247,0	2 979,1	5 624,5	3 672,0	3 412,8
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	5 391,7	3 918,5	3 125,3	2 844,4	5 417,8	3 517,4	3 274,6
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	2 042,6	1 562,3	1 313,4	1 244,2	1 948,9	1 450,3	1 352,2
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	719,0	2,7	- 14,5	- 107,6	662,0	- 58,4	- 16,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	213,0	354,3	89,9	36,1	162,7	242,8	13,2
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	343,1	703,8	297,7	212,6	372,8	604,9	298,9
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	547,9	- 328,2	- 73,5	- 74,9	864,2	2,4	- 69,3
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 421,5	1 517,5	1 428,0	1 388,7	1 273,6	1 133,5	1 587,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	104,7	106,1	84,1	145,3	133,5	141,9	108,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	113,2	93,8	101,1	128,7	127,8	150,0	123,8
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	30,0	23,8	23,3	34,9	39,5	54,7	26,6
Grundwerbsteuer	"	34,5	33,6	38,0	27,3	26,0	40,4	36,5	40,4	42,9
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	45,1	42,7	51,4	53,3	51,8	54,9	54,3
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	54,9	- 1,1	20,6	6,1	78,9	4,6	14,4

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt ²⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	4,1	5,6	3,6	4,3	3,7	5,8	3,6
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	181,6	214,5	162,7	170,3	171,5	227,4	169,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857
* weiblich	"	3 346	3 746	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132
*Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 236	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492
*Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 050	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253
*Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 832	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936
*Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 253	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352
*Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 877	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_146

Hessische Kreiszahlen

HESSEN



STATISTIK HESSEN

Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert

Online:
Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_143

Öffentlichrechtliche Insolvenz und Staatsbankrott

Rechtliche Bewältigung finanzieller Krisen der öffentlichen Hand. Beiträge zum Öffentlichen Recht, Band 202, von Kai von Lewinski, XLIII, 611 Seiten, Leineneinband, 124,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2011.

Die Insolvenz der öffentlichen Hand ist inzwischen wieder eine reale Möglichkeit. Denn die finanziellen Mittel juristischer Personen des öffentlichen Rechts wie auch die des Staates selbst sind begrenzt. In dem vorliegenden Band beschreibt der Autor die rechtlichen Regeln, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand und im Staatsbankrott gelten. Er beginnt bei den Frühformen der finanziellen Krise innerhalb des Haushalts, um dann die selbstständigen unterstaatlichen öffentlichen Rechtsträger in den Blick zu nehmen und schließlich die Zahlungsunfähigkeit des Staates im staatsrechtlichen, bundesstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext zu betrachten. Es zeigt sich, dass der Staatsbankrott nicht das Ende des Rechts oder auch nur des Rechtsstaats ist, sondern dass das Verwaltungsrecht, das Staatsrecht, das Europa- und das Völkerrecht Regelungen für die rechtliche Bewältigung der Insolvenz der öffentlichen Hand bereithalten. Der Band gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Einleitung – Finanzielle Krise der öffentlichen Hand als rechtlicher Begriff – Zahlungsunfähigkeit der Verwaltung – Bewältigung finanzieller Krisen von Verwaltungsträgern – Bewältigung finanzieller Krisen des Staates – Bewältigung finanzieller Krisen in bündischen Systemen – Deutsche Finanzkrise und internationale Verbindlichkeiten – Öffentlichrechtliche Insolvenz als Rechtsfrage. 7432

Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich

Herausgegeben von Olaf Köller, Michel Knigge und Bernd Tesch, 244 Seiten, kartoniert, 29,90 Euro, Waxmann, Münster/New York/München/Berlin 2010.

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung der Länder, berichtet im vorliegenden Band über seinen ersten Ländervergleich. Dieser ersetzt die bisherigen PISA-Ergänzungsstudien (PISA-E), in denen ebenfalls die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Kompetenzstände ihrer Schülerinnen und Schüler verglichen wurden. Während in PISA die Fünfzehnjährigen die Zielpopulation darstellen, untersucht das IQB Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe. Im Gegensatz zu PISA werden die Kompetenzen anhand von Bildungsstandards ermittelt, wobei das IQB den Auftrag hat, diese weiterzuentwickeln und ihr Erreichen zu überprüfen. Die Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss bilden die Referenzgröße des vorliegenden Ländervergleichs. Nach ihrer Normierung 2008 konnten Mindest-, Regel- und Maximalstandards definiert werden, die es erlauben, Leistungen von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf gesellschaftlich konsensfähige Zielerwartungen zu vergleichen. Das Schwergewicht der Untersuchung von Kompetenzständen wurde in diesem Ländervergleich auf die Fächer Deutsch und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) gelegt. Die Studie konzentriert sich im Fach Deutsch auf die Kompetenzen Zuhören, Lesen und Orthografie sowie in der ersten Fremdsprache auf Hörverstehen und Leseverstehen. Weiterhin wurde auch der Einfluss von sozialen und kulturellen Bedingungen auf Kompetenzen untersucht. Die

Erhebungen zum Ländervergleich fanden 2008 (Französisch) und 2009 (Deutsch und Englisch) statt. Die Befunde machen den Umfang der Anstrengungen deutlich, die die Länder seit der Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2000 unternommen haben. Gleichzeitig weisen sie auf den weiteren Entwicklungsbedarf im allgemeinbildenden Schulsystem hin. 7430

Richtungswechsel

Reformpolitik der Obama-Administration. Von Christiane Lemke, 173 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Während die Wahl Barack Obamas mit großen Hoffnungen auf eine gesellschaftliche und politische Erneuerung verbunden war, macht sich heute eine zunehmende Politikverdrossenheit in der US-amerikanischen Bevölkerung breit. Sinkende Umfragewerte und wachsender Widerstand gegen zentrale Reformprojekte, Wahlverluste der Demokraten bei wichtigen Senats- und Gouverneurswahlen und eine medienwirksame oppositionelle Rechte deuten auf eine schwindende Unterstützung des Präsidenten hin. Ein Jahr nach dem Machtwechsel stellt sich daher die Frage, inwiefern die Obama-Administration ihr Ziel, einen grundlegenden politischen Wandel einzuleiten, verwirklichen kann. Welche Reformprojekte können durchgesetzt werden und wo liegen die Stärken und Schwächen der neuen Politik? Kann der Präsident mit seinem Reformpaket eine neue Richtung einschlagen? Ist Obama einer der großen Reformpräsidenten oder lediglich ein brillanter Rhetoriker mit geringer politischer Durchsetzungsfähigkeit? In der vorliegenden Studie wird die Frage des Richtungswechsels zunächst auf Basis einer Analyse der Präsidentschaftswahlen 2008 und ihrer Ergebnisse behandelt, um daran anschließend den Reformprozess in seiner Substanz zu analysieren und zu bewerten. Aus dem Inhalt: Die US-Wahl 2008: Politische Wende – Von der Krise zum gezähmten Kapitalismus: Wirtschaftspolitische Schwerpunkte – Reformschub: Gesundheitswesen – Energie- und Umweltpolitik: Wandel eines Politikfeldes – Schwerpunkt Bildungspolitik – Neue Außenpolitik: Perzeptionen, Konzepte und Schwerpunkte. 7417

Über die Kostbarkeit von Mut und Klarheit

Die politische und religiöse Botschaft der Grafen Helmuth James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg aus dem Kreisauer Widerstandskreis gegen Hitler und den Nationalsozialismus. Von Matthias Kroeger, 184 Seiten, kartoniert, 19,80 Euro, Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2010.

In all den politischen Ratlosigkeit und Überforderungen unserer Tage geben die Kreisauer aus ihren radikalen, notgeborenen Reflexionen unerwartete Hilfe und Anregung: überraschende Blickerweiterung und Hoffnung auf längst im Gang befindliche, aber unterschätzte Entwicklungen. Moltke meinte mit seinem eiskalten Blick in die Augen Freislers einen Blick in die Dämonie seiner Zeit getan zu haben. Was wäre die heutige suggestive Dämonie oder Ideologie, der wir ins Auge zu schauen hätten? Es könnte die heute sich breit machende säkularistische Ausblendung und Willkür im Blick auf Religion und Spiritualität als Wurzelpänomene unserer Gesellschaft sein. Es ist gut, dass der Staat neutral bleibt, aber die Gesellschaft darf anthropologischen und ethischen Grundfragen, aus denen jedes Kompassbewusstsein und verantwortliches Handeln erwachsen, nicht aus dem Wege gehen. Dies bedeutet nicht, dass man sich unbedingt christlich orientieren müsste, wohl aber, dass ernsthaftes spirituelles Bewusstsein für unsere Gesellschaft eine menschliche Fundamentalbedeutung hat. 7421

BUCHBESPRECHUNGEN

Kommunalrecht Hessen

Von Daniela Birkenfeld, 5. Auflage, 316 Seiten, kartoniert, 24,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Das Kommunalrecht als Verfassungsrecht der Gemeinden, Landkreise und Kommunalverbände bildet die Grundlage für alle Bereiche ihres Handelns und ist darüber hinaus auch für die Landesverwaltung von erheblicher Bedeutung. Auch die vorliegende fünfte Auflage zeichnet sich durch eine fachlich umfassende Darstellung des hessischen Kommunalrechts sowie durch eine klare und übersichtliche Gliederung des umfangreichen Fachgebiets aus. Rechtsgrundlagen, Rechtsprechung und Schrifttum wurden nach dem neuesten Stand berücksichtigt. Das Buch gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Grundlagen der gemeindlichen Selbstverwaltung – Rechte und Aufgaben der Gemeinde – Einwohner und Bürger – Kommunales Wahlrecht – Die Organe der Willensbildung in den Gemeinden – Die Verwaltungsorganisation – Der kommunale Verfassungsstreit – Die Kreise – Das Satzungsrecht der Gemeinden – Die Staatsaufsicht – Gemeindeverbände und andere Formen kommunaler Zusammenarbeit. 7426

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM April 2011
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 3. Vierteljahr 2009 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 3/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. Juni 2010 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 2/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2010; Stand: 1. November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (B I 1 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2010; Teil 2: Realschulen; Stand: 1. November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (B I 1 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2010; Teil 3: Gymnasien und Schulen für Erwachsene (Zweiter Bildungsweg) Stand: 1. November 2010; (B I 1 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2010/11; (B II 2 und B II 2 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Volksabstimmung in Hessen am 27. März 2011 (Endgültige Ergebnisse); (B VII 4-2 - fallw./11); (WK); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Ergebnisse der tierischen Erzeugung in Hessen 2010; (C III 3 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Februar 2011; (E I 3 - m 02/11); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 2011; (E II 1 - m 02/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im November 2010; (Vorläufige Ergebnisse); G I 1 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieversorgung in Hessen im November 2010; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 11/10); PDF-Format mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Dezember 2010; (Vorläufige Ergebnisse); G I 1 - m 12/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Januar 2011; (Vorläufige Ergebnisse); G I 1 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Dezember 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Januar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die hessische Ausfuhr 2009; (G III 1 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Ausfuhr Hessens im Januar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr nach Hessen 2009; (G III 3 - 1/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Januar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Februar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 02/11); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Januar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2010; (H I 1 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 01/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Hessen im 4. Vierteljahr 2010; (H I 4 - vj 4/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Pflegeeinrichtungen in Hessen am 15. Dezember 2009; (K VIII 1 - 2j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherpreisindex in Hessen im März 2011; (M 1 2 - m - 03/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2011; (M I 4 - vj 1/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen (Verz-3; akt. - 04/11) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

